

Entwicklung einer praxeologischen Analyseperspektive

Das grundlegende Problem, das sich politischen Verbrauchern stellt, ist, wie sie in ihrem medialen Alltag zwischen den verschiedenen Ansprüchen und letztlich auch ihrem Eigeninteresse vermitteln. Das Ineinanderfließen von politischen und konsumptiven Handlungszielen in Praktiken, die teils in einer medialen Öffentlichkeit vollzogen und gerechtfertigt werden müssen, erfordert eine besondere Leistung des Subjekts, die, so die Annahme, vor allem in der reflexiven Bearbeitung von Identitätswürfen besteht, wobei einerseits das langfristige Ziel in der Erreichung einer weitgehenden Kongruenz von Bürger- und Konsumentenidentität bestehen dürfte, andererseits in der pragmatischen Beibehaltung von situativer Handlungsfähigkeit, wozu auch das Aushalten von Widersprüchen wie die Identifikation von unrealistischen Verhaltenszumutungen gehört. In diesem Kapitel werden die für die empirische Analyse entscheidenden Begriffe des politischen und des konsumptiven Handelns entwickelt, wobei besonderes Augenmerk den Vermittlungspraktiken als Identitätsarbeit gilt.

Ausgehend von dem im vorangestellten Kapitel ausgeführtem Forschungsgegenstand sind folgende Bereiche von Alltags- oder veralltäglichtem Handeln relevant: Politik, Konsum, Identität und Wissen. Gerade letzterem kommt aus praxeologischer Perspektive herausragende Bedeutung zu, einerseits, da Praktiken als Wissen in actu im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, andererseits unterliegt Wissen im Kontext der Digitalisierung selbst einem Wandlungsprozess, der seinerseits Auswirkungen auf das politische Feld wie auf das des Marktes hat. An einigen Stellen wurde nun schon auf das durch digitale Modi der Kommunikation und Interaktion veränderte Verhältnis von Konsumenten und Unternehmen, von politischen Experten und Laien hingewiesen. Wie sich diese veränderte Verhältnis aber konkret beschreiben lässt und wie neue Formen digitaler Informationspraktiken in körperliche Wissenspraktiken übersetzt oder inte-

griert werden, blieb bislang unklar. Deshalb steht zu Beginn dieses Kapitels eine nähere Bestimmung des Wissensbegriffs, insbesondere dessen Abgrenzung zum Begriff der Information. Daran schließt die Erarbeitung einer praxeologischen Perspektive auf politisches und konsumptives Handeln als alltagsgebundener Praxis an. Um sich weiter der Frage zu nähern, wie politische Konsumentinnen in ihrem Alltag zwischen Verbraucher- und Gemeinwohl vermitteln, wird einerseits auf Identität als Vermittlungsinstanz zurückgegriffen und diese konzeptionell dargelegt, andererseits wird, um dem Entwicklungs- bzw. Wandlungsscharakter des Forschungsgegenstands Rechnung zu tragen wie er durch Begriffe wie Politisierung und Digitalisierung nahe gelegt wird, ein prozessuales Verständnis von Autonomie erarbeitet.

WISSEN

Die vor allem durch Mannheim begründete Schule, an deren methodologischem Fixpunkt die Dokumentarische Methode steht, unterscheidet zwischen zwei Wissensformen, dem „*impliziten Wissen*“, welches handlungsleitend und handlungspraktisch ohne bewusste Steuerung in Aktion tritt und dem „*expliziten Wissen*“, welches bewusst zur Verfügung steht (Bohnsack 2011: 137f). In der Lesart der praxeologischen Wissenssoziologie wird entsprechend zwischen konjunktivem und kommunikativem (analog zu implizitem und explizitem) Wissen unterschieden. Das kommunikative Wissen kann als eine Art operatives Steuerungswissen übersetzt werden, indem es der im Sinne von Agency bewussten, intentionalen zielgerichteten Handlung folgt, deren Motive und jeweilige Logik relativ problemlos sprachlich zum Ausdruck gebracht werden können (vgl. ebd.: 137).

Zu unterscheiden ist die praxeologische Wissenssoziologie damit von dem phänomenologischen Ansatz von Alfred Schütz, der sich in seiner Analyse nur auf die zweite Wissensebene des explizit zugänglichen Wissens im zweckrationalen Handeln konzentriert, dabei aber dessen Vor-Strukturierung durch das indexikalische Wissen als geteilten Wissensbestand ausklammert. Dies ist mitunter auch durch das nicht gelöste Problem des Fremdverstehens begründet (ebd.: 137–138). Da in der praxeologischen Wissenssoziologie davon ausgegangen wird, dass der (wissenschaftliche) Interpret nicht über höhere Verstehensleistungen verfügt als der beobachtete Akteur, hat folglich die Analyse den Fokus auf das beobachtbare „*Wie*“ anstatt auf das extern konstruierte, womöglich askribierte „*Warum*“ zu legen. Während die Diskursanalyse vorrangig die Wissensproduktion und -hierarchien in Expertensystemen untersucht, stellt die Analyse

diskursiver Wissenspraktiken im Alltag bislang eine theoretische Leerstelle dar (vgl. Waldschmidt et al. 2009: 167):

„Auf der einen Seite haben sich Diskurstheorie und -analyse bislang nur ansatzweise mit Alltagswissen beschäftigt, und zwar offensichtlich deshalb, weil alltagsweltliches Sprechen im engeren Sinne keine öffentliche Rede darstellt und somit nicht als bedeutungsvolle, d.h. auch mächtige und einflussreiche Diskursformation gilt. Auf der anderen Seite bringt die Soziologie des Alltagswissens kein großes Interesse für Macht Wissen Prozesse auf; sie tendiert dazu, den Machtwillen im alltäglichen Handeln zu ignorieren.“ (Ebd.: 166–167)

Diese Leerstelle spiegelt sich auch in der bislang vernachlässigten Forschung zu Praktiken des diskursiven Konsums im Social Web wieder. Dabei wird ein Erfahrungswissen über alltägliche Problemstellungen zum Ausdruck gebracht, welches durch seine Veröffentlichung in digitalen Kommunikationsräumen einerseits nicht dem Kriterium öffentlicher Rede entspricht, andererseits jedoch kaum mehr dem Bereich des Privaten zugeordnet werden kann. Um solche Formen diskursiver Wissensproduktion zu untersuchen, schlagen Waldschmidt et al. eine Fortentwicklung der Diskurstheorie unter Einbeziehung der Theorie von Berger/Luckmann vor. Sie operationalisieren den Wissensbegriff, indem sie zwischen Wissensinhalten als Wissen über die Beziehung zwischen Objekten und Dingen und Wissensformen als Wissen über die Aneignung und Verwendung der Inhalte unterscheiden (vgl. ebd.: 168). Wissensinhalte beziehen sich damit auf ein eher theoretisches Wissen, während Wissensformen stärker den Bereich der konkreten Anwendung der Wissensinhalte fokussiert. Der Begriff der Wissensformen schließe ihrer Auffassung nach direkt an den von Schütz/Luckmann (2003) geprägten Begriff des Erkenntnisstils an, der wiederum an Erfahrung und Erleben im Alltag anknüpft (vgl. ebd.: 169).

Im Rahmen ihrer diskursanalytischen Untersuchung eines webgestützten Modellprojekts zum Umgang mit und Wissen über Bioethik stießen Waldschmidt et al. auf den Befund, dass entgegen ihrer Erwartung die Beteiligten des Onlineforums weniger Expertenwissen in die Diskussion einbrachten als vielmehr Wissen, das auf alltäglicher Erfahrung basierte. Entsprechend beschlossen sie, diesen Aspekt in ihrer Studie weiter zu verfolgen und dabei zunächst zu einer genaueren Konzeptualisierung zu kommen, was unter Alltagswissen zu verstehen sei (vgl. ebd.: 167). In ihrer Konzeptualisierung unterscheiden die Autoren, angelehnt an die oben angeführte Unterscheidung zwischen Wissensformen und Wissensinhalten, zunächst zwischen Wissensformen und Wissensbeständen, also Formen der Aneignung und Verwendung von Wissen einerseits und den Daten, die angeeignet werden. Eine Information stellt ein dem Akteur

unbekanntes oder neues Datum dar, das durch dessen Verarbeitung zum Wissen werden kann:

„Die Konfrontation mit dem Unbekannten bietet die Chance, (neu) Erlebtes zu einer bewussten und zugleich gewussten Erfahrung zu machen. Somit sind auch Erkenntnisstile wandelbar; im Prozess des Wissenserwerbs wird immer auch neues Wissen hervorgebracht.“ (Ebd.: 170)

Bezogen auf Konsum könnte ein potenzieller Wissensinhalt z.B. die Information sein, dass der regelmäßige Verzehr von Brokkoli das Risiko einer Prostataerkrankung senkt. Damit ließen sich Wissensbestände thematisch typologisieren, bspw. hier in Wissensbestand „*gesundheitsfördernde Ernährung*“. Die Aneignung könnte nun auf verschiedene Weisen vonstattengehen: Z.B. im Rahmen eines Volksschulkurses zu gesunder Ernährung, als Resultat einer Zeitschriftenlektüre oder als Ratschlag eines Bekannten. Hier ließen sich als Typen von Wissensaneignung professionell-orientierte Weiterbildung, autodidaktische Weiterbildung oder nicht-standardisierte soziale Interaktion ausmachen. Dabei ist allerdings noch nicht geklärt, wie und ob überhaupt erworbenes Wissen in Handlung umgesetzt, also zur Verwendung kommt. Denn das Problem einer ausschließlich die diskursive Ebene von Wissen in den Blick nehmenden Perspektive ist, dass sie lediglich Aussagen über die Wissensbestände und die Art und Weise, wie diese verhandelt werden treffen kann. Der Bereich der Aneignung von Wissen, der über die bloße Lektüre von oder Unterhaltung über bestimmte Inhalte hinausreicht, ist letzten Endes ein körpergebundener Prozess, was also die Einbeziehung der Handlungsebene offline erforderlich macht. Auch Berger und Luckmann betonen diesen Aspekt und verweisen darauf mit dem Begriff der „*aktuellen Reichweite*“ in Abgrenzung zur „*potentiellen Reichweite*“ (Berger/Luckmann 2008: 70f). Nicht jede Information wird zum Bestandteil des Alltagswissens, was aufgrund der Fülle an Informationen auch eine kaum praktikable Integrationsleistung darstellen würde. Deshalb gilt es, sowohl den Prozess der Selektion relevanter Information näher beschreiben zu können wie auch den sich daran anschließenden Integrationsprozess. Denkbar wäre hier, dass es zu einer experimentellen, also zunächst versuchsweisen Umsetzung kommt, die bei Bewährung erfolgreich in das Repertoire sozialer Praktiken übernommen wird. Mit dieser Überlegung ist man schließlich wieder bei der praxeologischen Wissenssoziologie angelangt, die soziale Praktiken als Ergebnis und Ausdruck von Wissensinhalt und Wissensaneignung fasst, den Prozess der Informationsverarbeitung selbst jedoch nicht in den Blick nimmt. Auf diese Weise wird der sozialen Strukturierung von potenziellen Wissensinhalten und der darauf folgenden ungleichen Aneignung nicht Rechnung getragen. Denn Interesse an Information

und Fähigkeit zur Verarbeitung sind immer abhängig von der sozialen Position des Akteurs. Darüber hinaus ist aber das bereits vorhandene Wissen entscheidend bei der Auswahl weiterer Informationen. Die soziale Position des Akteurs und die Struktur des inkorporierten kulturellen Kapitals müssen also mitberücksichtigt werden, um die unterschiedlichen Aneignungsformen auch als Ausdruck sozialer Ungleichheit interpretieren zu können.

In Anlehnung an Schütz/Luckmann gehen Waldschmidt et al. von einem Passungsverhältnis von bereits inkorporiertem Wissen und Information aus. Entscheidend für die Auswahl von Information seien Relevanz und die aktuelle Situation (vgl. Waldschmidt et al.: 169f). In einem erweiterten Verständnis könnte man den Aneignungsprozess zunächst so beschreiben, dass das neue Wissen und die mit ihm einhergehende neue Praktik in einem adäquaten Passungsverhältnis zur bestehenden Praxis stehen müssen. Damit sei der Bereich individueller Relevanzsetzungen (und die Probleme ihrer Erforschung) insofern transzendiert, als die jeweilige soziale Situiertheit der Praxis und ihres Akteurs als Determinanten der Auswahl und Verarbeitung von Wissen in den Blick genommen werden (vgl. ebd.). Obwohl auf rein praktischer Ebene der Überlegung von einem Passungsverhältnis zuzustimmen ist, ergibt sich daraus die Schwierigkeit, diese Relevanzen näher zu bestimmen und zu erklären. Trotz ihres Anliegens, eine stärker praxeologische Form der Diskursanalyse zu entwickeln, halten die Autoren an den verschiedenen Modi von Erkenntnisstilen fest (vgl. 171f). Dabei ist es eben die Unterscheidung zwischen zwei Modi von Erkenntnisstilen, die die praxeologische Kritik begründet. Von ihrem Standpunkt aus wird angezweifelt, dass der Sozialforscher mittels Distanz und Abstraktionsvermögen den Sinngehalt „besser“ als die Akteure selbst dechiffrieren könne. Stattdessen müsste wissenschaftliche Analyse selbst als soziale Praktik verstanden werden, die unter demselben Handlungsdruck steht und ebenso sozial strukturiert ist (auch in ihrem Erkenntnisstil) wie jede andere soziale Praxis auch.

Obgleich hier nicht vorbehaltlos der Differenzierung von Erkenntnisstilen zugestimmt werden kann, erscheint eine Unterteilung in Wissensbestände, die mittels konkreter Erfahrung angeeignet werden und solchen, die zum Beispiel objektiviert als Text verarbeitet werden (können), sinnvoll. Diese Art von Wissensbestand muss aber nicht ausschließlich als wissenschaftlich bezeichnet werden. In Anlehnung an Stehr (2003) führen Waldschmidt et al. diesbezüglich aus, dass wissenschaftliches Wissen durch seine Unsicherheit gekennzeichnet sei, jederzeit revidierbar sei, was es nur in der Wissenschaft sein könne, da der Handlungsdruck des Alltags die Unsicherheit ausschalte:

„Für Stehr (2003, 26) liegt das Hauptgewicht der Auseinandersetzung auf dem ‚objektivierten‘ Wissen als einer ‚kulturellen Ressource‘. Dieses Wissen mache insbeson-

dere in Gesellschaften, die über Sprache, Schrift, Druck und Datenspeicher verfügen, einen direkten Kontakt zu den Dingen, Fakten, Regeln nicht mehr zwingend notwendig; vielmehr funktioniert es allein in Beziehung zu bereits vorhandenem Wissen.“ (Waldschmidt et al. 2009: 172)

Gerade diese Differenzierung ist aber nicht unproblematisch: Wenn von vornherein von der Revidierbarkeit von Wissen ausgegangen wird, verliert man damit das entscheidende Kriterium, um Wissen überhaupt noch bestimmen zu können. Ob Wissen Wissen – also in irgendeiner Art und Weise wahr ist – zeigt nur die Praxis. Potenzielles Wissen kann im besten Fall als Theorie bezeichnet werden (und bestimmte Annahmen über den Zusammenhang von a und b zu haben, ist nicht auf die wissenschaftliche Praxis beschränkt). Andererseits erscheint die Trennung in Erfahrungswissen und objektiviertes Wissen aus Gründen einer weitergehenden Systematisierung als sinnvoll. Es könnte sogar sinnvoll sein, Theorie als weiteren ‚Aggregatzustand‘ von Wissen zu berücksichtigen. Damit könnte potenzielles Wissen beschrieben werden, das erst noch in der Praxis getestet werden bzw. sich bewähren muss.

Mediatisierung der Wissensproduktion

Tina Guenther und Jan Schmidt (2008) machen sich bei ihrer Untersuchung von Wissensproduktion im Web 2.0 ebenfalls einen kombinierten wissenschaftlichen Zugang zunutze. Um gegenwärtige Entwicklungen im Internet und insbesondere die Nutzung von Social Software zu erforschen und einen ersten Ausblick auf das Verhältnis von offline und online vorhandenen Wissensvorräten zu geben, greifen sie auf die phänomenologische Wissenssoziologie von Berger/Luckmann und Schütz/Luckmann sowie Habermas’ Diskurstheorie des kommunikativen Handelns und den praxeologischen Ansatz zurück. Die Autoren verfolgen die These, dass im Zusammenwirken der Prodnutzer (vgl. Bruns 2008) verschiedene Wissenstypen erzeugt werden (vgl. Guenther/Schmidt 2008: 167ff). Das im Zuge der netzbasierten Kommunikation eingespeiste Wissen resultiert dabei häufig aus der Offline-Lebenswelt der Akteure, da gewisse Routinen, Typisierungsmuster und Relevanzstrukturen a priori vorhanden sind bzw. ausgebildet werden. Zum Teil würden diese unterschiedlichen Kategorien von Wissen jedoch auch erst in der Netzinteraktion gebildet und wirkten dann ihrerseits wieder auf Handlungen und Handlungsentscheidungen in Offline-Kontexten ein, wo sie ihrerseits dazu beitragen, den Offline-Wissensvorrat zu erweitern und zu verändern:

„So übertragen einerseits die aktiven Nutzer ihr Wissen, ihre Handlungsfähigkeiten und ihre Wahrnehmungsmuster ins Netz, andererseits erhöhen sie durch die soziale Praxis des

Internetgebrauchs dessen soziale und kulturelle Relevanz. Prodnutzung trägt daher, wie zu zeigen sein wird, maßgeblich zum Verschwinden der Trennung zwischen Online- und Offlinewelt bei.“ (Ebd.: 168)

Als Web 2.0 beschreiben die Autoren eine Vielzahl von partizipatorisch ausgerichteten Internet-Anwendungen wie Communitys, Foren, Bewertungssysteme mit denen teils eine Kommerzialisierung (vgl. u.a. Meckel 2013) verbunden ist, wenn es um die Verwertung von User-Generated-Content (UGC) zur Profitsteigerung von Unternehmen geht. Jedoch sei diese Entwicklung keineswegs so neu wie es in der gegenwärtigen Literatur dargestellt würde, sei das Internet doch von Beginn an auf egalitäre Kommunikationspraktiken ausgelegt. Jedoch sei in den letzten Jahren, insbesondere durch die Verbreitung von Breitbandanschlüssen sowie die Entwicklung benutzerfreundlicher Oberflächen, die Nutzung von Interaktionsangeboten im Netz einer sehr viel größeren Menge an Personen, die auch weniger technikaffin sein müssen, stark angestiegen. Das führe zu anderen Nutzungspraktiken, die der Prodnutzung einen besonderen Stellenwert geben (vgl. Guenther/Schmidt 2008: 169). Prodnutzung sei nun vor allem durch vier Merkmale charakterisiert (vgl. Guenther/Schmidt 2008: 170ff):

- Nur noch analytische Unterscheidbarkeit von Produktion und Konsumption, die in der Praxis ineinander aufgehen.
- Kollaborativ, öffentlich und prinzipiell unabgeschlossen (als öffentlich werden solche Formen der Prodnutzung verstanden, die ohne strenge, formale Mitgliedervorschriften auskommen, ein Gegenbeispiel wäre die Lehr- und Lernplattform Moodle, für die Studierende eine von der Universität vergebene Benutzererkennung brauchen, um sich anzumelden).
- Einspeisung sozial relevanter Strukturinformationen, Kulturtechniken und kulturell überformter Wahrnehmungsmuster ins Internet.
- Herausforderung etablierter Vorstellungen von Wissen als Eigentum und Produkt.

Im Kontext der Kommerzialisierung des Internets stellen die Autoren vier Strategien vor, mittels derer Unternehmen versuchen, Nutzen aus UGC zu ziehen. Diese reichen von Formen der Kooperation, bei der beide Parteien profitieren, zu Formen der Ausbeutung, bei der sich Unternehmen auch der Besitzrechte an den kreativen Eigenleistungen der User bemächtigen und sie entsprechende Nutzerbestimmungen unterzeichnen lassen. Insgesamt werden unterschieden:

- **Harnessing the Hive:** Prodnutzte Produkte werden verwendet, aber die Rechte bleiben beim Prodnutzer.

- Harvesting the Hive: Prodnutzte Produkte werden gesammelt und in anderen Kontexten wieder veröffentlicht (z.B. Sammlung aus Weblogs als Buchpublikation).
- Harboring the Hive: Bemächtigung von UGC mittels des Aufkaufs der Plattformen (bspw. so geschehen bei flickr, youtube, studivz).
- Hijacking the Hive: Hier müssen die User ihre Eigentumsrechte an ihren Inhalten abtreten, um die Plattform (weiter) nutzen zu dürfen.

Aus Sicht einer phänomenologischen Wissenssoziologie seien laut der Autoren folgende Aspekte wichtig: Die soziale Wirklichkeit ist durch regelmäßige Interaktion konstruiert, obwohl sie sich dem einzelnen als objektiv, unverrückbar und den eigenen Handlungsspielraum begrenzend darstellt (vgl. ebd.: 173). Der gemeinsame und als verbindlich empfundene Wissensvorrat einer Gesellschaft resultiert aus Prozessen der Institutionalisierung (hierzu zählen Habitualisierung, Sedimentation, Repräsentation von sozialen Rollen, Integration bzw. Segmentierung, Reifizierung und Tradition), der Sozialisation und der Legitimation. Gegenüber diesem kollektiv verfügbaren und geteilten Wissensbestand stehen die Strukturen der Lebenswelt und deren Wissensvorrat, die sich aus der unmittelbaren subjektiven Erfahrung der Akteure bilden. Wissen in Form von Routinen, Typisierungen und Relevanzstrukturen sind Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit eines Akteurs. Diesen Kategorien von Wissen stehen im Web 2.0 Typen von Wissen gegenüber, die die Autoren in Content, also jeglichen eingespeisten Inhalt, in Text, Audio- oder Videodatei, Code (damit wird die Software bezeichnet, die zur Eingabe und Verarbeitung der Daten notwendig sind) und Metadaten (Daten über Daten wie z.B. TAGS) aufteilen. An jedem Wissenstyp kann im Web 2.0 Kritik geübt werden, was wiederum zur Entwicklung, Verbesserung und Erweiterung des Wissensvorrats beiträgt. Kritik, die den Content adressiert, richtet sich vor allem am Wahrheitsgehalt von Aussagen aus, wobei auch Formen ästhetischer, therapeutischer (Authentizität) und natürlich moralischer Kritik häufig vorkommen. Kritik in Bezug auf *Code* problematisiert die Unzulänglichkeit der Software, den Zweck, zu dem sie programmiert wurde, zu erfüllen. Hier geht es primär um Kriterien der Wirksamkeit zur Erreichung von Handlungszielen. Ähnlich können Metadaten kritisiert werden, wenn sie nicht mehr dazu nützen, Wissensorganisation zu gewährleisten. Dies sei bspw. bei einem TAG der Fall, der widersprüchliche oder nicht zusammengehörige Inhalte miteinander verknüpfte (ebd.: 179). Leider gehen die Autoren nach diesen sehr interessanten Ausführungen nur kurz auf ihre empirischen Erkenntnisse ein. Sie resümieren, dass die Funktion von Weblogs für Nutzer das Identitäts-, Beziehungs- und Wissensmanagement (vgl. ebd.: 180) sei, allerdings könnten diese

Funktionen durchaus auch auf andere Anwendungen im Social Web übertragen werden, bspw. soziale Netzwerke wie Facebook. Um die Wirksamkeit von Weblogs oder besser, das Verhältnis von Online- und Offline-Medien zu veranschaulichen, nennen Guenther und Schmidt den Bildblog, der die Berichterstattung der Bild-Zeitung kritisch begleitet und Hintergrundinformationen zu den Reportagen liefert. Es gibt jedoch noch weitere Beispiele für die direkte Verknüpfung von Online und Offline-Medien. So haben einige Zeitungen und Zeitschriften längst damit begonnen, Blogs von ihrer Webseite in der Zeitung abdrucken zu lassen, nicht zu vergessen die zunehmende Integration von Email-, Blog- oder Live-Chat-Komentaren von Nutzern in Talkshows, Radiosendungen etc.

„Dadurch [Mechanismen der öffentlichen Kritik, Entfaltung emanzipativer und subversiver Potenziale, Anm. K.W.] wird das neue Netz einerseits sozial relevanter, weil es mit Strukturdaten und kulturell überformten Relevanzstrukturen aufgeladen wird. Andererseits wird es handlungsrelevanter, weil sich die Erstellung von Content, Code und Metadaten an praktischen Gebrauchserfordernissen der Wissensorganisation im Alltag orientiert. Die Wissensvorräte im Netz knüpfen also immer besser an die lebensweltlichen Erfahrungen, Wissensbedürfnisse, Problemdefinition und Problembewältigungsstrategien der Nutzer an. Es ist diese aus der alltäglichen Praxis gespeiste Vielzahl und Heterogenität von Wissen, die dem Word Wide Web neue Impulse verleihen.“ (Ebd.: 185)

Diese Überlegungen können zu der These zusammengeführt werden, dass die bislang sowohl in der diskursanalytischen wie der phänomenologischen Lesart von Wissen enthaltene Trennung von Alltagswissensbeständen und Expertenwissen in digitalen Interaktionsräumen an Bedeutung verliert. Als ein Beleg dürfte wohl gelten, dass das meist-genutzte Lexikon – Wikipedia – vornehmlich von Laien mittels kollaborativer und fortdauernder Zusammenarbeit erzeugt worden ist und wird. Dass es bei Diskussionen um das Wissen über Bioethik den Beteiligten ebenfalls weniger um so genanntes Expertenwissen als um Erfahrungswissen ging, verweist zudem darauf, dass die Regeln wissenschaftlicher Erkenntnis als nicht weniger verlässlich wahrgenommen werden als der konkrete Praxistest. Und wenn die Trennung von Alltagswissen und Expertenwissen an Bedeutung verliert, müsste dann nicht in gleicher Weise die Hierarchie zwischen Laie und Experte flacher werden – zumindest in sozialen Welten, die entweder in großen Teilen Überschneidungen mit der Alltagswelt aufweisen oder für diese Alltagswelt von besonderer Relevanz sind?

Intersektionalität

Die Erwähnung von Intersektionalität als einem der signifikantesten Merkmale der Digitalisierung erfolgt in dieser Arbeit keineswegs zufällig. Was im Abschnitt „Intersektionale Identität“ als Intersektionalität der subjektiven Autono-

mie verhandelt wird, findet seine Entsprechung in der zunehmenden Intersektionalität von sozialen Welten. Das hybride Neben- und Übereinander von sozialen Welten verlangt vom Subjekt eine ähnliche Ordnungsleistung wie die Reflexion über den Ursprung seiner diversen habitualisierten Präferenzen und Deutungen. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, im Mischungsverhältnis der Repräsentanten unterschiedlicher sozialer Welten noch deren Ursprung auszumachen. Krotz (2007) bleibt an diesem Punkt vage, wenn er von vielen Situationen spricht, die sich in digitalen Räumen überlappten. Zumindest gibt er einen Hinweis darauf, um welche soziale Welten es sich primär handeln könnte: Anbieter von Medieninhalten müssten ihre Produkte verkaufen und Kunden werben, weshalb die soziale Welt des Marktes unumstößlicher Bestandteil der auf den Vertrieb von Medieninhalten angelegten Medien ist. Das gilt entsprechend für das World Wide Web, das erst im Zuge seiner Kommerzialisierung das kommunikative Potenzial entfaltete, das seine Vordenker seit seinen Anfängen anvisierten. Dennoch lebt das Ideal des egalitären Austauschs von Informationen und Erfahrungen in zahlreichen Projekten weiter und entfaltet auf diese Weise ebenfalls einen erheblichen Einfluss wie der vorangehende Abschnitt gezeigt hat. Doch findet nicht alle und vermutlich sogar die wenigste Kommunikation im Internet über freie Netze statt, sondern ist meist eingebettet in Infrastrukturen von Anbietern, die ein ökonomisches Interesse verfolgen. Prozesse der Intersektionalisierung sind per se jedoch nicht auf Digitalisierung angewiesen wie das Beispiel des politischen Konsums als Hybrid aus Markt und bürgerschaftlichem Engagement demonstriert. Doch ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Zugang zu Information und der Austausch mit anderen über unternehmerisch gestaltete soziale Netzwerke als enorme Erweiterung des Handlungs- und Erfahrungsspielraums politischer Konsumenten gesehen werden muss: Da es laut Schütze (2002) Kommunikation ist, die eine soziale Welt ausmacht, wird die sozialen (Sub-)Welt des politischen Konsums durch die Digitalisierung und der Ermöglichung von Kommunikation zwischen Konsumenten entscheidend dynamisiert. Unklar ist jedoch, wie sich die Vermittlung von Markt und Engagement in digitalen Kommunikationsräumen darstellt, verfolgen die beteiligten Akteure doch nicht zwangsläufig dieselben Interessen. Trotzdem, so die bisherigen Befunde, scheint sich die Zusammenarbeit von Internetnutzern und Unternehmen weitgehend konfliktlos zu gestalten (Lamla 2010b: 13). Um das Verhältnis von Kapitalismus und Kultur im Internet systematisch analysierbar zu machen, stellt Lamla vier Thesen auf, anhand derer sich das Verhältnis von Kapitalismus und Kultur im Web 2.0 bestimmen lässt: Während mit Bezug auf die Homologietheorie von einer Wahlverwandtschaft von Markt und Kultur ausgegangen werden kann, da sie letztlich denselben Prinzipien des profitmaximierenden Gütertauschs folgen

(ebd.: 20), können Kolonialisierungsversuche von Kultur durch den Markt im Sinne der Fragmentierungsthese verstanden werden. Die kulturelle Wertschöpfung engagierter Konsumenten wird als Crowdsourcing (statt Outsourcing) zu Werbe- und Marketingzwecken abgegriffen; der Markt nimmt in diesem Verhältnis eine dominante Position gegenüber der domestizierten Kultur ein (ebd.: 21). Mit der Kopplungsthese werden Markt und Kultur als koexistente aber prinzipiell unvereinbare Formen der Wertschöpfung interpretiert, die jedoch wechselseitig voneinander profitieren können, insofern es zu einer Vermittlung (bspw. über technische Agenten) kommt (vgl. ebd.). In der Aushandlungsthese findet die Widerständigkeit von Kultur wie der Kulturschaffenden Beachtung, die die leitenden Prinzipien des Marktes infrage stellen und nicht zuletzt gerade über die ihnen zur Verfügung gestellten Kommunikationskanäle ihre Gegenentwürfe zur Diskussion anbieten. Während sich Verbrauchercommunitys (Lamla 2008) und Markengemeinschaften (Pfadenhauer 2009) als Intersektionen von Markt und Kultur in Untersuchungen bislang entweder als fragmentiert oder homolog und eher aushandlungsarm zeigten, stellt sich die Frage, ob mit der Intersektion von Markt, Kultur und Politik die Hegemonie des Marktes nicht stärker infrage gestellt wird. Wie in der Studie von Günther und Schmidt gezeigt wurde, trägt die Individualisierung von Wissensproduktion im Web 2.0 dazu bei, die Grenzen zwischen online und offline insofern aufzulösen, als digital-diskursive Wissensbestände eher Bestandteil von Praktiken offline werden als das bei Informationspraktiken vom Typ Web 1.0 der Fall war. Zu erinnern ist in dem Kontext an die Studie von Dimitrova et al., wo nachgewiesen wurde, dass politische Social-Web-Kommunikation im Vergleich zu anderen politischen Informationspraktiken wie der Zeitschriftenlektüre, ungleich stärker dazu beiträgt, Politisierungsprozesse anzustoßen. Insofern könnte die Digitalisierung politischen Konsums zur Generierung spezifischer verbraucherpolitischer Wissensbestände führen, die Verbraucher- und Bürgerwissen miteinander koppeln. Auf diese Weise enthielte das Social Web ein Bildungspotential, was sich aus der Heterogenität der beteiligten Akteure und seiner Arenen ermöglichenden Infrastruktur unter Bedingungen egalitärer Teilhabe und -nahme entfalten kann. Gleichzeitig böte ein solch kollaborativer Bildungsraum die Möglichkeit für Konsumenten, sich ihrer – auch politischen – Kompetenz in Problemkontexten zu vergewissern, in denen sie als Experte auftreten können.

Zur Skizzierung dieses potenziellen Bildungsraums eignet sich die Perspektive Sozialer Welten (Strauss 1991), wie sie von verschiedenen Autoren gerade für die Erforschung von Internet bezogenen Fragestellungen nahe gelegt wurde (z.B. Strübing 2006, Lamla 2010a). Eine soziale Welt stellt einen speziellen Interaktions- und Kulturraum dar: Speziell insofern als die kommunikative Interak-

tion auf ein gemeinsames Anliegen bezogen ist. Aus der kollektiven Deutung dieses Anliegens ergeben sich konkrete Handlungsempfehlungen (Kernpraktiken), die unter einem Schlagwort wie bspw. „strategischem Konsum“ zusammengefasst werden können. Nun ist es jedoch keineswegs so, dass die kollektive Deutung und Sinnzuschreibung fixiert und festgeschrieben sei, im Gegenteil tragen Soziale Welten und ihre Teilnehmer modernen Wissensgesellschaften durch ein hohes Maß an Integration neuen Wissens und Reflexivität, z.B. in Bezug auf Ereignisse wie Bioskandale Rechnung (Schütze 2002). Insofern muss die Deutung eines Problems und die Legitimität und Authentizität der darauf bezogenen Praktiken als fortlaufender Prozess gedacht werden, der im Rahmen von Binnenarenen als Raum der Aushandlung und Systematisierung stattfindet. Eine funktionierende Binnenarena trägt zur Stabilisierung, Legitimierung und Weiterentwicklung der sozialen Welt bei: Die Auseinandersetzungen der beteiligten Akteure haben – gerade wenn es sich wie im Fall politischen Konsums um Vertreter unterschiedlicher Muttersozialwelten handelt, die sich in einem bestimmten Themenbereich überschneiden und so eine gemeinsame soziale Teilwelt konstituieren – innovatives Potenzial. Kann nun in der Zusammenarbeit von heterogenen Sozialweltvertretern in Binnenarenen der (Teil-)Sozialwelt „politischer Konsum“ das innovative Potenzial an sich gesehen werden, darf dabei nicht unberücksichtigt bleiben, dass die Zusammenarbeit zur Beteiligung höchst unterschiedliche Akteure: Konsumenten, Unternehmen, NGOs, Personen des öffentlichen Lebens führt, weshalb es sinnvoll erscheint, von einer Intersektion unterschiedlicher sozialer Welten in einem Teilbereich zu sprechen: Die Vertreter einer sozialen Welt bleiben dabei den Denktraditionen und Leitideologien ihrer Muttersozialwelt treu, sind aber zu Kompromissen bereit, um gemeinsam mit den anderen ihr Anliegen voranzutreiben, das durch die Teilsozialwelt „politischer Konsum“ definiert wird. Die Definition der Kernpraktik einer sozialen Welt durch heterogene Akteure stellt immer auch eine Aushandlung um Deutungsmacht dar: Arenen erzeugen Gewinner- und Verlierer, weil es sich hierbei letztlich um Machtkämpfe handelt (vgl. Lamla 2010b: 14).

Der gut informierte Bürger

... ist ein Konzept von Alfred Schütz (1946), das entgegen seines Erscheinungsdatums kaum an Aktualität eingebüßt hat. Ganz im Gegenteil stellt das Problem der Identifizierung der für das eigene Leben relevanten Themen, an denen sich ein potenzielles Engagement ausrichten könnte, die Kernfrage bürgerschaftlichen Handelns in mediatisierten Welten dar. Schütz' Akteur lebt in einer sozialen Welt, seiner Lebenswelt, von der er weiß, dass sie sich ihm nie vollkommen

erschließt. Er ist zwar – wie jeder – in der Lage, sich einen gewissen Vorrat an Wissen praktisch oder kognitiv anzueignen, aber was ihm nicht gelingt, ist die vollständige Integration der unterschiedlichen Wissensbestände. Die Wissensbestände der unterschiedlichen Wissenssysteme (Expertensysteme mit Giddens) können sogar in ihren Aussagen einander widersprechen. Diese Widersprüchlichkeit der unterschiedlichen Wissenssysteme deutet Schütz als das Ergebnis ihrer erfolgreichen und fortschreitenden Differenzierung:

„There is a stock of knowledge theoretically available to everyone, built up by practical experience, science, and technology as warranted insights. But this stock of knowledge is not integrated. It consists of a mere juxtaposition of more or less coherent systems of knowledge which themselves are neither coherent nor even compatible with one another. On the contrary, the abysses between the various attitudes involved in the approach to the specialized systems are themselves a condition of the success of the specialized inquiry.“ (Schütz 1946: 463)

Dies betreffe aber nicht nur verschiedene Wissenssysteme, die im strengeren Sinne „*wissenschaftlich*“ sind, sondern auch den Lebensbereich, der durch die Verfolgung „*praktischer*“ Interessen gekennzeichnet sei. Hier sei es nicht wichtig, das Warum und Wie der Handlung zu begründen, solange die Handlung zum gewünschten Handlungsziel hinreiche (vgl. Giddens 1995: 40f).

„Where our practical interests predominate we are satisfied with our knowledge that certain means and procedures achieve certain desired or undesired results. The fact that we do not understand the Why and the How of their working and that we do not know anything of their origin does not hinder us from dealing undisturbed with situations, things, and persons.“ (Schütz 1946: 463)

Dieses unbegründete oder wissenschaftlich/kognitiv nicht abgesicherte Wissen, welches man als Erfahrungswissen oder praktisches Wissen bezeichnen könnte, überträgt Schütz im nächsten Schritt seiner Argumentation auf die soziale Welt. Gerade hier verlasse sich der Akteur auf sein praktisches Wissen, um seinem Handeln Erwartungssicherheit und praktischen Sinn zu verleihen. Er kann von seinem eigenen Erfahrungswissensbestand darauf schließen, dass sein Gegenüber diesen Wissensbestand teilt und deshalb seine Handlungen korrekt dekodieren kann. Hier nun aber nimmt Schütz eine Einschränkung vor: Denn der Erfahrungswissensbestand zweier Akteure sei nie kongruent. Diese Tatsache bezeichnet Schütz als die soziale Verteilung von Wissen:

„Useful as this concept is in many respects, it is clear that all the members of an in-group do not accept the same sector of the world as granted beyond question and that each of them selects different elements of it as an object of further inquiry. Knowledge is socially distributed and the mechanism of this distribution can be made the subject matter of a sociological discipline.“ (Ebd.: 464)

Während wissenssoziologische Fragestellungen zumeist nach den Folgen oder Gründen für eine Ungleichverteilung von Wissen forschen, stellt sich Schütz die Frage, wie es zu erklären ist, dass manche Aspekte der sozialen Welt akzeptiert und andere kritisch hinterfragt werden, was vielleicht in die Frage übersetzt werden kann, in welchen Situationen Akteure beginnen, sich selbst mehr Wissen anzueignen bzw. ihren Erfahrungswissensbestand kritisch zu hinterfragen (ebd.: 465). Schütz unterscheidet idealtypisch zwischen dem „*Experten*“, „*dem Mann auf der Straße*“ und „*dem gut informierten Bürger*“. Der *Experte* stellt einen Vertreter eines Expertensystems dar: Er ist ausgebildet in seinem Fachgebiet und verfügt entsprechend über einen wissenschaftlich gesicherten, aber auch begrenzten Wissensbestand. Der *Mann auf der Straße* repräsentiert demgegenüber den Erfahrungswissensbestand:

„This knowledge in all its vagueness is still sufficiently precise for the practical purpose at hand. In all matters not connected with such practical purposes of immediate concern the man on the street accepts his sentiments and passions as guides. Under their influence, he establishes a set of convictions and unclarified views which he simply relies upon as long as they do not interfere with his pursuit of happiness.“ (Ebd.: 465f)

Er hat für Probleme bestimmte Rezepte parat, die sich im Alltagsleben bewährt haben, ohne dass diese durch eine externe Expertise abgesichert werden müssen. Wo die alltagspraktischen Rezepte sich als unzureichend erweisen, folgt der *Mann auf der Straße* seiner Intuition und/oder seinen Gefühlen. Der *gut informierte Bürger* als Idealtypus steht nun zwischen diesen beiden. Er soll sich dadurch auszeichnen, dass er weder durch Fachwissen „*besessen*“ ist, noch unreflektiert seinen Gewohnheiten und Gefühlen folgt, sondern in Feldern, von denen er weiß, dass sie ihn, wenn auch nur vermittelt betreffen, zu einer vernünftigen fundierten Meinung kommen will:

„On the one hand, he neither is, nor aims at being, possessed of expert knowledge; on the other, he does not acquiesce in the fundamental vagueness of a mere recipe knowledge or in the irrationality of his unclarified passions and sentiments. To be well informed means to him to arrive at reasonably founded opinions in fields which as he knows are at least mediately of concern to him although not bearing upon his purpose at hand.“ (Ebd.: 466)

Die idealtypische Darstellung soll jedoch nicht unberücksichtigt lassen, dass in der konkreten Praxis alle drei Typen miteinander vermischt sind: Der *Experte* verfügt ebenso über Erfahrungswissensbestände wie der *Mann auf der Straße* abseits seiner Rezepte auch über spezifisches Fachwissen verfügen kann. Aber in seiner Rolle als *gut informierter Bürger* entscheidet der Akteur darüber, welchen Experten er vertraut und wen er überhaupt als legitimen Experten in einer Frage anerkennt. Was ihn auszeichnet, kann, in anderen Worten ausgedrückt, als In-

formations-Agency bezeichnet werden. Er verfügt über eine gesteigerte Bereitschaft zur Selbstreflexivität, sich die eigenen Gewohnheiten bewusst zu machen und zu hinterfragen. Er ist und wichtiger, er *fühlt* sich kompetent darin, Expertenwissen (mittels unterschiedlicher Strategien) zu evaluieren, zu validieren oder zu verwerfen: „*But it is the well-informed citizen who considers himself perfectly qualified to decide who is a competent expert and even to make up his mind after having listened to opposing expert opinions.*“ (Ebd.: 466)

Schütz unterscheidet vier Regionen, die sich in ihrer Relevanz und infolge in dem Interesse, welches den Akteur motiviert, analytisch voneinander trennen lassen (vgl. ebd. 468): Zunächst die Region, in der das Handeln und vor allem dessen Folgen direkt beobachtet werden kann und in der sich am ehesten ein Gefühl von Selbstwirksamkeit entwickeln kann. Dann eine Region, auf die zurückgegriffen werden kann, um sich mit Mitteln auszustatten, um bestimmte Operationen auszuführen (die kommunale Infrastruktur, Einkaufsmöglichkeiten). Schließlich Regionen, die nicht aktuell wichtig sind, aber es eventuell werden könnten, wie Vorsorgeuntersuchungen oder Jobcenter. Als eine vierte Region lassen sich noch solche Bereiche identifizieren, die weder jetzt noch zu einem späteren Zeitpunkt relevant werden, wie die Entdeckung eines weiteren Sonnensystems oder ähnliches (wobei sich in einer zunehmend globalisiert-vernetzten Welt immer weniger Regionen ausmachen lassen dürften, die in keinem Wirkungszusammenhang zu unserer Lebenswelt stehen). Einerseits geht Schütz davon aus, dass es individuelle Interessen sind, die das Handeln und Wissen des Akteurs in einem hierarchischen System organisieren. Andererseits lasse sich eine solche Relevanzstruktur schwer beschreiben, da die Interessen ständigen Veränderungen unterliegen und durch die Einnahme unterschiedlicher Rollen auch miteinander in Konflikt stehen könnten. Insofern kann eine hierarchische Relevanzstruktur immer nur punktuell und situationsbezogen beschrieben werden. Deshalb erweist sie als empirisch-analytische Kategorie als schwer zu fassen. Schütz geht hier davon aus, dass der Rollenkonflikt zu bewussten Entscheidungsprozessen führt, was wiederum im Kontrast zur Annahme steht, dass es eher Affekte sind, die solche Spannungen durch Spontanentscheidungen lösen:

„The interests I have in the same situation as a father, a citizen, a member of my church or of my profession, may not only be different but even incompatible with one another. I have, then, to decide which of these disparate interests I must choose in order to define the situation from which to start further inquiry.“ (Ebd.: 469)

In seiner Unterscheidung von intrinsischen und aufgedrängten Interessen wird der Gegensatz von Schütz' Ansatz zur Praxeologie besonders deutlich. Denn er geht davon aus, dass es selbstgewählte Relevanzen gibt, die sich spontan ange-

eignet werden und weitere Entscheidungsprozesse beeinflussen. Dabei könnten diese intrinsischen Relevanzsetzungen verändert werden:

„The intrinsic relevances are the outcome of our chosen interests, established by our spontaneous decision to solve a problem by our thinking, to attain a goal by our action, to bring forth a projected state of affairs. Surely we are free to choose what we are interested in, but this interest, once established, determines the system of relevances intrinsic to the chosen interest.“ (Ebd.: 470)

Demgegenüber ständen die aufgedrängten Relevanzen, die sich nicht aus selbst gewählten Interessen ergeben, die sich aber angeeignet werden könnten, falls es gelingt, sie mit intrinsischen Interessen zu verbinden. Gelingt das nicht, blieben diese aufgedrängten Relevanzen fremd und unverständlich (vgl. ebd.: 470).

Auch Uwe Schimank beschäftigt sich mit der Frage, wann Routinehandeln (vergleichbar mit dem *Mann auf der Straße*) einen Bruch erfährt und reflexiv (z.B. als *gut informierter Bürger*) bearbeitet wird. Routine-Handeln ermöglicht dem Akteur sinnvoll anerkanntes Handeln bei gleichzeitiger Entlastung seiner mentalen Kapazitäten. Mitunter werden Gelegenheiten, sich anders zu entscheiden dann auch gar nicht wahrgenommen. Schimank (2011) führt den Begriff der „*Weltoffenheit*“ als anthropologische Eigenschaft des Akteurs ein, die als zwei Handlungsmodi, das „*closing*“ und das „*opening*“ beschrieben werden können. Im Falle eines „*good closing*“ schütze sich der Akteur vor zu vielen Umwelteinflüssen oder er eröffne sich als „*good opening*“ eine Reihe von Angeboten (ebd.: 28). Ebenso könnten „*closing*“ und „*opening*“ auch dysfunktional für den Akteur werden, wenn er im Falle des „*bad closing*“ wichtige Einflüsse nicht mehr wahrnehme oder er von der Fülle von Angeboten beim „*bad opening*“ vollkommen überrollt werde (vgl. ebd.). Insofern ist es bei der Interpretation einer konkreten Handlung immer die Frage, welche Situationsbestandteile der Akteur überhaupt wahrnimmt oder wahrnehmen kann und der Ausgang der Situation immer offen. Ob eine Zielverfolgung erfolgreich verläuft, ist Schimank zufolge abhängig von dem Anspruchsniveau, dass der Akteur mit seinem Ziel verknüpft: Je einfacher und vager ein Ziel, verstanden als die Veränderung eines gegebenen Zustands, formuliert sei, umso weniger sei es davon bedroht, durch störende Umwelteinflüsse torpediert zu werden. Steigt das Anspruchsniveau, sei der Akteur gezwungen, mit zunehmenden Umwelteinflüssen umzugehen, auf sie zu reagieren und seine Zielverfolgung anzupassen. Infolge könne man dann auch nicht mehr von Zielerreichung sondern eher von Zielverschiebung sprechen. Hierbei hielten sich die Prozesse von „*good closing*“ und „*good opening*“ noch die Waage („*good closing*“ hier verstanden als Beibehaltung einer Zielverfolgung und „*good opening*“ als Offenheit, die das Erkennen von Problemen und notwendigen Änderungen ermöglicht.)

„Ein zu hoch geschraubtes Anspruchsniveau schließlich treibt den Akteur ins ‚bad opening‘ einer selbst zerstörten Erwartungssicherheit. Er verrennt sich völlig in gescheiterten Ambitionen und überhäuft sich dabei mit so viel weiterer Komplexität in Gestalt einer überbordenden Agenda neuer und immer größerer Probleme, also noch anspruchsvollerer Ziele, dass er schließlich durch immer hilflos-chaotischeres Handeln die eigene Erwartungssicherheit verliert. Der Akteur wird handlungsunfähig und so Getriebener seiner Umwelt.“ (Schimank 2011: 30)

Auch der gegensätzliche Fall ist denkbar: Nämlich die Fixierung auf ein Ziel, ohne weitere Kenntnisnahme jedweder Umwelteinflüsse im Sinne eines „*bad closings*“, das aus dem Akteur schließlich einen Psychotiker machen könnte. Um erst gar nicht Gefahr zu laufen, sich in der Verfolgung von Zielen zu verstricken, ist es nach Schimank unverzichtbar, auf routinisierte Handlungen zurückgreifen zu können, die dem Akteur Entlastung bringen (vgl. ebd.: 31). Aber wann ist der Moment gekommen, in dem der Akteur sich „*Reflexion auferlegt*“? Der Routine schreibt Schimank in dem Wechselspiel von Öffnung und Schließung die dominante Position ein: Als Garant für Erwartungssicherheit stellt sie die Voraussetzung für Handlungsfähigkeit dar. Für den Bereich eines politischen Alltagshandelns ist die Frage eines „*good openings*“ bzw. eines „*good closings*“ ganz entscheidend. Die Lektüre der morgendlichen Zeitung oder der Nachrichten befreundeter Facebook-Gruppen kann für einen konsumpolitisch engagierten Bürger, leicht in einen ungezügelten Aktivismus übergehen, wenn er nicht über einen *guten* Schließungsmechanismus verfügt. Doch dürfte es bei einem Engagement, welches sich in den Praktiken des Alltagslebens entfaltet, schwer sein, hier nicht in Extreme zu verfallen. Notwendig erscheint vor allem die Entwicklung einer Routine im Umgang mit Informationen. Zudem muss es wie bei Schütz’ *gut informiertem Bürger* zunächst um die Herausbildung relevanter Themen gehen.

Zwischenfazit: Information und Wissen

Wenn, wie in der praxeologischen Theorie, davon ausgegangen wird, dass jeder Vollzug von Praktiken Wissen zur Anwendung und damit zum Ausdruck bringt, wird deutlich, dass mit der Erforschung sozialer Praxis notwendigerweise immer die Erforschung von Wissen verbunden ist. Wissen, wie auch immer zunächst weiter definiert – ob implizit oder explizit, Fachwissen oder Alltagswissen, kommunikativ oder konjunktiv – bildet somit eine Basiskategorie soziologischer Forschung. Im Kontext von Mediatisierung ist zu berücksichtigen, dass sich die zwei zentralen Mechanismen des gesellschaftlichen Umgangs mit Wissen wandeln: Seine Distribution und seine Speicherung. Die mit der Schriftsprache ermöglichte Speicherung von Wissen und die, mit der Erfindung des Buchdrucks,

ermöglichte Distribution stellen Meilensteile oder eher: Dynamisierungsexplosionen der Mediatisierung und damit des Wandels von Wissen dar (vgl. ähnlich dazu auch Castells 2001: 375ff). Eben solche Explosionen sind mit der Digitalisierung, der durch sie ermöglichten, scheinbar unbegrenzten und fast kostenneutralen Speicherkapazität sowie dem World Wide Web als Distributionsstruktur – ebenfalls beinahe kostenneutral und damit potenziell allgemein zugänglich – verbunden. Hinzu kommt die Geschwindigkeit, mit der die virtuellen Speicher verfügbar gemacht werden können, die ihrerseits ständig erweitert und verändert werden. Giddens und auch Beck kommt das Verdienst zu, bereits im Kontext von Modernisierungsprozessen auf die Veränderung der Beziehung zwischen Laien und Experten hinzuweisen, eine Veränderung die ihrerseits Folgen, sowohl für den Alltag der Laien wie auch für die Arbeit von Experten, hat. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus aber auch, dass die veränderten Formen des Speicherns und Verteilens von Wissen nicht ohne Folgen für das Wissen selbst und die Praktiken des Umgangs mit Wissen – der Suche nach, des Aneignens und des Anwendens von Wissen – bleiben. Eine analytische Differenzierung in die Diskussion um diese Prozesse einzuführen, wird umso wichtiger, je größer die Distanz zwischen den Produzenten oder Autoren von Wissen und ihren Produkten wird. Denn in diese Distanz ist ebenfalls die Trennung von Körper und Wissen eingeschrieben, was für die praxeologische Theorie eine Herausforderung darstellt, insofern ihre Grundannahme der Einheit von Wissen und Körper durch die Wissensgebundenheit körperlicher Praktiken infrage gestellt wird. Der entsprechend notwendige Unterschied ist der zwischen Information und Wissen, und analog dazu, der zwischen Praktiken des Wissens und Praktiken der Information. Worin besteht nun der Unterschied zwischen Wissen und Information? Information ist ein Datum mit Novitätscharakter. Oder mit den Worten von Gregory Bateson: „*In fact, what we mean by information – the elementary unit of information – is a difference which makes a difference [...]*“ [Herv. im Original, Anm. K.W.] (ebd. 1987: 474). Eine Information verändert etwas, z.B. das, was jemand vor dem Lesen dieser Arbeit wusste oder dachte. Insofern stellen hiesige Ausführungen zu bspw. Bourdieu für kaum einen Sozialwissenschaftler eine Information dar, es handelt sich um allgemein soziologisch bekannte Daten. Zu einer Information können sie werden, wenn sie in einen anderen Zusammenhang gebracht werden und auf diese Weise dazu beitragen, bestimmte Fragestellungen unter einem anderen Aspekt zu betrachten. In wissenschaftlichen Arbeiten wird viel Zeit darauf verwandt, Autoren zu lesen, *von denen man weiß*, dass die Leser sie kennen, da sie als implizit verbindliche Lektüre für Sozialwissenschaftler gelten. Damit wird dokumentiert, dass man weiß, was das sozialwissenschaftliche Standardwissen ist. Indem vorausgesetzt wird, dass die Leser es auch

wissen, werden sie als Sozialwissenschaftler anerkannt. Die Verweise auf die wissenschaftlichen Standardreferenzen eines Faches dokumentieren die Zustimmung, Anerkennung und Unterwerfung unter die impliziten Regeln einer Disziplin. Damit verweist der Begriff des Wissens *immer* auf zwei Ebenen, eine diskursive und eine praxeologische. Die Diskursivität des Wissensbegriffs kann analog der Ausführungen zu Bourdieu und dem politischen Feld begriffen werden. Wissen als Fach- (oder Feld-) Wissen dient immer der Inklusion von Experten, vielmehr aber noch der Exklusion von Laien. Sein Streitfaktor wird dabei umso größer, je eher Laien fachwissenschaftlicher Information habhaft werden können und – ganz wesentlich – je eher sie in der Lage sind, die Informationen zu dekodieren. Es wäre aber vor dem Hintergrund falsch, nur Wissenschaftswissen als diskursives Wissen zu charakterisieren. Denn durch die Digitalisierung von Alltagspraktiken, die in Online-Communitys oder virtuellen Netzwerken beschrieben und von anderen kommentiert und bewertet werden, wird auch das Alltagswissen zunehmend zum Gegenstand von Aushandlungen. Analog zur Unterscheidung zwischen Information und Wissen lässt sich zwischen Informations- und Wissenspraktiken unterscheiden. Hierbei stellen die Informationspraktiken einen Spezialfall der Wissenspraktiken dar, denn, wie gesagt, alle Praktiken sind Wissenspraktiken, da keine Praktik vollzogen werden kann, ohne dass dabei implizit Annahmen über die äußere Welt ausgedrückt werden. Aber gerade wenn man digitale Praktiken untersucht, stößt man regelmäßig darauf, dass Untersuchungsteilnehmer nach Informationen suchen, also nach Daten, die nicht Bestandteil ihres Wissens sind. Um den Komplex dieser teils sehr heterogenen Praktiken der Suche, Archivierung und Weitergabe von Informationen zu bezeichnen – in denen ein spezifisches Wissen um den Umgang mit Daten zum Ausdruck gebracht wird, wird im Folgenden entsprechend der Begriff der Informationspraktiken verwendet.

Politischer Konsum im Social Web wird konzeptionalisiert als die Intersektion von drei sozialen Welten, der Welt bürgerschaftlichen Handelns, der Welt des Konsums und der Welt des Marktes (letztere weisen zwar große Schnittmengen auf, sind aber keineswegs identisch, wie z.B. die Frage nach der jeweiligen Kernpraktik zeigen würde). Als ein primär durch kommunikative Interaktion strukturiertes Phänomen rücken so Praktiken des diskursiven politischen Konsums in den Vordergrund. Im Zentrum der Verhandlungen steht die Frage, wie zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse zu vermitteln ist und was ein gutes Leben ausmacht. Dabei entstehen neue Wissensbestände, die sich durch ihren Bezug zu konkreten Erfahrungen gerade im Bereich des Offline-Handelns auszeichnen, wie bspw. zu Geschmack und Gefühlen. Doch wird andererseits davon ausgegangen, dass das digitale Engagement auch auf Wissenspraktiken im All-

tag offline zurückwirkt und als ein eigener Modus nicht nur der Wissensproduktion, sondern vor allem auch der Aneignung verstanden werden muss. In diesem Kontext stellt sich das von Schütz im „gut informierten Bürger“ angedeutete Problem der Relevanzsetzung verschärft, insofern es nicht nur jedem selbst überlassen ist, darüber zu entscheiden, was er als wichtig empfindet, sondern er auf der anderen Seite auch die Chance hat, auf Informationen zu jedem beliebigen Thema zuzugreifen. Die Idee von Schütz, dass sich Relevanzen in Abhängigkeit von der Betroffenheit des Akteurs bestimmen lassen, hat Vor- und Nachteile. Einerseits ist es fraglos einleuchtend, dass sich jemand eher bspw. mit den rechtlichen Vorgaben kommunaler Bebauungspläne auseinandersetzen wird, wenn in seiner Nachbarschaft ein Mastbetrieb für 100000 Schweine gebaut werden soll. Andererseits wird es aufgrund von Mediatisierung und von Entbettungsmechanismen deutlich schwerer zu bestimmen, von was ein Akteur sich betroffen fühlt. Denn eine Betroffenheit muss sich nicht nur bei physischer Nähe einstellen, sondern resultiert häufig auch aus der Wahrnehmung eines Gefühls von Ähnlichkeit (Durkheim 1977)¹. So kann es durchaus passieren, dass jemand z.B. ein Gefühl von Solidarität mit einem Netzwerk von Verbrauchern in den Vereinigten Staaten verspürt, mit denen ihn das Engagement gegen Gentechnikkonzerne verbindet, während sich vergleichbare Kooperationen im lokalen Umfeld nicht herstellen lassen. Insofern ist Betroffenheit eines Akteurs als erklärende Variable für Engagement durchaus geeignet, allerdings lassen sich die Bedingungen für Betroffenheit nur schwer verallgemeinern. Für den hiesigen Kontext hilfreich ist an Schütz Konzeption die Hybridität des „gut informierten Bürgers“, der zwischen „Experte“ und „Mann auf der Straße“ einen vermittelnden Standpunkt einnimmt, auf der einen Seite gekennzeichnet von der Fähigkeit zu pragmatischen Akzeptanz („good closing“), auf der anderen Seite von der Fähigkeit, bislang für selbstverständlich gehaltenes Wissen (und die damit verbundenen Praktiken) zu hinterfragen („good opening“). Bei letzterem kommt eine Form von Informations-Agency zum Tragen, die sich aus der Erfahrung und so aus der Überzeugung speist, selbst kompetent in der Bearbeitung von Wissensfragen zu sein und andere, Experten oder Quellen, hinsichtlich ihrer Vertrauenswürdigkeit richtig einzustufen zu können. Zu bedenken ist hinsichtlich der Idee einer Agency, dass diese, worauf auch Schimank hinweist, eine Zielvorstellung erfordert. Diese kann

1 Zwar sieht Durkheim diese auf Gefühlen und Ähnlichkeit aufbauende „mechanische Solidarität“ zwar eher als kennzeichnend für vorindustrielle Gesellschaften, doch lassen sich damit gleichfalls auch neue Formen der (Online-)Vergemeinschaftung über nationale Grenzen hinweg verstehen.

durchaus vage sein, das ist sogar von Vorteil, um Unwägbarkeiten flexibel begegnen zu können. Doch wie weit lässt sich das Anspruchsniveau einer politischen Handlung reduzieren, um Erwartungssicherheit zu gewährleisten? Oder, noch eindeutiger: Ist es nicht die Verfolgung eines konkreten, politischen Ziels, dass eine Handlung als politisch charakterisiert?

POLITISCHES HANDELN

Eine alltagsbezogene politische Praxis stellt nicht nur eine Erweiterung des Repertoires an politischen Handlungsformen dar, sondern ist grundlegend von anderen Formen politischen Handelns, die sich in einer nicht-privaten Sphäre abspielen, zu unterscheiden. Denkt man an konventionelle Formen politischen Handelns nicht-professioneller, politischer Akteure, so fällt doch zunächst einmal auf, dass politische Handlungen von Bürgern für gewöhnlich eher eingebettet in bestimmte Rituale – institutionalisiert – vollzogen werden. Das klassische Beispiel dafür dürfte die Wahlhandlung abgeben, die alle vier Jahre alle Bundesbürger mit Wahlberechtigung dazu aufruft, eine politische Entscheidung zu treffen. Diese politische Entscheidung wird begleitet von einem – mittlerweile gleichfalls mediatisierten – Wahlkampf, der dazu gehörigen Berichterstattung, den Plakaten und den nun wohl endgültig etablierten Kanzlerduellen nach US-amerikanischen Vorbild. Zur Unterstützung können die Bürger bei Unsicherheit auch den „Wahl-o-Mat“ bemühen, ein technisches Tool, das je nach individuellen Präferenzen der Bürger eine Wahlempfehlung zum passenden Parteiprogramm erteilt. Damit zeichnet sich eine entscheidende Differenz zu einem alltagsbezogenen politischen Handeln ab: Bei der Bundestagswahl handelt es sich um ein außeralltägliches Ereignis, das von einer Vielzahl von Ritualen begleitet wird und es den Bürgern so ermöglicht, gerade ihre auf sich selbst gerichtete Alltagsperspektive ein Stück weit zu verlassen und eine Entscheidung zum Gemeinwohl der Gesellschaft zu treffen. Eine Politik des Alltags hat es demgegenüber ständig mit Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls zu tun, ohne dass diese Entscheidung vergleichbar gerahmt und in einen kollektiven Politikprozess eingebettet wäre. Das muss eine veränderte Perspektive auf das *Wie* politischen Handelns zur Folge haben. Diese Veränderung des *Wies* politischer Entscheidungen und deren Einbettung in den Alltag anstatt in kollektiv-rituelle Prozesse kann aus handlungstheoretischer Sicht am besten mit einem stärkeren Fokus auf Praktiken anstatt auf Handlungen gefasst werden. Da in der politikwissenschaftlichen Theorie der Begriff der Handlung dominiert, wird dieser Vorschlag entlang der Diskussion von „*politisch handeln*“ entwickelt.

Gemeinwohlorientierung

Der Begriff des politischen Handelns ist keineswegs so klar und eindeutig definiert, wie es aus einer empirisch-analytischen Sicht wünschenswert wäre (Buchstein 2012: 20). Um politisches Handeln von anderen Handlungsformen abzugrenzen und so zu einer Definition zu kommen, fragt Hartmut Rosa (2012) zunächst danach, was überhaupt als Handeln gelten kann. Dabei wird der Begriff des Handelns vom Verhalten abgegrenzt, das dem behavioristischen Reiz-Reaktion-Modell folgt. Im Gegensatz dazu muss der Ausgangspunkt von Handeln „in einer (kultur-)spezifischen Selbst- und Weltinterpretation gesucht werden, die einer bestimmten Handlung ihre Bedeutung, ihr Objekt und ihr Ziel (*the point*)‘) verleiht“ [Herv. im Original, Anm. K.W.] (ebd.: 135).

Handlungen sind demnach nicht als singuläre Akte nachvollziehbar, sondern immer nur im Kontext ihrer Einbettung in die jeweils gesellschaftlichen, kulturellen, lebens- und situationsspezifischen Bedingungen. Dabei erscheinen die Selbstdeutungen sowohl als explizit, also verbalisierbare Ansprüche oder Vorstellungen wie auch implizit als in den Institutionen und der jeweiligen Kultur (oder der täglichen Routine) festgelegte Handlungs- und Deutungsschemata. Aus der Deutung des Akteurs seiner Selbst, seiner Welt und seiner Handlungsoptionen folgen sowohl Handlung wie auch Sinn und Identität.

Aus der Beziehung der Bewertungen zueinander und der sie betreffenden Gegenstände entstehe etwas wie eine „moralische Landkarte“ –hier bezieht sich Rosa auf den von Taylor (1994) geprägten Terminus –, die die soziale Realität erst konstituiere (ebd.: 136). Handlungen sind demnach zu verstehen als Folge und Realisation von Bewertungen, die eine Person vornimmt. Insofern lassen sich Handlungen durch die ihnen zugrunde liegenden Bewertungen unterscheiden. Im Bereich des politischen Handelns müssen dies Rosa zufolge Bewertungen sein, die festlegen, in welcher Art von Gemeinschaft man leben möchte. Aus einem solchen Blickwinkel ergibt sich allerdings, dass einiges an Handeln, was in der Realpolitik stattfindet, nicht mehr als politisches Handeln definiert werden kann, da es häufig anderen Wertungen folgt. Zu Veränderungen oder besser: Veränderungsdruck komme es dann, wenn die expliziten und die impliziten Selbstdeutungen der Akteure nicht mehr kongruent sind, es also z.B. zu einem Widerspruch von Anspruch und Anerkennung kommt. Zudem bewegt sich der Akteur in unterschiedlichen sozialen Welten, die jeweils anderen und sich häufig widersprechenden Weltdeutungen folgen. Auch diese Bewegungen enthalten das Potenzial, den Akteur unter Druck zu bringen, um beispielsweise seine Identität unter den widersprüchlichen Anforderungen zu behaupten oder ggfs. situativ anpassen.

Aktive Bürgerschaft

Weniger handlungs- als demokratietheoretisch nähert sich Sandra Seubert (2012) dem Begriff des politischen Handelns in ihrem Beitrag „*Politisches Handeln in der Bürgergesellschaft*“. Zu Beginn führt sie eine Unterscheidung von politischer Partizipation und politischem Handeln ein. Ersteres sei eine spezielle Form politischen Handelns, das als institutionalisiertes politisches Handeln seinen Platz innerhalb des politischen Systems habe und durch gemeinsame Unternehmungen von Bürgern zur Beeinflussung unterschiedlicher Ebenen dieses Systems gekennzeichnet sei (Seubert 2012: 105). Entsprechend müsse politisches Handeln als Oberbegriff einer weiteren Definition zugeführt werden:

„Wenn politisches Handeln ein umfassenderer Begriff ist, so bedeutet das, dass er nicht auf die Mitwirkung an formellen Prozeduren der Entscheidungsfindung, vor allem Wahlen, begrenzt werden kann. Politisches Handeln umfasst Aktivitäten, die nicht unbedingt an formelle Mitgliedschaft (Staatsbürgerschaft)) gebunden sind, und es kann auch in sozialen Sphären stattfinden, die nicht als politisch in einem engeren Sinn gelten, wie die Familie oder der ökonomische Bereich. Die traditionellen Trennlinien zwischen dem Politischen (bzw. Öffentlichem) und dem Privaten werden fragwürdig, wenn die ursprünglich dem Haushalt („oikos“) bzw. dem ‚Ökonomischen‘ zugeordnete Sphäre der Konsumption politisiert wird oder wenn die gesellschaftliche Bedeutung der Familie auf neue Weise in den Blick gerät.“ (Ebd.)

Symptomatisch zeige sich diese Verschiebung oder Auflösung der Grenzen von politisch-nichtpolitisch oder privat-öffentlich an der inflationären Verwendung des Begriffs der Bürgergesellschaft, mit dem neue Formen politischer (Selbst-) Steuerung beschrieben oder propagiert würden, die den Bürger nicht mehr nur an politischen Prozessen beteiligten, sondern vielmehr politische Arbeit an den Bürger delegieren (vgl. ebd.: 106). In dieser Lesart sei politisches Handeln zu verstehen als aktive Bürgerschaft. Was kennzeichnet also aktive Bürgerschaft? Diese sei nämlich nicht ein rein juridischer Status, sondern eine Rolle, die voraussetzungsvoll erlernt werden müsse. Wichtige Voraussetzung und Ziel des politischen Bildungsprozess sei nach Kant das Erreichen einer „*inneren Mündigkeit*“ (ebd.: 110):

„Der Erfolg dieses Projekt hängt, so kann man Kant lesen, davon ab, dass inneres (personales) Vermögen und äußere Handlungsbedingungen eine Entsprechung finden [...] Selbstbewusstsein und eine innere Unabhängigkeit schaffende Tätigkeit sind ja tatsächlich von ‚äußeren‘, will heißen materiellen und kulturellen Bedingungen abhängig und so gesehen lässt sich das Ausschlusskriterium auch in eine Inklusionsforderung umwenden.“ (Ebd.)

Zu einer exkludierende Bedingung für Bürgerfähigkeit werde die Forderung nach innerer Unabhängigkeit aber bei Kant, der diese Unabhängigkeit an den

Besitz von Kapital gebunden sieht. Damit würde einer nicht unerheblichen Anzahl von Personen(-gruppen) die Fähigkeit, als Bürger selbstbestimmt handeln zu können, aberkannt. Wenn aber nicht Kapital bzw. ökonomische Unabhängigkeit hinreichendes Mittel zur Ausübung der Bürgerrolle sei, was dann? Die Fixierung auf rechtliche Voraussetzungen des Bürgerseins oder -werdens vernachlässigen den Aspekt der Sozialisation und Bildung des Bürgers. Dies zu ignorieren, heißt, Bürgertugenden nur dort zu finden, wo entsprechende Voraussetzungen gegeben sind: Entsprechend würde Bürgerhandeln vor allem in der Sphäre des Bürgerlichen lokalisiert, die über die notwendigen Ressourcen, ökonomisch und kulturell, zur Beteiligung verfügten. Wenn Seubert die Frage danach, was politisch handeln heißt, zwar nicht beantwortet, sondern umformuliert, welche Aktivitäten mit der Rolle des Bürgers verbunden seien, verweist sie somit aber auf einen wichtigen Aspekt: Bürgerschaftlichkeit oder politisch handeln lassen sich nicht per definitionem bestimmen. *Stattdessen ist es sinnvoll, sich den Vorgang des Hineinwachsens in die Bürgerrolle, den Prozess der individuellen Politisierung, unter Gesichtspunkten der Freiheit, Gleichheit und Selbständigkeit genauer anzusehen.* Die Anerkennung einer Person als Bürger mit Bürgerrechten bildet den institutionellen Rahmen aktiver Bürgerschaft, doch auf welche Weise der Bürger einen Weg findet, diesen Rahmen zu füllen, bleibt offen. Die Entscheidung, die der Bürger mündig und autonom, also selbstbestimmt handlungsfähig, in diesem Rahmen zu treffen hat, ist eine ethische: Was ist gut oder nicht gut für die Gesellschaft? Doch zu Recht bemerkt Seubert, dass in einem ausdifferenzierten gesellschaftlichen System die Verantwortung für Missstände delegierbar ist, da für alle gesellschaftlichen Teilbereiche institutionelle Zuständigkeiten angegeben werden können:

„In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, welches Maß an gesellschaftlicher Verantwortung nicht delegiert werden kann [...]. Wenn die Frage des jeweils realisierbaren Grades an Verantwortung, die Frage der Reichweite des eigenen Handlungsspielraums letztlich nur aus der ersten Person heraus zu bestimmen ist, liegt in der Zurechnung von Verpflichtung ein unhintergebares subjektives Moment. Dieses subjektive Moment ist nicht institutionalisierbar, aber für demokratische Gesellschaften lebenswichtig.“ (Ebd.: 112–113)

Es darf nicht darum gehen, den Schuldigen und den Verantwortlichen auszumachen, in dem Moment wird die Problemlösung aufge(sc)hoben. Aus subjektiver Sicht kann nur eine Rolle spielen, wofür man sich selbst verpflichtet fühlt, nicht wofür andere einem die Verantwortung zuschreiben. Die autonome Übernahme von Verantwortung ist, was Seubert unter Pflichtgefühl versteht. Damit spielt sie an auf die Handlungsfähigkeit, aber vor allem auch auf die Handlungsbereitschaft des Bürgers, seine Umwelt, also das politische und soziale Geschehen, das

ihn umgibt und für das er sich zuständig oder von dem er sich betroffen fühlt, zu beobachten – und im Fall des Falles einzugreifen. Ein bloßes Anschauen reicht da freilich nicht aus, ein Beobachten muss mit der Bereitschaft zum Lernen und der Fähigkeit zum Verstehen einhergehen. Ansprechbar-Sein, eine auf Öffentlichkeit bezogene Urteilsfähigkeit herauszubilden, das gelänge dem Bürger nur in sozialen Kontexten, in diskursiven Räumen, in denen gemeinsam mit anderen die Wirksamkeit des eigenen Handelns erlebt werden kann. Dem gegenüber ambivalent einzuschätzen seien jedoch Mediatisierungsprozesse, bei denen die Vernetzung mit anderen utilitaristischen (Selbstoptimierungs-) Motiven folge.

Cultural Citizenship

Diese Lesart von Bürgerschaft (und politischem Handeln) ist anschlussfähig an Konzepte eines „Cultural Citizenship“:

„When cultural citizenship is defined as a discursive process it brings into focus the learning dimensions of citizenship and the socialization processes initiated by the different socializing agents of society.“ (Klaus und Lünenborg 2012: 201)

Statt Bürgerschaft nur als Ensemble von Rechten und Pflichten zu definieren, wird mit dieser Lesart von Bürgerschaft ihre kulturelle Konstitution in den Blick genommen. Kulturell ist Bürgerschaft, weil es kulturabhängig ist, welche Rechten und Pflichten mit dem Bürger-Sein assoziiert werden und darüber hinaus, auf welche Art und Weise sie praktisch umgesetzt werden (können). Da Kultur aber ebenfalls Repräsentant und Produzent von sozialen Strukturen ist, liegt es damit nahe, dass kulturelle Unterschiede, z.B. als Lebensstile bestimmter sozialer Milieus, auch Differenzierungen im bürgerschaftlichen Handeln erzeugen, die eben auch als kulturell bedingte Ungleichverteilung von Chancen zu Macht und Einflussnahme darstellen. Cultural Citizenship verweist als theoretischer Ansatz darauf, die Sozialisationsinstanzen von Bürgerschaft zu berücksichtigen, die sonst als Opposition oder Gegensatz zur politischen Sphäre gelten: Fiktion, Entertainment, Emotionen (vgl. ebd.: 201f). *„Education and media with all their different facets, then, move to the forefront of the realization of citizen rights.“* (Ebd.: 202)

Obwohl Cultural Citizenship eher als Sammelbegriff denn als einheitliches Konzept verstanden werden muss, lassen sich nach Klaus und Lünenborg einige grundlegende Gemeinsamkeiten ausmachen. Statt Citizenship juristisch-normativ zu verorten, wird Bürgerschaft als situiert in den Alltagspraktiken *„of sharing space and forming and exchanging ideas“* verstanden (ebd.: 202). Darüber hinaus werden Macht und Ungleichheitsverhältnisse anerkannt, die auf die Diffe-

renzung zwischen unterschiedlichen Bürgertypen und ihren Praktiken im Umgang mit dem Staat hinweisen. Unterschiede zwischen Bürgern deuten nicht zuletzt auf einen ungleichen Zugang zu oder Besitz von kulturellen Ressourcen (Bildung, Kompetenzen, Erfahrung) hin, der in der Forschung berücksichtigt werden sollte. Cultural Citizenship kann nicht per se als Rezept für Empowerment verstanden werden, doch ist es als ein Forschungsansatz eher geeignet als andere, den Erzeugungsregeln für Marginalisierung wie auch gerade den im Bereich der neuen Medien stattfindenden Transformationsprozessen nachzuspüren. Hier sehen auch Klaus und Lünenborg die größten Potenziale:

„Cultural Citizenship is an essential dimension of citizenship in media society and unfolds under the conditions of unequal power relations. It entails all those cultural practices that allow competent participation in society and includes the rights to be represented and to speak actively. Media as a particular form of cultural production is both an engine and an actor in the processes of self-making and being-made, in which people acquire their individual, group-specific and social identities.“ (Ebd.: 204)

Welchen Stellenwert diese politischen Praktiken formal haben oder einmal haben werden, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer bestimmen. Klaus und Lünenborg sehen die sich gerade im Verhältnis von Produzent und Konsument auf medialer Ebene ändernden Praktiken als Hinweise auf eine neue oder sich wandelnde Demokratie, die womöglich stärker kulturelle Praktiken in Problemlösungsszenarien integrieren können wird. Als eine Alternative führen die Autorinnen Hermes (2006) an, die Cultural Citizenship vor allem als Forschungsansatz verstehe, der bislang kaum oder wenig beachtete Dimensionen von Bürgerschaftlichkeit, vor allem neue Praktiken im Kontext von IuK-Technologien, in den Mittelpunkt rückt (vgl. Klaus und Lünenborg 2012: 206). Die pessimistischen Perspektiven auf die zukünftige und schon im Gang befindliche Entwicklung der Demokratie machen es erforderlich, das Konzept von Bürgerschaft grundlegend zu überdenken. Statt an theoretischen Annahmen über die Rolle des Bürgers festzuhalten, gilt es zu verstehen, wie die Bürger selbst ihre Verantwortung und ihre derzeitige Situation interpretieren (vgl. Dahlgren 2006: 267). Peter Dahlgren vergleicht zunächst drei unterschiedliche Bürgerschafts-Konzeptionen – liberale, kommunitaristische und demokratische. In der liberalen Lesart kommt der Bürger schon „fertig“ in der Demokratie an. Die rationale Verfolgung eigennütziger Interessen ist als Voraussetzung gelungener Bürgerschaftlichkeit ausreichend.

„There is a strange absence of sociological perspective in liberal theories of citizenship. The individual is seen implicitly as emerging as a fully-formed citizen, devoid of social bonds, out of some sociocultural black box, ready to play his or her role in democracy.“ (Dahlgren 2006: 268–269)

Demgegenüber sehen kommunitaristische Ansätze, teils stärker, teils schwächer, in der Vermittlung und Aneignung kollektiver Werte die entscheidende Voraussetzung guter Bürgerschaftlichkeit. Die republikanische oder neo-republikanische Lesart von Bürgerschaft stellt insofern einen Kompromiss dar, als hier sowohl individuelle Rechte wie auch Gemeinschaft als wichtige Voraussetzungen oder Ziele von Bürgerschaftlichkeit anerkannt werden. Aktiver Beteiligung wird ein hoher Stellenwert eingeräumt, insofern nicht nur Rechte in Anspruch genommen werden, sondern mit politischer Beteiligung auch die persönliche Entfaltung – durch Anerkennung, durch Kontakt zu anderen usw. – verbunden werden kann (ebd.). Dahlgren ist dafür, die überkommenen Dichotomien, die das Politische bestimmen sollen (rational vs. emotional, ernst vs. unterhaltend usw.), zu überwinden, um den Weg frei zu machen für neue Konzeptionen von Bürgerschaftlichkeit. Die 1980er Jahre mit dem enormen Anstieg politischer Beteiligung abseits konventioneller Beteiligungsformate hätten einer Vielzahl theoretischer Arbeiten den Weg gewiesen, Bürgerschaft und die Voraussetzungen von Bürgerschaft zu überdenken. Beispielsweise werde aus Sicht der Cultural Studies gesellschaftlicher Interaktion ein fundamental wichtiger Stellenwert eingeräumt, da sie Individuen helfe, sich sozial zu entwickeln, ihre Identitäten auszubilden, Werte zu festigen und auf produktive Weise mit Konflikten umzugehen. Wo aber Cultural Studies einen Weg sehen, weiter an Konzepten von Bürgerschaftlichkeit zu arbeiten, deuten andere die Notwendigkeit, Bürgerschaftlichkeit über soziale Interaktion zu erlernen als verhängnisvoll, da Gelegenheiten für solche Formen der Kommunikation in einer zunehmend individualisierten Welt immer weniger würden. Demgegenüber sei die Zivilgesellschaft als politischer Bildungsraum genauer zu untersuchen, um herauszufinden, ob und wie hier Bürgerkompetenzen gelernt und entwickelt werden können. Was aber von vielen Theoretikern vergessen würde, sei, dass Bürgerkompetenzen sich nicht „einfach so“ erlernen ließen, sondern dass ihnen praktische Erfahrung vorausginge, und das Erlernen einer ganzen Anzahl von weiteren Fähigkeiten, die im Alltagsleben der Akteure situiert sind. Der Ort, falls man das so nennen kann, an dem der Bürger lernt, wie er als Bürger handelt, ist deshalb eben nicht primär das politische System. Politische Identität und Selbst-Identität können in kulturalistischer Lesart nicht voneinander getrennt werden. Die Identität sei die Instanz, an der sich entscheide, ob sich Bürger für etwas mobilisierten oder nicht, die Grenzen zwischen Identität als Person und einer Identität als Bürger seien fließend (vgl. ebd.: 276).

Politik des Lebensstils

Im letzten Kapitel seines Buches „*Modernity and Self-Identity*“ (1991) stellt sich Giddens der Frage, welche Auswirkungen die gesellschaftlichen Veränderungen (Entbettung, Unsicherheit, Fragmentierung, Kommodifizierung) nicht nur für das Individuum und seine Selbst-Identität haben, sondern welche Konsequenzen sie für politisches Handeln haben können. Seine grundlegende These ist, dass ein Wandel von emanzipatorischer Politik zu einer Politik des Lebens(-stils) stattfindet. Die Geschichte der Modernisierung ist gleichzeitig eine Geschichte der Emanzipation von Religion, Tradition, familiären Abhängigkeiten. Giddens definiert die Politik der Emanzipation als ein allgemeines Anliegen, das darauf abziele, Individuen und Gruppen von den Zwängen zu befreien, die ihre Lebenschancen negativ beeinflussen (Giddens 1991: 210). Die zwei grundlegenden Elemente in diesem Kampf seien a) das Abschütteln der Fesseln der Vergangenheit, womit eine Veränderung bejahende Einstellung zur Zukunft verbunden sei, und b) das Ziel, illegitime Dominierung von Individuen und Gruppen durch andere zu überwinden (vgl. ebd.: 211). Die Modernisierung führe im Ganzen zu einer größeren Kontrolle von sozialer und natürlicher Welt, aber nicht zwangsläufig zu einer stärkeren Kontrolle des einzelnen über sein Leben. Aus diesem Grund ist eine emanzipative Politik auch primär auf die Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Akteuren gerichtet, auf deren ungleiche Lebenschancen und die Ungleichheit verursachenden Umstände (Ethnie, Geschlecht, Machtverteilung, Verteilung von Reichtum). Macht ist aus dieser Perspektive stets hierarchisch: „*Macht wird verstanden als die Fähigkeit eines Individuum oder einer Gruppe seinen Willen gegenüber anderen durchzusetzen.*“ (Ebd.: 211 [Übersetzung K.W.]). Als wichtigste Phänomene der Macht können Ausbeutung, Ungleichheit und Unterdrückung gelten. Ausbeutung meint die illegitime Aneignung von Ressourcen durch eine (privilegierte) Gruppe, was konsequenterweise mit einem eingeschränkten oder keinem Zugang durch andere einhergeht (Bsp. Öl, Wohnraum, Bildung), woraus Ungleichheit folgt. Unterdrückung schließlich meint konkret den Vorgang der Reduktion von Lebenschancen einer Gruppe oder eines Individuums durch eine andere, was ebenfalls Folge einer ungleichen Machtverteilung ist. Im Kampf gegen die Folgen ungleicher Machtverteilung muss unter Rückgriff auf moralische Werte belegt und unterschieden werden zwischen Formen legitimer und illegitimer Macht. Zentral zur Legitimation von Maßnahmen gegen ungleiche Machtverteilung, Ausbeutung, Ungleichheit und Unterdrückung sind Gerechtigkeit, Gleichheit und Teilnahme. Diese moralischen Werte sind jedoch eher als Kritik an bestehenden Verhältnissen als ein gesellschaftlicher Gegenentwurf zu verstehen. Das Fehlen eines konkreten zu errei-

chenden Zielzustandes führt zu einer Bewegung *weg von*, aber ohne zu wissen, in welche Richtung diese Bewegung führen sollte. Giddens hält Autonomie für – wenn überhaupt – das wichtigste mobilisierende Prinzip (ebd.: 213). „*Emanzipation bedeutet, dass das kollektive Leben in einer Art organisiert ist, dass das Individuum fähig ist – in der einen oder anderen Weise – zu freier und unabhängiger Aktion in seiner sozialen Umwelt.*“ (Ebd. [Übersetzung K.W.]). Damit verbunden ist kein absoluter Freiheitsbegriff, insofern als die Freiheit des Individuums immer beschränkt oder in Verbindung gedacht werden muss mit seiner gesellschaftlichen Verantwortung. Oder wie Giddens in Anlehnung an Habermas anmerkt:

„Je mehr sich die sozialen Umstände einer idealen Sprechsituation annähern, umso eher wird eine soziale Ordnung basierend auf den autonomen Handlungen freier und gleicher Individuen entstehen. Wenn Individuen frei sein werden, informierte Entscheidungen über ihre Handlungen zu treffen, wird das die Menschheit auch auf einem kollektiven Level tun.“ (Ebd.: 213f [Übersetzung K.W.])

Demgegenüber setze Life Politics bereits ein gewisses Level an Emanzipation voraus (vor allem von Tradition und hierarchischer Dominanz), da es nicht mehr darum geht, die Voraussetzungen für freie Entscheidungen zu erkämpfen, sondern die Entscheidung konkret zu treffen (vgl. ebd.: 214): „*Es ist eine Politik der Selbst-Aktualisierung in einer reflexiv strukturierten/geordneten Welt, in der Reflexivität das Selbst und den Körper mit Systemen globaler Reichweite verbindet.*“ (Ebd.) Zur Erläuterung der Definition von Life Politics gibt Giddens an, dass es dabei eigentlich um „*lifestyle politics*“ gehe in dem Sinne, dass politische Themen in den Prozess der Selbst-Aktualisierung einfließen, wobei globalisierende Einflüsse tief in das Projekt der Selbst-Identität eindringen und Prozesse der Selbst-Identität wiederum Einfluss nehmen auf globale Strategien (vgl. ebd.). Als eine Politik der Lebensentscheidungen sind Life Politics untrennbar mit dem Projekt der Selbstidentität verbunden, da es darum geht, einen moralisch gerechtfertigten Lebensstil zu entwickeln, der Selbst-Aktualisierung im Kontext globaler Unabhängigkeit ermöglicht. Der Entwurf der Selbst-Identität muss durch Reflexivität und Aktualisierung dem dynamischen Kontexten einer globalisierten Moderne immer wieder angepasst werden, Einstellungen müssen eventuell revidiert und Zukunftsentwürfe verändert werden. Dies erfordert die (Re-) Integration von Information, mit der das Individuum insbesondere durch mediatisierte Erfahrungen zunehmend konfrontiert wird (vgl. ebd.: 215). Eine besondere Leistung besteht hier darin, zukünftige Projekte auf eine kohärente und vernünftige Weise mit vergangenen Erfahrungen zu verknüpfen:

„Dies kann nur erreicht werden, wenn einer Person die Entwicklung einer inneren Authentizität gelingt – einer Grundstruktur aus grundlegendem Vertrauen, mittels dessen die Lebensspanne als eine Einheit von dem Hintergrund wechselnder sozialer Ereignisse verstanden werden kann.“ (Ebd. [Übersetzung K.W.])

Die Notwendigkeit von Reflexivität besteht also darin, den Entwurf der eigenen Selbst-Identität durch fortlaufende Aktualisierungsprozesse an veränderte Rahmenbedingungen anzupassen. Als erste sichtbare Hinwendung zu einer Life Politics kann die Frauenbewegung gesehen werden, bei der der Frage „*wer soll ich sein*“ als politischer Frage Priorität eingeräumt wurde. Wie politisch sind Life Politics? Sie sind es sowohl in der engeren wie in der weiteren Definition, insofern als der Nationalstaat immer noch die zentrale Funktion innehat, die Gesetze und Rahmenbedingungen zu setzen, auf deren Basis Bürger agieren können. Im weiteren Sinne muss das zunehmende Versagen des Nationalstaats bei der Bewältigung zahlreicher Problemstellungen konstatiert werden. Auch kann der Staat nicht auf alle Bereiche der Lebenspolitik zugreifen. Es ist jedoch unklar, welche Institution bzw. welche institutionellen Parameter eine Lebenspolitik braucht und zukünftig nutzen kann, um zu agieren, evtl. soziale Bewegungen, denkbar wären aber auch eher netzvermittelte Aktionen oder politischer Konsum, Giddens geht diesbezüglich von einer Entwicklung neuer politischer Partizipationsformen in der Zukunft aus.

Ulrich Beck (1993) zeigt auf, dass das politikwissenschaftliche Verständnis politischen Handelns von einer Sichtweise der gesellschaftlichen Differenzierung in Systeme geprägt sei, die von deren Selbstreferentialität und Abgeschlossenheit überzeugt ist. Ob ein Handeln als politisch oder nicht-politisch definiert wird, lässt sich entsprechend sehr einfach danach bestimmen, ob es innerhalb des politischen Systems und nach dessen Regeln erfolgt. Doch, so fragt Beck weiter, „*wer sagt, dass es [das Politische, Anm. K.W.] nur in den Formen und Begriffen der Regierungs-, Parlaments- und Parteienpolitik möglich und wirklich wird?*“ (Ebd.: 11) Seine These ist, dass unter den veränderten Handlungsbedingungen moderner Gesellschaften politisches Handeln als Sub(system)politik in anderen Handlungsfeldern als alternative politische Beteiligung (wieder) auftaucht, wenngleich in Formen, die aufgrund ihrer Novität erst noch als politisch erkannt und verarbeitet werden müssten (vgl. ebd.). Verantwortlich für das Auftauchen neuer politischer Handlungsweisen außerhalb des politischen Systems sei ein Generationenwechsel, der die Grundüberzeugungen (für Beck sind hier ökologische und feministische Interpretationen von Gesellschaft entscheidend) verändert und die traditionelle Regierungsweise infrage stellt. Durch die damit auftretenden Konflikte zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren würde die Selbstreferenzialität der Systeme Gegenstand von Aushandlungen: „*Wie die so-*

zialen Klassen, so verblassen auch die sozialen Systeme im Zuge reflexiver Modernisierung. Sie werden in ihrem Bestand entscheidungsabhängig, legitimationsabhängig, veränderbar.“ (Ebd.: 12). Wie Offe (1983) sieht Beck die Aufgaben des Nationalstaats der ersten Moderne: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit, als nicht mehr ausreichend, um staatliches Handeln zu legitimieren. Die Politik des Nationalstaats sei eine Politik des Personalwechsels, während sie es versäume eine Politik der Politik zu sein. Damit meint Beck die Beschäftigung der Repräsentanten des politischen Systems mit ihren eigenen Grundlagen, Prinzipien und Regelwerken: *„Das Politische wird als regelgeleitete, regelumsetzende, nicht aber regelverändernde, gar Regeln erfindende Politik verstanden und betrieben, als Variation in der Ausführung, nicht etwa als Politik der Politik“* (Beck 1993: 12). Dies führe zu der sowohl auf Kunst wie auf Politik abhebenden Frage, wie Politik gestaltbar sei (vgl. ebd.: 13). Die Vorstellung, soziale Systeme existierten unabhängig von Individuen, kann nur solange aufrechterhalten werden, wie die Funktionsweise der Systeme nicht hinterfragt/kritisiert/optionalisiert würde, denn *„Macht, die funktioniert, verschwindet aus dem Bewusstsein“* (ebd.: 17). Sobald das Handeln in gesellschaftlichen Systemen optional werde, gestaltbar, alternativ, wächst aus Sicht des Systems die Notwendigkeit, Zustimmung für seine Prinzipien und Regeln zu generieren, wobei hier eine zunehmende Wissenschaftsabhängigkeit als Mittel der Legitimation festzustellen sei (vgl. ebd.: 18). Die Zunahme von Zustimmungsabhängigkeit gesellschaftlicher Systeme könne als latenter Demokratisierungsprozess gelesen werden, der *„subpolitische Handlungsspielräume“* (ebd.: 19) eröffne. Der wichtigste Mechanismus, um eine Institution als *„permanente Lösung eines permanenten Problems“* erscheinen zu lassen, sei die Vermittlung eines Grundkonsenses über Mittel und Ziele durch Experten(-systeme) (ebd.). Genau darin besteht aber ein weiteres, grundlegendes Problem für die Stabilität gesellschaftlicher Institutionen und der Systeme, denen sie angehören: Mit der zweiten Moderne und ihrer Reflexiv-Werdung stehen sich mehr und mehr Experten oppositionell gegenüber und produzieren Wissen, welches in seiner Widersprüchlichkeit nicht mehr dazu taugt, die Prinzipien und Regeln der Institutionen abzusichern, sondern vielmehr in Zweifel ziehen lässt:

„Wenn die Profession – die Entdecker, Hüter und Erzeuger des Neuen (neuer Erkenntnisse, Krankheiten, Medikamente usw.) – sich aufspalten und gegensätzliche, gegeneinander gerichtete Wahrheiten und Wirklichkeiten erzeugen, dann und genau in dem Maße zerbrechen die Fiktionen oder Konstruktionen individuumunabhängiger Systeme.“ (Ebd.)

Deshalb kann ein Bürger auch nicht a priori einschätzen, welche Handlungsweise seinem Anliegen zum Erfolg verhilft: Ob die regelmäßige Teilnahme an Wah-

len in irgendeiner Weise ein probates Mittel ist, um die eigenen politischen Anliegen und Ziele zu realisieren ist unter Wählern und insbesondere Nicht-Wählern nicht unumstritten. Deshalb wäre es falsch, politische Praktiken nur auf das politische System zu beziehen, stattdessen müsste eine praxeologische Definition politischen Handelns das politische Wissen als Erfahrungswissen um die Wirksamkeit einer Praktik berücksichtigen: Ganz offensichtlich führt das Sparen von Wasser zu einem geringeren Wasserverbrauch, während es fraglich ist, ob das Ziel in seiner kollektivierten Form durch konventionell-politische Einflussnahme erreicht werden könnte. Für Beck sind es insbesondere drei Aspekte, die die zunehmende Verhandelbarkeit von gesellschaftlichen Systemen ermöglichen: reflexive Verwissenschaftlichung, die ökologische Frage und das Eindringen feministischer Orientierungen und Erwartungen in die verschiedenen Professionen und beruflichen Handlungsfelder (vgl. ebd.: 20). Letzteres führe insbesondere zur Infragestellung der „*beruflich monopolisierten Rationalität und Praxis*“, also einer grundsätzlichen Kritik an dem, was als Kompetenz zu gelten habe (ebd.).

Den Begriff der Reflexivität bestimmt Beck jedoch etwas anders als Giddens: Während bei Giddens die Expertensysteme und die Zunahme von Wissen im Verhältnis zur Alltagspraxis die besondere Konstellation der Moderne darstellen, bei der Akteure Vertrauen in nicht physisch präsente, abstrakte Systeme entwickeln müssen, sieht Beck die zunehmende Konkurrenz zwischen Experten sowie das Aufkommen von neuen, system-externen Experten (Laien) als das eigentlich neue Phänomen. Der Konflikt darum, was als richtig und wahr zu gelten habe, eröffne einen Handlungsspielraum, der einerseits die Möglichkeit zur Neugestaltung von bislang unhinterfragten Normen und Prinzipien biete (wobei an diesem Aushandlungsprozess auch neue Akteure beteiligt sein könnten), der andererseits aber auch Gelegenheit zu Passivität und Rückzug gebe: Solange man nichts sicher weiß, sollte man besser auch nichts tun. Die Positionen von Beck und Giddens müssen jedoch keinen Widerspruch darstellen, sondern können auch als zwei sich wechselseitig verstärkende Tendenzen interpretiert werden. Während die Expertensysteme sich immer weiter ausdifferenzieren und Informationen über die Funktionsweise von Körpern, z.B. neuen Krebsfrüherkennungstests usw. produzieren, wachsen gerade durch die neuen Medien die Möglichkeiten, selbst zum (nicht-legitimierten) Experten zu werden und eigene Überlegungen und Erfahrungen als alternative Lesarten von Problemlagen publik zu machen. Insofern stellt sich das von Giddens fokussierte Vertrauensproblem in noch erhöhter Schlagzahl, wobei die Authentizität von Erfahrungsberichten, sofern es gelingt, sie zu erzeugen und zu vermitteln, eine Option darstellt, es zu entschärfen: Denn die Erfahrungsberichte anderer können auch zu einer Bestäti-

gung etablierter Verhaltensweisen und Vertrauen herangezogen werden. Wenn andere bei Problem X die Welt der Medizin als verlässlich einstufen und Behandlungsmethode Y erfahrungsgemäß als erfolgreich einstuft, ist das auch für den eigenen Fall die richtige Lösung. Doch wenn Giddens schreibt, man könne sich nicht nicht entscheiden, hat er damit nur auf einer theoretischen Ebene Recht. Beck ist darin zuzustimmen, dass der zunehmende Konflikt um die Rationalität und Validität von Wissen für einige Individuen, Bürger wie Politiker, Konsumenten wie Unternehmer, einen Vorwand darstellt, um bestimmte Problemlagen auszublenden. Der von beiden Autoren anvisierte „*reflexive Citizen*“ stellt keine zwingende Folge des Modernisierungsprozesses dar.

ZWISCHENFAZIT: „POLITISCH“ DEFINIEREN

Agnes Heller (1995) schrieb über den Begriff des Politischen, dass er sich auf zwei Arten theoretisch begründen ließe: Entweder werde mit „*politisch*“ ein bestimmtes Merkmal bezeichnet, dass eine Handlung oder einen Menschen politisch macht (ebd.: 126). Oder ein bestimmter Bereich sei politisch und damit werde alles, was zu diesem Bereich gehört ebenfalls politisch (ebd.). Während die zweite Variante sich historisch zunächst hätte durchsetzen können, habe die moderne Massendemokratie „*der Gleichsetzung von politischer Klasse und politischer Handlung ein bleibendes Ende bereitet*“ (ebd.: 127). Dem zum Trotz sei der Ausschluss verschiedener Themen und Menschen(-gruppen) nach wie vor charakteristisch für die politische Philosophie (ebd.: 134). Dass derart radikale Positionen Heller unangemessen erscheinen, ist nicht verwunderlich, verortet sie schließlich den Bezugspunkt universeller Werte im Alltag, genauer, in den Praktiken des Alltags. Und Kennzeichen der Moderne sei, wie die aus den Alltagspraktiken geschöpften Werte mit den sie vorgeblich repräsentierenden Institutionen verglichen würden: „*Männer und Frauen stellen dem, was ist (d.h. ihren politischen und sozialen Institutionen) ständig das, was sein soll (d.h. universalisierte Werte) gegenüber und stellen fest, dass die ersteren den letzteren nicht entsprechen.*“ (Ebd.: 134) Die Differenz zwischen „*Sein*“ und „*Sollen*“ zu erkennen, ist damit die erste Bedingung für das Politische. Damit setzt Heller wie auch Rosa bereits die Inkorporierung universalisierter Werte bzw. eine Vorstellung von Gemeinwohl voraus, die es dem Akteur erst ermöglicht, eine Differenz zu erkennen und sein eigenes Handeln entsprechend zu orientieren. Demgegenüber verdeutlichen die kulturalistischen Ansätze sowohl von Klaus/Lüneborg sowie Dahlgren, dass erst durch die Berücksichtigung des jeweiligen Politisierungsprozesses die sozialen und kulturellen Bedingungen in den Blick genom-

men werden können, die über unterschiedliche Ausprägungen politischer Handlungstypen entscheiden. Darüber hinaus ist bei einer Politik des Lebensstils die Besonderheit der Arena Alltag zu berücksichtigen. Anders als bei institutionalisierten Formen politischer Partizipation besteht hier ein besonderer Handlungsdruck, da es nicht nur um die Verfolgung politischer Ziele geht, sondern gleichermaßen darum, etwas zu essen, etwas anzuziehen oder mit Freunden zusammen zu sein. Insofern stellt sich das Problem der Betroffenheit in anderer Hinsicht als bei Schütz, da die Konsequenzen alltagspolitischer Entscheidungen zunächst einmal vom Subjekt selbst wahrgenommen werden, also das Subjekt von seiner Entscheidung, bspw. auf Fleisch zu verzichten, zunächst einmal selbst betroffen ist. „*Politisch Handeln*“ ist als Bezeichnung für das, was sich im Bereich von Alltagspolitik abspielt aber womöglich generell ein irreführender Begriff. Die starke Fokussierung auf ein Handlungsziel, welches als Entscheidungskriterium für oder gegen das Politische einer Handlung herangezogen wird, ist schwer vereinbar mit einer Alltagspolitik, die ihre Motivation eher aus einer Abkehr vom Status quo als aus einem „*Hin zu*“ einem zu erreichenden Zielzustandes bezieht, was ja bedeuten würde, dass bestimmte Vorstellungen davon vorhanden sind, wie dieser Zielzustand auszusehen habe. Die Utopie einer Alltagspolitik kann aber zunächst einmal nicht kollektiv imaginiert werden, sondern wird, vorerst zumindest, in das Projekt der Selbst-Identität verlagert.

Bei der Definition von „*politisch*“ muss analog zum Wissensbegriff genau genommen zwischen zwei Begriffsebenen unterschieden werden: Einer diskursiven und einer praktischen. Dies spiegelt sich auch in den Ansätzen von Giddens und Beck wider. Denn worauf letzterer mit seiner Interpretation von (Sub-)Politik u.a. aufmerksam machen möchte, ist, dass die Autonomie des Systems Politik durch das Aufkommen neuer Formen der Beteiligung und alternativer Lesarten vom Politischen infrage gestellt wird. Wie schon in der Auseinandersetzung mit Bourdieu's „*politischem Feld*“ gezeigt wurde, ist es für den Machterhalt von Bedeutung, die Deutungshoheit darüber zu behalten, was als politisch gelten kann und was nicht. Deshalb stellt sich die Frage nach dem Politischen auf der diskursiven Ebene vor allem als eine Machtfrage dar, die darüber entscheidet, welchen Akteuren Kompetenz und Berechtigung zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zuerkannt wird. Auf diese Weise wird „*politisch definieren*“ ebenfalls zu einer Form politischen Handelns. Was die Beteiligung von Bürgern an diesen Verhandlungen über das Politische angeht, ist die schon im vorangegangenen Kapitel angesprochene Informations-Agency von entscheidender Bedeutung, da sie dem Bürger als politischem Nicht-Experten das Gefühl von Kompetenz bei der Begleitung politischer Prozesse vermittelt. Demgegenüber betrifft die praktische Begriffsebene gleichermaßen konventionelle wie un-

konventionelle Formen der Einflussnahme, wobei das politische Alltagshandeln hier aufgrund seiner Einbettung in Routinen einen Sonderfall darstellt. Informationspraktiken kommt auch hier ein wichtiger, aber nicht der wichtigste Stellenwert zu, da die Hauptaufgabe zunächst darin besteht, zu Routinen politischen Alltagshandelns zu kommen, die aber offen für Veränderungen und Anpassungen bleiben. Gemeint ist die Herausbildung eines Bewusstseinszustands oder politischen Erkenntnisstils, durchaus im Sinne von Aktivbürgerschaft, der in dem Fall aktiv wird, wenn ein Problem registriert wird, für dessen Lösung der Akteur sich nicht nur verantwortlich, sondern auch kompetent fühlt, und darüber hinaus, von dem der Akteur sich weniger betroffen fühlt, als dass er sich vielmehr damit identifizieren kann. Genau an diesem Punkt gilt es empirisch einzusetzen und bürgerschaftlichen Bildungs- und Sozialisationsprozessen nachzuspüren, die in der Lesart kulturalistischer Ansätze durch die Digitalisierung enorm befördert werden. Dahlgren spricht in dem Zusammenhang von einer „*civic culture*“, die als entscheidende Vermittlungsinstanz Prozesse der Selbst-Aktualisierung sowie neue Formen gemeinschaftlichen Handelns hervorbringt.

IDENTITÄT UND AUTONOMIE IM VERBRAUCHERPOLITISCHEN ALLTAG

Folgt man den Hinweisen kulturalistischer Ansätze zur Erklärung neuer Formen bürgerschaftlichen Handelns und wendet den Blick stärker Prozessen der Politisierung im Bereich von medialem Alltagshandeln zu, stellt sich die Frage, wie sich diese Transformationen beschreiben lassen. Versteht man Politisierung zudem als einen Prozess, der auf die Entwicklung oder Transformation einer politischen Identität gerichtet ist, sieht man sich im Bereich soziologischer Identitätstheorien zunächst mit dem Problem konfrontiert, dass konventionelle Konzepte von Identität in der Auflösung begriffen sind und neue Ansätze miteinander konkurrieren. Warum es dabei im Kern geht, ist für die politikwissenschaftliche Theorie nicht ohne Bedeutung. Denn mit der Abkehr von der Idee einer über die Zeit relativ stabilen Ich-Identität wird auch zunehmend die Fähigkeit der Subjekte in Zweifel gezogen, autonome Entscheidungen zu treffen. Dies wirft ein grundlegend anderes Bild z.B. auf Vorstellungen von politischem Handeln, die nicht folgenlos für normative Vorstellungen von Demokratie bleiben dürften.

Diskurs Autonomie

Wie Mackenzie/Stojar (2000) in ihrem Vorwort zu dem Buch „*Relational Autonomy*“ herausstellen, ist Autonomie als theoretisches Konzept in den Sozialwissenschaften und insbesondere der feministischen Theorie nicht unumstritten – um es etwas euphemistisch auszudrücken (ebd.: 3). Im Rahmen letzterer sind vielfältige und berechtigte Zweifel formuliert worden, die auf ganz unterschiedliche Dimensionen des Autonomiebegriffs abzielen. Eine dieser Dimensionen beispielsweise nimmt die mit dem Autonomie Begriff verbundenen Vorstellungen von autonomen Persönlichkeiten in den Blick – Vorstellungen die recht eindeutig auf einen selbstgenügsamen, unabhängigen, selbstbewussten Mann abheben, „*who directs his efforts towards maximizing his personal gain*“ (ebd.: 6). Mit dieser Vorstellung sei eine Werthierarchie verbunden, die Unabhängigkeit den Vorrang vor der Interdependenz in sozialen Beziehungen einräumt, also Vertrauen, Loyalität und Freundschaft als nachrangig und mitunter als störend für die freie Entfaltung etikettiert (vgl. ebd.). In dieser Lesart stellen reziproke Beziehungsformen eine Bedrohung von Autonomie dar, was zunächst keine Kritik an Autonomie als Konzept an sich darstellt, aber richtig darauf verweist, dass die Annahme, soziale Beziehungen seien der Autonomie des Einzelnen abträglich, doch zumindest vor dem Hintergrund zu bedenken sei, dass ein Akteur ohne die Zuwendung Dritter gar nicht erst lebensfähig sei. Eine weitere Quelle von Kritik speist sich aus Theorien der Postmoderne. Da das moderne Subjekt sich selbst nicht transparent sei, und somit zu einem unbestimmten Teil fremdgesteuert, sei es entsprechend auch nicht in der Lage, frei und gemäß ganz eigener Präferenzen Entscheidungen zu treffen (vgl. ebd.: 10). Hier deutet sich schon an, dass autonomem Handeln ein Sich-Selbst-Transparent-Sein des Subjekts vorausgehen soll, welches dann aus ganz unterschiedlichen Gründen für unmöglich erklärt werden kann.

So beginnt Axel Honneth (2000) seine Überlegungen zu Autonomie zunächst einmal rekurrierend auf Sigmund Freud mit der Feststellung, dass dem Individuum nicht alle seine Bewusstseinsinhalte verfügbar seien. Daraus ließe sich ableiten, dass, da dem Individuum nicht transparent sei, warum es selbst so handelt, seine Autonomie entsprechend eingeschränkt sei (Honneth 2000: 237). Damit würde „*die Idee von Autonomie im Sinne von Kontrollierbarkeit des eigenen Tuns außer Kraft*“ gesetzt (ebd.). Ein zweites Argument gegen die Möglichkeit individueller Autonomie sei die Abhängigkeit des Subjekts von dem allgemeinen Sprachsystem zur Herstellung von Sinn (ebd.). Jegliche Idee oder Einsicht evoziert damit niemals alleine aus dem Subjekt, sondern ist immer auf das kulturelle System der Sprache gegründet. Schließt man zudem Annahmen aus dem Struk-

turalismus mit ein, komme man mit Bourdieu schnell zu dem Schluss, dass selbst die Entscheidung für ein Theaterstück und gegen ein Musical ihre Wurzeln vor allem im gesellschaftlich erzeugten Habitus habe und keineswegs als autonome Entscheidung angesehen werden könne.² Doch Honneth sieht einen potentiellen Ausweg aus der Krise der Autonomie, die er in der Moralphilosophie vor allem Kants sowie in der Rechts Theorie und in der philosophischen Theorie verortet (vgl. ebd.: 240).

„Autonom ist der menschliche Wille [bei Kant, Anm. K.W.] dann, wenn er zu einer moralischen Urteilsfindung in der Lage ist, die sich durch die Orientierung an vernünftigen Prinzipien und dementsprechend durch die Absetzung von persönlichen Neigungen auszeichnet.“ (Ebd.: 241)

Im moralphilosophischen Kontext geht es um die Kopplung eines Erkenntnisprozesses und der daran anschließenden willentlichen Transformation einer Praktik, die sich auch auf den Bereich politischen Handelns im Alltag übertragen ließe. Dies ist insofern eher für den Bereich des politischen Alltagshandelns plausibel, da die „*Absetzung persönlicher Neigungen*“ sich nur dort, bspw. durch den Verzicht auf Palmöl, vollziehen lässt. Dem stellt Honneth den Autonomiebegriff der Rechts Theorie gegenüber, wo insbesondere dann von Autonomie die Rede sei, wenn sie angegriffen, bedroht oder verteidigt wird, also das Recht des Individuums auf Selbstbestimmung in Gefahr ist. Als dritte Lesart von Autonomie bezieht Honneth sich auf die Fähigkeit des Subjekts, sein Leben selbst zu führen und zu gestalten. Wie aber lässt sich diese Fähigkeit genauer beschreiben? Honneth bearbeitet diese Frage durch das Einführen der zwei Begriffe „*Bedürfnistransparenz*“ und „*Bedeutungsintentionalität*“ (ebd.: 242): Diese zielen auf die Fähigkeit ab, sich selbst so gut zu kennen, um wissen zu können, was man will und braucht, zweitens auf die Fähigkeit, die eigene Handlungskapazität gut genug einschätzen zu können, um sie so einzusetzen, dass unter erstens wahrgenommene Bedürfnisse befriedigt werden. An diese Perspektive auf Autonomie schließt Honneth an. Das Problem der Bedürfnisintransparenz versucht er durch den Hinweis auf die notwendig sozial bedingte Ich-Identität zu lösen. Dabei wird das Unbewusste wie das System von Sprache und Bedeutung nicht mehr als „*die tiefsitzenden Barrieren, sondern umgekehrt als die Konstitu-*

2 Daraus lässt sich mit Bezug auf Mead andererseits jedoch sehr klar herausstellen, dass auch die nicht-bewussten Bewusstseinsinhalte wie u.a. der Habitus Folge von Handlungen, konkret Subjekt – Gesellschaft – Interaktionen sind. Insofern ist eine soziale Handlung sowohl als Bedingung wie Folge von Identität zu verstehen.

tionsbedingungen der Entwicklung von Ich-Identität“ verstanden (ebd.: 246.). Denn Identität, so zeigt Honneth mit dem Rückgriff auf die Meadsche Theorie des „I“ und „me“ auf, ist genau die abstrakt-reflexiv verfügbare Matrix, die sowohl Bedürfnisse („was will ich?“) wie Kompetenzen („was kann ich?“) abbildet. Als Voraussetzungen zur Herstellung dieser Fähigkeiten sieht Honneth

- das, was er in Anlehnung an Winnicott (1984) als „angstfreies Alleinsein“ einführt sowie die sprachliche Kompetenz, Bedürfnisse sich selbst und anderen gegenüber artikulierbar zu machen,
- die Fähigkeit das eigene Leben als konsistente Erzählung darstellen zu können, wobei die verschiedenen Lebensziele im Sinne einer individuell gesetzten Werthierarchie integriert werden müssen,
- da Identität aus der Interaktion von Gesellschaft und Individuum gebildet wird, kann das Individuum bei der Aufrechterhaltung seiner Identitätserzählung nicht vollständig ohne den reflexiven Bezug auf gesellschaftliche Normen und Werte auskommen.

Zentral erscheint beim letzten Punkt Honneths Überlegung, woraus denn diese übergeordnete Moral entstehen könnte:

„Je stärker die Subjekte aber lernen, mit einer Vielzahl von unausgeschöpften Identitätsmöglichkeiten in sich selber vertraut zu werden, desto aufmerksamer werden sie sich den konkreten Notlagen und Bedürfnigkeiten zuwenden, mit denen andere Subjekte in ihrem Leben zu kämpfen haben.“ (Ebd.: 249)

Verwiesen wird demgemäß auf eine neue Form der Solidarität, die ihren Ursprung gerade in der individuell erfahrenen Krisendynamik moderner Gesellschaften hat und dem Individuum in der wiederholten Erfahrung des Problems der (Wieder-)Herstellung seiner Identität begegnet. Die Kopplung von Identität und Autonomie ist aber vor dem Hintergrund nicht unproblematisch, da sich ein Großteil der Kritik am Autonomiebegriff aus der Kritik des Identitätsbegriffs als konsistente Narration des Selbst speist. Innerhalb dieses Diskussionsstrangs verortet Rosa die von Honneth zu einer Voraussetzung von Autonomie deklarierte Fähigkeit zur Narration des Selbst in eine vergangene oder im Vorübergehen begriffene Ära. Die Selbsterzählung, die noch bei Giddens in den 1990ern einen zentralen Stellenwert einnimmt, fand demnach ihre Entsprechung in einem

„dreigliedrigem Ablaufprogramm für die Beruflichkeit (Ausbildung, Erwerbsarbeit, Rentenalter) und die familiäre Strukturierung des Lebens (Kindheit in der Herkunftsfamilie, eigene Familie mit Kindern, Altersphase nach dem Auszug der Kinder).“ (Rosa 2005: 358)

Der Begriff der Autonomie ist aber nicht nur ein theoretisches Konzept, er ist darüber hinaus auch ein politisches Schlagwort, nicht zuletzt auch das der zweiten Frauenbewegung. Selbstbestimmung sowie die Anerkennung der daraus folgenden Lebensformen sind die wesentlichen Rechte, die Frauen für sich und andere forderten. Die theoretische Diskussion, die Autonomie als Konzept zurückweist, wird damit ihrerseits politisch. Denn wie soll das Recht auf Autonomie eingefordert werden, wenn von wissenschaftlicher Seite aus bestritten wird, dass es so etwas überhaupt gibt? Vor diesem Grund überrascht es nicht, dass gerade feministische Wissenschaftlerinnen maßgeblich dazu beigetragen haben, alternative Lesarten von Autonomie zu entwickeln. Damit kann sie nicht nur wieder in empirischer Forschung aufgegriffen werden, sondern auch (wieder) zu einem tragfähigen Bezugspunkt einer gender-politischen Agenda werden. Da das herkömmliche Konzept von Autonomie an herkömmliche Konzepte (männlicher) Identitätsentwicklung geknüpft ist, muss aus einer feministischen Perspektive das Konzept der Identitätsentwicklung grundlegend überarbeitet werden. Dabei sind insbesondere die für die meisten Identitätstheorien so wichtigen linearen Lebensverläufe infrage zu stellen (Mackenzie/Stojar 2000: 3).

Ein alternatives, weil weniger ideologisch aufgeladenes Konzept bietet sich mit dem der „Agency“ an, das die Autorinnen als eine Autonomie-Kompetenz beschreiben, die in solchen Handlungen zum Tragen komme, die auf die Stärkung oder Erweiterung des eigenen Handlungsspielraums abzielen (vgl. ebd.: 4). Die Autorinnen plädieren für ein prozessuales Verständnis von Autonomie („*Doing Autonomy*“), welches auch empirisch die situativen und handlungsstrategischen Aspekte der jeweiligen Autonomiebewährung fokussiert (ebd.: 6). Die inkorporierten Strukturen müssen nicht per se als Hindernis von Autonomie interpretiert werden, in dem Prozess ihrer Reflexion können sie entscheidend dazu beitragen, Akteure zu ihrer Veränderung zu motivieren. Das Konzept der „Agency“, welches u.a. von Werner Rammert (2003) gerade für den Bereich der Techniksoziologie vorgeschlagen wurde, wird angewendet, um „*unterschiedliche Grade von Autonomie zu messen*“ (ebd.: 5).³ Denn im Gegensatz zum schwerfälligen, weil mit Absolutheitsanspruch auftretendem Autonomie-Begriff, verweist der Begriff der Agency oder Handlungsträgerschaft zunächst nur auf einen bestimmten Handlungsbereich und eine spezifische Situation. Es gilt nicht zu klären, ob eine Praxis per se autonom ist, sondern ob sie es in einer spezifischen Handlungskonstellation war. Zudem soll über eine Analyse der Agency

3 https://www.ts.tu-berlin.de/fileadmin/fg226/TUTS/TUTS_WP_2_2003.pdf (zuletzt geprüft am 30.03.2015).

der Anteil eines Akteurs an einer Handlung genauer bestimmt werden. Martin Hewsons (2010) bemerkt in seiner Einleitung zur Definition von Agency in der „*Encyclopedia of Case Study Research*“, dass es häufig leichter zu verstehen sei, was genau Agency bedeutet, wenn man mit ihrem Verlust oder nicht Vorhandensein konfrontiert ist (ähnlich wie in der von Honneth eingebrachten rechtsphilosophischen Perspektive). Das sei in solchen Situationen der Fall, in denen man selbst zum Objekt der Handlungen anderer wird, keine Möglichkeit hat, den Ablauf der Dinge zu beeinflussen und sich manipuliert, unterdrückt oder unfähig fühle (vgl. ebd.: 12).

Hewsons unterscheidet idealtypisch drei Formen von Agency. Als grundlegende Form nennt er zunächst die individuelle Agency als die Handlungskapazität von Individuen bzw. Agenten. Keine Rolle spiele es bei der Definition, ob die konkrete Handlung auf einem Mikro-Level, also in der Interaktion zwischen Individuen, oder auf einem Makro-Level als öffentliche Handlung stattfinde (vgl. ebd.). Als zweite Form führt er die „*Proxy-Agency*“ ein, womit gemeint ist, dass ein Agent anstelle oder im Namen eines anderen, bspw. seines Arbeitgebers, handle (vgl. ebd.: 12f). Als dritte Form wird die „*Collective Agency*“ als kollaborative Handlung eines Kollektivs als der Zusammenschluss mehrerer Individuen genannt. Da sich solche Kollektive hinsichtlich des Grades ihrer Organisiertheit unterscheiden, sei es mitunter schwierig, die Agency präzise zuzuordnen. Bspw. ist ein Staat als Agent stärker organisiert als eine soziale Bewegung. Voraussetzung für kollektive Agency ist ein (bei Hewsons unbestimmtes) Maß an Kohärenz (vgl. ebd.: 13). Welcher Anteil an Handlungsträgerschaft einem Agenten zugebilligt wird, sei von der Intention abhängig, die in der Handlung umgesetzt wird. Individuen könnten mit einem Ziel oder unbewusst und zufällig Handlungen vollziehen. Um in einer Situation Handlungsträger zu sein, muss die Handlung mit einem bestimmten Ziel oder einer Intention verknüpft sein: „*Accidental or unconscious conduct involves things that happen to us, rather than things that are done by us.*“ (Ebd.) Ein Ziel zu haben ist jedoch noch nicht ausreichend um Handlungsträgerschaft zu belegen, denn ein Ziel zu haben, bedeutet noch nicht, es auch umzusetzen. Entsprechend zielt das zweite Kriterium der Agency auf die konkrete Handlung in einer Situation ab. Das dritte Qualifikationsmerkmal von Handlungsträgerschaft ist laut Hewsons schließlich Rationalität, womit er die Fähigkeit bezeichnet, die Auswirkungen des eigenen Handelns so einschätzen zu können, dass solche Handlungen gewählt werden, die zur Erreichung eines bestimmten Zieles hinreichen. Dies setze jedoch die Fähigkeit zur Reflexivität voraus, womit gemeint ist, die eigene Position und die Wirksamkeit des eigenen Handelns im Hinblick auf die gesamtgesellschaftliche Struktur zu

bestimmen: „*To act with effect, it is necessary for agents to reflect upon their circumstances and to monitor the ongoing consequences of their actions.*“ (Ebd.)

Demgegenüber könnte man einwenden, dass einem Agenten durchaus auch dann Agency zugeschrieben werden könnte, wenn er die Konsequenzen seiner Handlung nicht genau bestimmen kann, bspw. wenn es darum geht, eine aktuelle Situation zu verändern, ohne dabei ein bestimmtes Bild von einem künftigen Ist-Zustand vor Augen zu haben⁴. Die Bewältigung von Problemen ist in der Alltagspraxis doch eher gegenwarts- als zukunftsorientiert: Jemand, der von unaufhörlichen Schmerzen geplagt wird, nimmt die Linderung versprechende Tablette trotz bekannter Nebenwirkungen ja gerade, weil gegenwärtigem Schmerz zu-meist eine Priorität vor zukünftigem eingeräumt wird. Diese Einschätzung ist in Bezug zu politischem Handeln allerdings problematisch, denn wie sollte der gegenwärtige Verzicht auf Konsum zugunsten späterer Generationen gelingen, wenn alles Handeln nur gegenwartsorientiert wäre? Doch geht es im o.g. Beispiel um ein akutes Problem, dass in Konkurrenz zu einem möglichen, vielleicht sogar wahrscheinlichen, späteren Problem tritt. Beim politischen Konsum ist die Problemlösung durchaus nicht ausschließlich auf eine ferne und damit ungewisse Zukunft gerichtet, da die Folgen bestimmter Konsumhandlungen bereits heute wahrnehmbar sind. Insgesamt erscheint vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass jedes soziale Handeln Kontingenz beinhaltet und die Folgen sozialen Handelns nie sicher vorhergesagt werden können, ein zu starres Bild, von dem, was erreicht werden soll, irrational. Die Gegenüberstellung von Handlungsintention und Handlungserfolg verspricht als Perspektive auf politischen Konsum insofern kaum den Nachweis von Agency zu leisten, als hier eine doppelte Zielverfolgung maßgeblich ist: Einerseits die Bewältigung des Alltags, wozu gewisse Routinen und eine pragmatische Haltung notwendig sind, andererseits die langfristige Ausrichtung dieser Routinen an einem nur relativ unpräzise formulierbaren Ziel. Aus einer praxeologischen Perspektive ist das Modell der Agency also problematisch, da es sich nur auf einen bestimmten Typus sozialer Handlungen bezieht, dem rationalen und bewussten Entscheidungsverhalten. Dieses stellt jedoch im Alltag eher den Ausnahmezustand dar. Dass aber Routinen im Alltag

4 Das Problem besteht dann vielmehr darin, nach Veränderung einer bestimmten Situation durch Beendigung: Abbruch einer Beziehung oder eines Dienstverhältnisses z.B., ohne dass eine im Anschluss angestrebte Utopie bereits verfügbar war (also ein positiv-alternativer Entwurf, an dessen Umsetzung in Zukunft zu arbeiten wäre), nicht wieder in dieselbe Situation zurückzukehren bzw. durch Wiederholung bestimmter Verhaltensweisen das Wiedereintreten der Situation herbeizuführen).

dominieren, heißt nun auf der anderen Seite nicht, dass diese Praktiken ziellos oder nicht-intentional seien, ganz im Gegenteil sind sie als Beleg für wiederholt erfolgreiches Handeln zur Zielerreichung zu interpretieren, ohne dass sie dafür jeweils rational bewertet und reflektiert werden müssten. Insofern ist ein funktionierender Alltag wohl Ausdruck gelingender Agency, verschließt jedoch seine verborgene Logik im stillschweigenden Vollzug angemessener, aber artikulierbarer Praktiken. Daraus folgt ein methodisches Problem, dass Agency gerade dort unsichtbar ist, wo sie am besten funktioniert.

Diskurs Identität

Keupp (2006) sieht in der zunehmenden Intersektionalität gesellschaftlicher Felder zunächst vor allem eine Bewältigungsprobe. Die Offenheit und Dynamik gesellschaftlicher (Sub-)Systeme erforderten ein anderes Sich-Positionieren, das nachzuvollziehen und zu erklären auch Wissenschaftlern schwer falle, da es mit einer Abkehr von einer vertrauten Subjekt-Ideologie verbunden sei (vgl. ebd.: 3). Der radikale Bruch mit bestehenden Identitätskonzeptionen, die durch eine Vermittlung von innerer und äußerer Welt, einem Wechselspiel von Autonomisierung und Unterwerfung gekennzeichnet seien, drücke sich gegenwertig im Diskurs der Postmoderne aus (vgl. Keupp 2012: 81). Hier würden Kontingenz und Fragmentierung zu wesentlichen Bestimmungsmerkmalen, die Vorstellungen von Einheit und Kontinuität verdrängen (vgl. ebd.). Dies führe zu einer Vorstellung von Identität als ständigem Aushandlungs- und Aktualisierungsprozess, bei dem relativ stabile Identitätsentwürfe allenfalls noch über absehbare Zeitspannen (Projekte) möglich seien (vgl. ebd.: 81f).

Für den sozialwissenschaftlichen Diskurs zeichne sich mit der Diffusion der Vorstellung einer veränderten Subjektidee eine inflationäre Zunahme an häufig gegensätzlichen Diagnosen ab, die entweder den Tod des Selbst oder seine Befreiung zum bspw. „*narzisstischen Konformisten*“ (Agnes Heller 1995: 80) prognostizieren (vgl. Keupp 2012: 86). Der Anspruch auf Autonomie ginge in dieser postmodernen Konstellation nicht einmal unbedingt von den Subjekten selbst aus, sondern sei ein Anspruch, der von den gesellschaftlichen Institutionen an sie gestellt würde, so zum Beispiel im Bereich der Selbstvermarktung auf dem Arbeitsmarkt (vgl. ebd.: 88). Anders sehe dies jedoch im Bereich des bürgerlichen Engagements aus, wo der Anspruch nach Autonomie und institutionalisierter Individualisierung von den Bürgern ausgehe, die sich gegen die Vorstellungen der Institutionen von einem selbstlosen Engagements sträubten (vgl. ebd.: 89). Keupp wehrt zudem Vereinfachungen ab, die Individualisierung mit Atomisierung gleichsetzen. Während zwar die Abhängigkeit (und damit womög-

lich die Intensität) von Bindungen im Vergleich zu traditional-lokalen Beziehungsnetzwerken zurückginge, würden an deren Stelle häufig frei gewählte und individuell gestaltbare treten, deren Aufbau und Pflege durch die Digitalisierung stark vereinfacht werden (vgl. ebd.). Keupp betont, dass individuelle Handlungsfähigkeit im Hinblick auf die zu bewältigenden gesellschaftlichen Herausforderungen eine zentrale Bedeutung gewinne. Um deren Grundlagen zu verstehen, sei der von Coté und Levine (2002) in Anlehnung an Bourdieu entwickelter Begriff des „*Identitätskapitals*“ hilfreich, also

„[...] die Summe aller Eigenschaften bzw. Merkmale, die ein Individuum in der Interaktion mit anderen Individuen erworben bzw. zugewiesenen bekommen hat. Dazu gehören soziale Ressourcen („tangible resources“), wie Kreditwürdigkeit, Mitgliedschaften, Bildungszertifikate, die sozusagen als ‚Passport‘ in andere soziale und institutionalisierte Sphären fungieren. Und es gibt ‚intangible resources‘ wie Ich-Stärke und ‚reflexiv-agentic-capacities‘, wie Kontrollüberzeugung, Selbstwertschätzung, Lebenssinn, die Fähigkeit zur Selbstverwirklichung und eine kritische Denkfähigkeit.“ (Ebd.: 91)

Nach Keupp gibt es also auch unter Bedingungen verstärkten sozialen Wandels Chancen auf Handlungsfähigkeit und Selbstbestimmung, sie sind nur, wie der Blick auf die im Zitat geschilderten, notwendigen sozialen und individuellen Ressourcen anzeigt, ungleich verteilt.

Gudrun Knapp, die sich kritisch mit den „*Toderklärungen*“ (ebd. 2012: 330) der Subjekte auseinandersetzt, zieht ganz grundlegend in Zweifel, ob die Linearität der Subjektentwicklung wie sie „*post*“-moderne Lesarten andeuten würden, überhaupt sinnvoll ist. Wie sie in ihrer Auseinandersetzung mit Zygmunt Bauman erklärt, bezögen sich Sozialwissenschaftler zur Erklärung und Deutung gesellschaftlichen Wandels vorwiegend auf den Bereich der Arbeitswelt: „*Arbeit wird hier – dreißig Jahre feministischer Kritik sind anscheinend im pluralistischen postmodernen Universum nicht angekommen – immer noch identifiziert mit Erwerbsarbeit*“ (ebd.: 350). Sie will damit ihre Skepsis darüber zum Ausdruck bringen, ob Erwerbsarbeit als klassisch männliche Domäne geeignet ist, Aussagen über gesellschaftlichen Wandel insgesamt zu treffen. Denn die Beobachtung, dass Arbeit immer weniger Raum bei der Identitätsentwicklung einnehme, gelte nur, wenn der Blick auf die Erwerbsarbeit beschränkt bleibt:

„Die privat geleistete Reproduktions-Arbeit, die gesellschaftlich notwendige Haus- und Familienarbeit, ist jedenfalls von ihrem systemisch zentralen Platz keineswegs verdrängt worden. Im Gegenteil: Anstatt leerer zu werden, wird ihr Raum im Zuge der Rückverlagerung öffentlicher Dienstleistungen in die Haushalte mit immer mehr Arbeit angefüllt.“ (Ebd.)

Knapp macht innerhalb des heterogenen Subjekt-Diskurses vier Dimensionen der Kritik aus: Von einer philosophischen Warte aus seien die Bedingungen und

Grenzen der Erkenntnisfähigkeit des Subjekts kritisiert worden, da Sprache und sprachvermittelte Diskurse die Erkenntnisfähigkeit des Subjekts limitierten. Selbsterkenntnis sei so immer gefiltert durch kulturelle Deutungen, in denen sich u.a. gesellschaftliche Machtverhältnisse reproduzierten (vgl. ebd.: 354). Eine zweite Quelle der Subjektkritik speist sich aus der psychoanalytischen Theorie und Klinik. Unter Bezug auf Befunde zu Störungen im Bereich der Identität und Persönlichkeit (Border Line, dissoziative Störungen) würde die Fähigkeit des Subjekts, mit sich eins zu sein, zunehmend infrage gestellt. Zudem verweise die psychoanalytische Theorie darauf, dass sich eine Einheit des Subjekts – wenn überhaupt – dann immer nur situativ und transitorisch herstellen ließe (vgl. ebd.). Drittens dekonstruieren postmoderne Theoretiker politische Subjekte, insofern Konstruktionsprozesse kollektiver Identität(en) als fundamentalistisch problematisiert werden und die Gestaltbarkeit von Politik im Ganzen infrage gestellt wird. Viertens werden theoretische Annahmen über die Subjektconstitution der Gegenwart genutzt, um Aussagen über das (sich ändernde) Verhältnis von Subjekt und Gesellschaft zu treffen (vgl. ebd.: 355). Wovon man sich hierbei zu meist verabschiede, sei ein Subjekt, das geprägt sei von seiner androzentrischen und bürgerlichen Konstitution. Da nun aber genau die Ressourcen, aus denen sich eine solche Identität speist, in Auflösung begriffen sind – Tradition und eindeutige gesellschaftliche (hierarchische) Strukturen, die sich in Klassen kategorisieren lassen – müsse an seine Stelle etwas anderes treten (vgl. ebd.: 356). Innerhalb dieses Diskurses blieben jedoch einige Fragen offen. So sei nicht geklärt, ob es sich um das empirische Aufkommen eines neuen Charaktertypus handele oder ob eine normative Neuorientierung an einer anderen Form der Identitätsentwicklung und Subjektconstitution angestrebt werde. Weiterhin blieben Ort und Zeit dieses Wandlungsprozesses unbestimmt – wo das tote Subjekt verschwindet, wo und wann das neue in Erscheinung tritt und gänzlich unbeantwortet blieben (die nicht gestellten) Fragen danach, welche gesellschaftlichen Gruppen von diesen Prozessen wie betroffen seien (Frauen, Immigranten, Erwerbslose, Manager):

„Geht es um eine bestimmte Form männlicher Subjektivität, die erodiert – dann kann nicht über postmoderne Subjekte im allgemeinen gesprochen werden; es sei denn, man geht davon aus, daß die sonst gern als vormodern aufgefaßte weibliche Subjektivität immer schon postmodern war, ohne je modern gewesen zu sein.“ (Ebd.: 357)

Vor dem Hintergrund dieser Debatte werden nun zunächst drei unterschiedliche Lesarten von Identität genauer betrachtet. Ziel ist es, zu einem Verständnis von Identität im Alltag zu kommen, welches anschlussfähig ist an Vorstellungen politischen Handelns als selbstbestimmt oder zumindest auf Selbstbestimmung abzielend. Daran anknüpfend werden einige Überlegungen aus der feministi-

schen Theorie eingeführt, die durch die Entwicklung eines Konzepts von „*intersektionaler Identität*“ und dessen Kopplung an einen prozessorientierten Autonomiebegriff in besonderer Weise dazu beitragen, Vermittlungs- und Transformationsprozesse im Alltag politischer Konsumentinnen beschreiben und analysieren zu können.

Narration des Selbst

Die Idee eines autobiographischen Romans wäre einem Großteil der Menschen vor Beginn der Industrialisierung wohl recht unsinnig vorgekommen. Abgesehen von dem Zusammentreffen von außergewöhnlichen Ereignissen, also eine ganze Epoche oder die Weltgeschichte erschütternden Entdeckungen, Erfindungen oder auch Kriege, mit der Lebensgeschichte bestimmter Personen, ist die Vorstellung, irgendetwas an der Lebensgeschichte einer beliebigen Person des 16ten oder 17ten Jahrhunderts interessant zu finden, zumindest aus dem Blickwinkel der Zeitgenossen, geradezu abwegig. Demgegenüber üben autobiographische Erzählungen in Moderne und zunehmend in der Spätmoderne eine starke Faszination aus, die ihrerseits schon wieder bemerkenswert ist. In einer (Auto-)Biographie wird die Einzigartigkeit einer Person und ihrer Geschichte belegt, ihre Authentizität, darüber hinaus stellt sie aber auch einen möglichen Lebensentwurf, inklusive dem Hadern mit den Widrigkeiten des Lebens, dem Suchen und womöglich dem Finden von (an)leitenden Werten und prioritär zu verfolgender Ziele, dar. Wie andere mit den Herausforderungen des Seins und Seins-Werdens oder -bleibens in modernen Gesellschaften umgehen, zeigt, ganz trivial, zunächst, dass sie mit den gleichen oder ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wie man selbst und, weniger trivial, wie sich in dem Erlernen oder auch Erfinden von Bewältigungsstrategien das unverwechselbare, einzigartige Wesen der Person zeigt. Die Fülle an Möglichkeiten, eigene Entscheidungen zu treffen – welche Religion, welcher Beruf, welche Familie – korrespondiert mit dem Zwang, sich den daraus ergebenden Fragen zu stellen und sie zu beantworten. Anders gesagt, das Subjekt steht vor der Aufgabe der Kreation einer Selbstidentität, deren Bezugsrahmen nicht von außen vorgegeben wird und die den Ansprüchen von Kontinuität und Kohärenz genügen muss. Einblicke in das Selbst-Management von anderen gewinnen deshalb an Orientierungsfunktion, wobei der bereits von Simmel (1911) anvisierte Spagat zwischen Individualität und Konformität zu gestalten ist. Durch die Pluralisierung von Lebensstilen, die die Gesellschaft segmentieren, bilden sich unterschiedliche und immer mehr soziale (Sub-)Welten heraus, die sich im Alltag und insbesondere durch dessen Mediatisierung zunehmend überlappen. Dieses Neben- und Übereinander unterschiedli-

cher sozialer Welten zu organisieren, verlangt nach einer gewissen Flexibilität, um sich den jeweiligen Anforderung situativ anzupassen, ohne dass damit die völlige Aufgabe der Identität als solche notwendig wird (Giddens 1992: 82f). Es geht eher um die Übernahme eines Sets aus Praktiken, die in einem Milieu anerkannt und normal sind, aber unter Beibehaltung gewisser grundlegender Eigenschaften und Verhaltensweisen, die unabhängig von der Bewegung zwischen verschiedenen Sozialwelten, erhalten bleiben. Es gilt dabei in Bezug zu dem Kern-Selbst zu bleiben, vor allem dann, wenn sich Krisen manifestieren und Entscheidungen begründet werden müssen. Begründungsstandards gibt es weiterhin, doch sie haben ihre Verbindlichkeit eingelöst, insofern ihre Übernahme selbst wieder eine Entscheidung darstellt, die Aussagen über die eigene Verortung in der Gesellschaft beinhaltet. Werte und auch Wissen werden nicht mehr von unfehlbaren Autoritäten gestellt – was sich paradoxerweise gerade durch den Anstieg von Expertise begründet. Wenn also externe Referenzsysteme wie die Religion oder traditionelle Ideen von zweigeschlechtlichen Partnerschaften nicht mehr über die Autorität verfügen, individuelle Entscheidungen zu rechtfertigen und mit Sinn zu versehen, muss die Antwort aus dem Subjekt selbst kommen.

Es lohnt sich an diesem Punkt etwas weiter ausholen und die Überlegungen bei George Herbert Mead beginnen lassen: In der Mead'schen Theorie existiert etwas, das er die Spontanitätsinstanz nennt, das ‚I‘, welches ohne den Verbrauch von Bewusstseinskapazität etwas tut⁵ (Mead 1980: 216f). Auf diese spontane, zunächst unreflektierte Handlung reagiert nun die soziale Welt in Person eines ihrer Vertreter. Dieser Interaktionspartner interpretiert die Tat des Initiators und reagiert entsprechend seiner Interpretation und der daraus folgenden Beurteilung der Angemessenheit der Handlung. In der Interpretation der Reaktion erfährt ersterer etwas über sich selbst und darüber, wie er wahrgenommen wird (wobei es häufig nicht ganz einfach ist dazwischen eindeutig zu unterscheiden). Er vergleicht dieses Bild mit anderen, bereits vorhandenen Bildern, und arbeitet auf diese Weise an seinem Selbstbild. Durch fortlaufende Interaktion mit der sozialen Umwelt steigt die Anzahl solcher interaktiv erzeugter Bilder, die sich mehr und mehr zu einem Selbstbild – dem ‚me‘ verdichten. Wird das Subjekt zu einer

5 „Agieren“ wäre mit Sicherheit der stilistisch schönere Begriff, aber er ist schon zu nahe an dem des „Handelns“ und genau das *tut* das „I“ im handlungstheoretischen Sinne zumindest nicht.

Erzählung angeregt, ist es in der Lage⁶, die Geschichte der Integration, Verdichtung, Bewertung und Verwerfung dieser Bilder von seinem momentanen Standpunkt aus zu entwerfen. Die Geschichte kann sich im Laufe der Zeit und je nach dem, in welcher Situation man fragt, verändern und variiert werden. Vor allem ist es denkbar, dass die Erzählung sich in Bezug auf die als relevant wahrgenommenen Sequenzen verändern kann, teils liegen relevante Sequenzen vollständig außerhalb des Zugriffsbereichs verfügbarer Bewusstseinsinhalte – je mehr sie jedoch einen Einfluss auf das Selbstbild entfalten, der das Subjekt in seiner Handlungspraxis irritiert, umso notwendiger kann es werden, diese Bilder beispielsweise mithilfe einer Psychoanalyse wieder verfügbar und einer erneuten Bewertung zugänglich zu machen. Festzuhalten ist, dass, wenn das moderne Subjekt Aussagen darüber treffen soll, wer er oder sie ist, d.h. in jeder Situation in dem eine bewusste Entscheidung notwendig wird, eine kohärente und kontinuierliche Geschichte des Selbst erzählt werden kann. Mittels dieser Geschichte kann das Subjekt seinen Handlungen Sinn verleihen, Entscheidungen treffen und Prioritäten setzen.

Bei Giddens entfaltet sich die Geschichte des Selbst nicht ungestört und stößt u.a. bei der Begründung von Entscheidungen auf Schwierigkeiten, da externe Referenzsysteme nicht mehr über dieselbe Autorität verfügen wie in traditionellen Gesellschaften. Zu den Risiken der Selbst-Identität gehört es, sich dennoch an eine dieser Autoritäten – eine postmoderne Wertgemeinschaft wie die Frugivoren etwa – anzuschließen und damit vor der Aufgabe, eine eigene Selbstidentität zu schaffen oder zumindest in einem Bereich die Last der Entscheidung auf sich selbst zu nehmen, zu kapitulieren. Die Hingabe an diese Systeme bleibt unbefriedigend und behindert die Konstruktion einer Selbstidentität, was wiederum zu einer exzessiveren Beschäftigung mit dem jeweiligen Bedeutungssystem führen kann. Je umfassender externe Referenzsysteme alle Bereiche des Lebens regeln, desto attraktiver sind sie für Personen, deren internes Referenzsystem schwach ausgeprägt oder nicht verfügbar ist. Weitere Risiken für die moderne Lebensführung resultieren aus eben jener: Während in traditionellen Gesellschaften die Angst vor der Willkür der Natur oder des Gottes (und seiner Vertreter auf Erden) als der zentrale Unsicherheitsfaktor gelten kann, rücken die Menschen selbst als Verursacher von Krisen und Katastrophen mit teils globalem Ausmaß in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Die schwerwiegendsten Bedrohungen

6 Die Fähigkeit dazu ist von bestimmten vor allem sozialen Voraussetzungen abhängig, wozu neben dem entsprechenden Gedächtnis, was reflexiv in Gang gebracht werden muss, insbesondere die Artikulationsfähigkeit zählen.

gegenwärtiger Gesellschaften sind dabei hausgemacht, ob potenziell durch das Risiko atomarer Auseinandersetzung oder sukzessive durch die fortschreitende Verschlechterung der Atemluft durch Feinstaub und CO₂-Emissionen. Auf individueller Ebene hat eine solche Wahrnehmung Konsequenzen. Der wahrgenommene Einflussbereich eines kleinen Bauers einer traditionellen Gesellschaft erstreckte sich auf die Anzahl und das Ausmaß der Verhältnisse, die er lokal, physisch und unmittelbar manipulieren konnte. Ganz anders heute: Durch die Mediatisierung von Wissen und Erfahrung werden lokale Ereignisse aus ihrem Zusammenhang entbettet und in Form einer Erzählung in anderen Zusammenhängen rekontextualisiert. So wird es mit einem Mal relevant für die eigene Lebensführung, welche Bestimmungen es zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in den USA gibt, weil hiesige Viehzüchter verstärkt Futtermittel aus den USA importieren. Kapitalismus und Mediatisierung sind die zentralen Prozesse, die zunehmende Kontingenz, Komplexität und Beschleunigung vorantreiben. Das Subjekt muss mit dieser Kontingenz umgehen und sie bei seinen Entscheidungen berücksichtigen. Die Ausbildung von Präferenzen ist bei der Flut von Medieninformationen unumgänglich. Informationen, die als störend empfunden werden könnten, werden ausgeblendet oder den eigenen Vorstellungen entsprechend re-interpretiert (vgl. ebd.: 188). Dies führt zu einem ständigen Balanceakt: Das mitunter überforderte Subjekt kann angesichts des Zwanges zur Wahl in einen Zustand der Starre verfallen oder zu Flüchtigkeit tendieren. Starre bedeutet die Fixierung und Aufrechterhaltung eines Sets an Vorstellungen, Einstellungen und Praktiken, in der rigorosen Ablehnung *„jeglichen kontextuellen Relativismus“* (ebd.: 189), während *„der Flüchtige“* sich einem sozialen Chamäleon gleich der Umgebung anpasst. Chronische Unsicherheit und das Gefühl der Machtlosigkeit können bei anderen dazu führen, dass sie sich vollkommen aus der sozialen Welt zurückziehen und sich stattdessen auf das konzentrieren, was sie sichtbar kontrollieren können – also im Zweifelsfall ihre eigenen vier Wände, falls sie über die verfügen sollten.⁷ Die Durchdringung des Alltags mit abstrakten Systemen, vor allem Expertenwissen, könne bei dem Subjekt zu einem Gefühl des Ausgeliefertseins und der Abhängigkeit führen (vgl. ebd.: 191ff). Wie später gezeigt wird, argumentieren Rosa und Kaufmann in eine ähnliche Richtung, wenn sie die steigende Verbreitung von Depressionskrankheiten genau mit diesen Aspekten des Lebens in modernen Gesellschaften verknüpfen. Demgegenüber verweist Giddens aber auch auf diejenigen, denen der Balanceakt

7 Darin kann durchaus auch eine Erklärung für den Boom sowohl von Stadtgärten wie insgesamt regionalen Produkten gesehen werden.

zwischen Öffnung und Schließung gelingt, die gerade in der Mediatisierung und Globalisierung neue Optionen der Mitgestaltung und Solidarität ausmachen. Giddens hält pessimistischen Einschätzungen entgegen, dass die Beteiligungsoptionen in der Moderne im Gegensatz zu früheren Gesellschaften erheblich gestiegen sind. Auch die Medien trügen zu einer Vereinfachung bei dem Aufbau von Netzwerken bei und erleichterten den Zugriff auf Informationen. Außerdem akzeptierten Subjekte die äußeren Bedingungen ihres Lebens niemals passiv, sondern reflektierten sie und trugen zu ihrer Reproduktion oder Reorganisation bei. Auf kollektiver wie individueller Ebene vollzögen sich durch die Reflexivität sozialen Lebens Prozesse der Aneignung in unterschiedlichen Bereichen. Wenn das lokale-unmittelbare Leben formbar ist, bestehe kein Grund, prinzipiell davon auszugehen, dass größere soziale Systeme eine unkontrollierbare Hintergrundumgebung formen.

Situative Identität

Rosas Überlegungen docken nahtlos an Giddens' Konzeption an. Als neuartige Form der Identität, die nun in Zeiten der Spätmoderne symptomatisch würde, wird von ihm die situative Identität eingeführt, bei der sich Parallelen zu Giddens' „*Flüchtigem*“ erkennen lassen. Anders als noch bei Giddens' in der Hochmoderne anzusiedelnder Konzeption habe der soziale Wandel zu einer Veränderung der Zeitstrukturen geführt, die eine auf die Lebensspanne angelegte Planbarkeit des Lebens für das Subjekt nicht nur massiv erschweren, sondern faktisch zu einem Hindernis bei der Bewältigung von Lebens(abschnitts)aufgaben werden lassen. Muster dieser neuen Art der Lebensführung zeigten sich in der auf den Moment bezogenen Selbstdefinition, bspw. in der Arbeitswelt, bei der die potenzielle Vergänglichkeit oder Transitorität immer schon mitangedeutet sei (vgl. Rosa 2005: 364). Diese Entwicklung beschreibt Rosa als „*Verzeitlichung der Zeit*“, die zu einer Verzeitlichung der Identität führe. Dagegen mag man einwenden, dass es eine solche Verzeitlichung schon immer, auch schon in traditionellen Gesellschaften gab, insofern sich Lebensabschnitte des Kind-Seins mit denen der rituellen Aufnahme als vollwertiges Mitglied in die Religions- oder Dorfgemeinschaft ablösen. Der Charakter der Beziehung zwischen Zeit und Identität ändert sich jedoch das erste Mal fundamental durch die Einführung der Wahlfreiheit und das zweite Mal durch den Verlust von tradierten Zeitstrukturen. Wenn in der Hochmoderne Entscheidungen noch vor dem Hintergrund antizipierter biographischer Verläufe gefällt wurden, wird durch die zunehmende Kontingenz eine auf Zeit angelegte Planung unmöglich. Rosa weist darauf hin,

dass sich heute schwerlich noch bestimmen ließe, welche spezifischen Aktivitäten und Orientierungen mit dem Alter einhergehen:

„Zunehmend häufiger finden sich etwa Ausbildungsphasen, die traditionell mit dem Jugendalter korreliert sind, auch im reiferen Alter und nach [Hervorhebung im Original hier weggelassen, Anm. K.W.] Abschnitten längerer Berufstätigkeit; ähnlich verhält es sich mit biographischen Phasen des Sichverliebens, des Heiratens und des Elternwerdens, während umgekehrt beispielsweise dauerhafte unfreiwillige Exklusion vom Erwerbsleben auch schon im Jugendalter erfahren werden kann.“ (Ebd.: 363)

Wichtigste Merkmale dieser zweiten Individualisierungs- und Pluralisierungswelle sei der weitere Anstieg von „*Wahlmöglichkeiten und Kontingenzen*“ (ebd.: 362), der sich nicht nur in einer zunehmenden Gestaltungsfreiheit des eigenen Lebensentwurfs, sondern auch der weniger mit Sanktionen behafteten Revidierbarkeit von Entscheidungen zeige. Das Scheitern von Beziehungen oder notwendig werdende berufliche Neuorientierungen stellten noch in den Zeiten der Hochmoderne biographische Brüche dar, die immer auf ein Scheitern des Lebensentwurfs wenigstens in diesem Bereich hindeuteten. Die neue Revidierbarkeit lässt biographische Brüche zum Normalfall werden, was vor allem daran liegt, dass der Lebensentwurf als solcher überhaupt keinen Bruch erfährt, da dessen Planung faktisch nicht mehr möglich sei (vgl. ebd.: 359). Die Steigerung der Wahlmöglichkeiten betreffe nun alle Bereiche des Lebens, nicht nur diejenigen, die man primär mit Vorstellungen von Identität assoziiert, sondern auch periphere, wie die Wahl des Transportmittels, der Altersvorsorge, des Energielieferanten usw. – wobei nicht zuletzt der Rückzug des Staates und die Privatisierung vielfältiger Waren und Dienstleistungen dazu beitragen, diese Entwicklung zu forcieren. Kritisch ist Rosas Annahme zu sehen, dass Entscheidungen leichter revidierbar seien, Freundschaften und auch Paarbeziehungen nicht mehr auf ein Leben ausgelegt seien, sondern abgebrochen und neu installiert werden können. Dies mag für bestimmte Entscheidungen gelten, doch sie befördert eine Perspektive auf alle Lebensbereiche, die so einen warenförmigen Charakter annehmen. Wenn Elternschaft nach ein paar Jahren dysfunktional für die weitere Lebensführung wird, kann man nach Alternativen suchen – und sie gewiss auch finden – bspw. ein Kind von jemand anderem (den Großeltern/ einem Internat) erziehen zu lassen. Doch führt nicht das Wissen um die Beliebigkeit, hier: sozialer Beziehungen, zu einer Veränderung derer Qualität? Entweder tatsächlich in Richtung einer Kommodifizierung, in der z.B. ein Kind zu einer transitorischen Lebensabschnittserfahrung wird, die auf Zeit als bereichernd empfunden wird oder aber in Richtung einer Vitalisierung und Vertiefung der Beziehung, da das zeitlose Zugeständnis an eine einmal gefällte Entscheidung als Ausdruck des individuellen und freien Willens interpretierbar wird. Deutlicher ausgedrückt, muss auf die

Revidierbarkeit von Entscheidungen nicht logisch deren Revidierung folgen. Im Gegenteil: Je eher man sich als Autor seiner Entscheidung sieht, umso mehr wird man sich ihr verpflichtet fühlen. Was Rosa dagegen ausmachen kann, ist das Aufschieben von Entscheidungen, insbesondere langfristigen wie sie sich im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements abzeichnen:

„Jüngere Engagierte sind in schwindendem Maße dazu bereit, sich **langfristig** und in **vor-definiertem** Umfang an ein ‚Amt‘ [Hervorhebung im Original, Anm. K.W.] zu binden. Sie bevorzugen stattdessen flexible Engagementformen, über deren Dauer sie von Fall zu Fall befinden wollen und in denen sie über den Anteil an ihrem wöchentlichen oder monatlichen Zeitbudget **flexibel** entscheiden können – was bedeutet, dass der Begriff Ehren ‚amt‘ für diese Tätigkeitsform zweifellos irreführend ist. Bürgerschaftliches Engagement nimmt im Zuge der Verzeitlichung der Zeit ebenso wie die berufliche Tätigkeit und tendenziell auch die Aktivitäten und Bindungen im Privatleben ‚Projektform‘ an: Über Dauer, Sequenz und häufig auch Tempo wird flexibel entschieden; stets aber sind Projekte kurzfristig beendbar und in ihrer Laufzeit beschränkt.“ (Ebd.: 366)

In der Sphäre der alltäglichen Praktiken dokumentiere sich dieser Wandel in einer De-Strukturierung des Tagesablaufs: Ein über die Woche sich stetig wiederholender Tagesablauf stehe den Akteuren im Weg, auf Unvorhergesehenes, plötzlich notwendig gewordene zusätzliche Arbeiten, Terminänderungen usw. zu reagieren, weshalb ein Festhalten an klar definierten Tagesablaufmustern dysfunktional werde (vgl. ebd.: 367). Zu beobachten sei das Auftreten einer neuen Sozialfigur, des „*Spielers*“, als ein Typ des Umgangs mit Zeit, der verbindliche Absprachen nur unter Vorbehalt und mit Verweis auf diverse Einflussfaktoren träge (vgl. ebd.: 368f):

„Der ‚Spieler‘ überwindet die lineare, verrechnende und verplanende Zeitorientierung der Moderne und ersetzt sie durch eine (in gewisser Weise **prämodern** [Hervorhebung im Original, Anm. K.W.] anmutende, nun aber reflexiv gewordene) situationsoffene und ergebnisorientierte Zeitpraxis.“ (Ebd.: 368)

Demgegenüber anachronistisch entpuppten sich Versuche des „*technikfaszinierten Wellenreiters*“ und der „*strategischen Lebensführung*“ mittels Informations- und Kommunikationstechnologien, die Steuerung der Zeit wieder kontrollieren und absichern zu können (vgl. ebd.: 371). Eine situative Lebensführung nimmt von derartigen Steuerungsversuchen Abstand und lässt sich bereitwillig auf die Dynamik des Alltags, des Berufs usw. ein. Dies hätte Konsequenzen für die Identität, die jetzt immer vor dem jeweils aktuellen Hintergrund neu definiert wird. Auf die Aufgabe des Identitätsprojekts, das als eine Ziel gerichtete und auf Kohärenz angelegte Bewegung zu verstehen ist, folgt die Aufgabe einer damit verbundenen Vorstellung von Autonomie, da keine halbwegs stabilen Werte und Präferenzen mehr auszumachen seien (vgl. ebd.: 372). Zu berücksichtigen seien

zwei unterschiedliche Lesarten von Identität: Einmal als eine Idee von sich selbst, die über verschiedene soziale Kontexte hinweg stabil bleibe und einmal der eines Handlungs- und Orientierungsrahmens, der sich in einem Sinn, wer man sei, ausdrücke (vgl. ebd.: 373):

„Jener Sinn wandelt sich in seiner Substanz von Kontext zu Kontext und von Situation zu Situation, aber das in allen Praxiszusammenhängen entscheidungs- und handlungsleitende Identitätsgefühl geht dabei nicht verloren. Denn die Vorstellung einer solchen Identität besagt natürlich nicht, dass **alle** [Hervorhebung im Original, Anm. K.W.] Identitätsmerkmale von Situation zu Situation verändert werden.“ (Ebd.)

Vor diesem Hintergrund seien transssituationale Einheiten des Selbst, wenn auch reduziert und allenfalls rudimentär, noch möglich: Erstens könne eine Narration des Selbst immer noch gelingen, wenngleich sie je situationsabhängig formuliert werde. Zweitens bliebe eine rudimentäre Prägung durch inkorporierte Schemata (Rosa bezieht sich vor allem auf das Habitus-Konzept von Bourdieu) Geschmackspräferenzen sowie routinisierte Handlungen erhalten. Problematisch wird der postmoderne Duktus des „ich bin viele“ *„dort, wo das Subjekt gezwungen ist, Relevanzen und Prioritäten zu bestimmen, und wo sich aus solcher Pluralität konfligierende Handlungsanforderungen ergeben“* (ebd.: 375). Drittens könnten sich Objekte als Platzhalter für zeitstabile substanzielle Identitäten – Rosa schließt hier durchaus auch z.B. Haustiere ein – sozusagen als materielle Repräsentanten der Identität hilfreich erweisen.⁸ Viertens könne man davon ausgehen, dass etwas wie ein Kernselbst angeboren sei.

Für die Autonomie des Subjekts ergibt sich die paradoxe Situation viel aktiver und geplanter zu steuern, dabei aber Unplanbarkeit und Kontingenz als Tatsache zu akzeptieren und in die Planung zu integrieren (vgl. ebd.: 380). Logische Konsequenz sei die fortschreitende Kapitulation der Subjekte davor, ihre Lebensentwürfe überhaupt zu planen, eine Zunahme der Gegenwartsorientierung und die Abnahme der Fähigkeit zur Aufschiebung von Bedürfnissen (vgl. ebd.: 381f). Resultat dieser Entwicklung sei das Auftreten des „*Drifters*“, dessen Charakter zerstört und Autonomie verloren sei. Letztlich müsse es zu einem Verlust sozialer Bindungen sowie der Selbstachtung führen. Gefühle von Machtlosigkeit könnten ihn besonders anfällig für Pathologien machen, wobei die Depression

8 Zu berücksichtigen ist folglich, dass sich selbstredend die Beziehung zu dem Objekt verändert. Da es als externer Bestandteil, Garant oder eben Repräsentant der Selbst-Identität fungiert, hat es außer seinen eigenen Eigenschaften auch über eine Entsprechung zu denen seines Besitzers zu verfügen. Anders gesagt, das Objekt soll nicht nur nützlich sein, sondern auch angemessen.

auf der einen Seite und eine Tendenz zu Gewalt am anderen Ende des Spektrums ständen (vgl. ebd.: 382ff). Aus der Unfähigkeit, zeitstabile Präferenzen zu setzen, folgt die Unfähigkeit, sich selbst und seinem Tun Grenzen zu setzen: Alles wird interessant und nichts ist jemals abgeschlossen. Rosa spricht von „*rasen-dem Stillstand*“, der nicht nur die Objekte, sondern auch die Kultur berühre (vgl. ebd.: 385). Es gebe zwar Veränderungen, aber keine Entwicklungen mehr, weil zur Bearbeitung von neuem ein a priori erworbener Orientierungsrahmen existieren muss. Folgen pathologischer Zeiterfahrung ließen sich u.a. an dem massiven Anstieg von Depressionserkrankungen ablesen,⁹ wozu neuerdings zumindest im umgangssprachlichen Gebrauch auch der „Burn-Out“ zähle.

Rosas Diagnose wirft ein düsteres Licht auf die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse, zumal die Zunahme von diversen psychischen Erkrankungen tatsächlich auf einen Zusammenhang zwischen Depression und Zwangserkrankungen, verstanden als der Versuch des Subjekts, das über die Maßen zu kontrollieren, was es eben (noch) kontrollieren kann, und dem Anspruch der zunehmenden Flexibilisierung und Kreativität des Selbst, zu verweisen scheinen. Trotzdem sollte man berücksichtigen, dass dieser Anspruch nicht jeden und nicht mit derselben Dynamik trifft. Boltanski und Ciapello (2003) fragen ja zu Recht in ihrer Analyse des Managerdiskurses danach, wer in dem neuen projektbasierten und netzwerkförmigen System zu den Verlierern gehöre. Die Hauptthese zur Erklärung neuer Ungleichheiten in diesem System ist die, dass diejenigen, die flexibel und ungebunden, vor allem aber auch maximal mobil immer neue Projekte angehen, dabei nach wie vor auf lokale Infrastrukturen angewiesen seien. Es braucht auch in Zeiten zunehmender Flexibilisierung eine Adresse für Korrespondenz und je mehr der Projekt-Arbeiter in fluide Netze integriert ist, umso wichtiger sind die Personen, die weiterhin die Heimatbasis am Laufen halten. Entsprechend sind es also diejenigen, die für die Aufrechterhaltung betrieblicher Infrastrukturen verantwortlich sind, die nicht am Erfolg und Reichtum der vernetzten Projektarbeiter beteiligt werden, andererseits aber über doch relativ zeitstabile Tages- und Lebensentwürfe verfügen. Die Figur des *Drifters* ist insofern keine notwendige und unausweichliche Konsequenz der Spätmoderne, das ist sie nur oder vor allem für diejenigen, deren Selbst-Identität sich maßgeblich auf eine Erwerbsbiographie und dabei auf Erfolgsmaximierung ausrichtet. Es ist aber sowohl eine individuelle wie eine gesellschaftliche Entscheidung, ob man sich diesen Anforderungen an das Selbst ausliefert oder aber den partiellen bzw.

9 Rosa verweist auf eine französische Studie, wonach 7 von 10 erfassten Patienten mit Depression auf eben diesen Zeit-Zusammenhang verweisen (vgl. ebd.: 388).

kollektiven Ausschluss aus der Erfolgsgesellschaft in Kauf nimmt. Für den einzelnen bedeutet das, sich beispielsweise darin zu genügen, die Infrastruktur für die Erfolgreichen aufrechtzuerhalten, was eine, von kurzen hektischen Anwesenheitszeiten der Vorgesetzten abgesehen, in ihrer Kontingenz doch recht überschaubare Perspektive eröffnet. Doch damit lässt sich die potenzielle Bedrohung von Identität und Autonomie nicht auflösen, da die Zunahme von Entscheidungen – in Bezug auf die Häufigkeit von Situationen, in denen Entscheidungen notwendig werden wie in der Ausweitung von Themenfeldern/Bereichen, in denen Entscheidungen möglich werden – korrespondiert mit einer verminderten Gewissheit darüber, wie sich diese Entscheidungen auswirken mögen sowie welche Art von Zukunft überhaupt erwartet werden kann.

Die unmittelbare, kontextabhängige, operative Identität

Jean-Claude Kaufmann (2005) sieht Identität grundsätzlich als eine Voraussetzung für Handeln (vgl. ebd.: 181), wobei er zwischen zwei Formen von Identität unterscheidet: Der biographischen, die sich in einer Erzählung ausdrücken lässt und einer situativen, also unmittelbaren, kontextabhängigen, operativen: kurz UKO-Identität (vgl. ebd.: 178). Denn er verweist darauf, dass nicht alle Handlungen identitätsvermittelt in dem Sinne seien, dass ihnen eine bewusste, auf Reflexion basierte, die Ich-Erzählung bemühende Entscheidung vorausginge. Trotzdem würde der gewaltige Einfluss, den die Gewohnheiten auf die Handlungsfähigkeit von Subjekten hätten, zugunsten einer wissenschaftlichen Fixierung auf die biographische Identität häufig vernachlässigt. Das liegt mitunter daran, dass zumeist das unmittelbare, spontane Handeln wie auch Routinehandeln nicht als Ausdruck der Identität interpretiert wird, sondern der geläufigen Auffassung von Identität als des reflexiv verfügbaren Selbstbildes gerade zuwiderläuft. Wenn man sich die Einwände ins Gedächtnis ruft, die eingangs unter Bezugnahme auf Theorien der Postmoderne, des Strukturalismus und der Psychoanalyse gegen autonomes Handeln ins Feld geführt wurden, dann verfolgen diese primär das Ziel, inkorporierte Schemata, Bilder, Geschmackspräferenzen usw. als genau die Aspekte zu identifizieren, die dem Subjekt-Selbst fremd seien und folglich zu einem noch zu bestimmenden Teil zu einer Fremdsteuerung des Individuums führen (müssten). Wie Giddens sieht Kaufmann aber in diesen Aspekten keineswegs (nur) das Risiko der Fremdsteuerung, sondern eine Ressource des Handelns, die gerade in modernen Gesellschaften an Bedeutung gewinnt, in dem sie das Individuum entlastet und seiner Handlungsfähigkeit überhaupt erst den Weg bereitet. Nun muss man, gerade im Hinblick auf die in dieser Monographie eher theoretische Auseinandersetzung bei Kaufmann berücksichtigen,

dass er diesen Standpunkt auf der Basis der jahrelangen empirischen Erforschung von Alltagspraktiken entwickelt hat. Das Wirken der UKO-Identitäten belegt er anschaulich in Rückgriff auf diverse Studien, wobei diejenige über den Umgang mit „*Schmutziger Wäsche*“ (Kaufmann 1994) methodisch und analytisch ohne Frage einen herausragenden Stellenwert einnimmt. Dort ging er der Frage nach, wie junge Paare in der Zeit des oder kurz nach dem Zusammenziehen mit der Organisation der Haushaltsarbeit umgingen. Eine wichtige Erkenntnis diesbezüglich ist, dass bei haushaltsnahen Tätigkeiten die narrative Identität nicht primärer Träger von Alltagspraktiken ist, sondern an ihrer Stelle inkorporierte, habitualisierte Schemata als Praxis treten, die (teils im Widerspruch mit der Selbsterzählung) ihre Wirkungsmacht entfalteten (vgl. ebd.: 183). Im Falle der UKO-Identität hat man es mit Gewohnheiten zu tun, die nicht zuletzt auf einem sozial bedingten Habitus beruhen, darüber hinaus aber auch auf bestimmten Imaginationen und Bildern seiner selbst. Signifikant an den Routinen, deren Aufrechterhaltung bei Kaufmann durch die UKO-Identitäten gelingt, ist, dass die Akteure, werden sie nach den Gründen für ihr Handeln befragt, zunächst einmal Schwierigkeiten haben, eine Antwort zu geben (vgl. ebd.: 183). Diese Schwierigkeit der Subjekte, über ihre Gewohnheiten zu sprechen und die Anstrengungen, die damit einhergehen, sich diese Gewohnheiten reflexiv verfügbar zu machen, lässt die Vermutung zu, dass darin einer der Hauptgründe liegt, warum Gewohnheiten bei der Erforschung von Identität nur eine marginale Bedeutung zukommt: Denn allein schon die Erhebung von Routinepraktiken setzt eine umständliche und wohl unumgänglich ethnographische Herangehensweise voraus. Zudem darf das Argument nicht vergessen werden, dass die nicht bewussten Aspekte des Handelns ja vielfach als Antagonisten von Identität angesehen werden. Doch diese Auffassung verabschiedet inkorporierte Schemata etwas zu vorschnell in die Sphäre des Unbewussten. Angesicht der Zunahme höchst divergenter Inkorporationsinhalte müssen diese im reflexiven Bezug aufeinander geordnet werden (ebd.: 184), was nicht zuletzt gelingt, da die Gewohnheiten, trotz ihres vermeintlichen Daseins im Schatten des Unbewussten, ihren ursprünglichen Quellen gemäß an Wertvorstellungen und Glaubensüberzeugungen gebunden sind (vgl. ebd.: 185). Wohl nicht zuletzt in Richtung postmoderner Theorien adressiert, formuliert Kaufmann:

„Das Subjekt bestimmt sicherlich nicht alles. Es wird insgeheim grundlegend vom sozialen Gedächtnis, das es verinnerlicht hat, getragen. Gleichwohl trifft es Entscheidungen, vor allem weil dieses Gedächtnis widersprüchlich ist [...] So schädlich es ist, die Rolle des gesellschaftlichen Unterbewusstsein zu missachten, so darf dessen Beachtung doch ebenso wenig zu einer Negation der subjektiven Selbstregulierung führen.“ (Ebd.: 185)

Nun könnte man dieses Potenzial – dass inkorporierte Schemata zum Bestandteil von Reflexion werden können, eben weil sie miteinander und/oder mit der Selbst-Erzählung im Widerspruch stehen – fruchtbar mit Diana Meyers Idee einer Reflexion über soziale und kulturelle Ordnungen, die sich aus der Intersektionalität der Identität ergeben, verknüpfen, doch wiegelt Kaufmann hier ab: Akteure täten anderes als sich mit ihrer Selbstdefinition zu beschäftigen. Es mag aber Situationen geben, darauf verweist in pragmatischer Tradition wiederum Giddens, in denen Routinehandlungen nicht mehr angemessen sind, weil sich die Situation verändert hat. Tatsächlich kommt Kaufmann in seiner weiteren Auseinandersetzung mit den zwei Identitätsaspekten zu der Ansicht, dass der Aspekt der Vermittlung – also die Reflexivität in Bezug auf die Selbst-Identität an Bedeutung gewinnt:

„Zwar bilden Gewohnheiten weiter die Grundlage, doch ihre kontinuierliche Anpassung erfordert den Rückgriff auf die Identität. Ein Selbstbild zu fixieren wird zu einem unumgänglichen Vorgang, um den Körper zum Handeln zu bewegen [...]. Inkorporierte Schemata und Identitätsprozess gehen eine enge Verbindung ein, um das Handeln auszulösen. Dennoch stammen sie aus zwei grundverschiedenen phänomenologischen Ordnungen, zwischen denen in der Analyse zu unterscheiden mir wesentlich erscheint.“ (Ebd.: 184)

Inkorporierte Schemata können in anderen Worten als Set von Dispositionen gefasst werden, die eine Schablone oder einen Filter für Handlungen und Handlungsalternativen darstellen. Aus diesen Handlungsalternativen wählt das Subjekt aus, indem es Kontext und Situation berücksichtigt, um eine sowohl pragmatisch angemessene wie den Vorstellungen von sich selbst entsprechende Lösung zu suchen. Zweifelsohne kommt Kaufmann mit dieser operativen Identität der situativen Identität bei Rosa recht nahe, bettet sie jedoch in einen identitären Prozess ein, da die Auswahl einer Handlungsalternative zwar zunächst und primär die unmittelbare Situation betrifft, langfristig aber eine Entscheidung für eine bestimmte (biographische) Richtung darstellt (vgl. ebd.: 186). Der „*identitäre Moment*“ wie Kaufmann diese Entscheidungssituation nennt, beinhaltet regelmäßig eine Infragestellung der bisherigen Entscheidungen und stellt somit gleichzeitig einen Moment der potenziellen Offenheit – *ich könnte auch anders sein* – dar. Häufig evozieren theoretische Abhandlungen über Identität die Vorstellung, eines grübelnden, sich in inneren, meditativen Dialog versenkten Subjekts. Kaufmann beschreibt diesen Auswahlprozess aber nicht auf Basis theoretischer Reflexion, sondern auf Basis ethnographischer Beobachtungen. Deshalb spricht er weniger von Selbst-Reflexion im eben genannten Duktus als vielmehr von dem Auftauchen von Bildern, also Visualisierungen des Selbst, die dem Subjekt eine rasche, weil vorwiegend affektive Auswahl gestatten. Damit gibt er einen weiteren, wichtigen Hinweis, der bis dato noch vollkommen unberücksich-

tigt blieb, nämlich die zentrale Funktion, die Emotionen im Identitätsprozess zukommt. Um bei den Routinehandlungen zu bleiben, kann doch konstatiert werden, dass die Wahrnehmung von Wiederholung und Verlässlichkeit ein Gefühl der Sicherheit und Entspannung hervorruft, die dem Subjekt vermittelt, dass sein Handeln angemessen ist. Das Erleben von Emotionen geschieht nicht zufällig und lässt sich keinesfalls auf die Wirkung der in der Amygdala gebildeten Hormone reduzieren. Wann welches Gefühl erlebt wird, ist abhängig von den Erfahrungen des Subjekts, das seine Selbst-Bilder und Gewohnheiten immer mit einer bestimmten emotionalen Färbung abspeichert. Diese inkorporierten Schemata sind zwar reflexiv nicht immer verfügbar, aber die mit ihnen verbundenen Emotionen nehmen Einfluss auf die Wahrnehmung der Situation, die sie an die Oberfläche bringt. Gerade in Träumen von sich selbst nehmen Gefühle eine herausragende Stelle ein und regulieren auf diese Weise den Identitätsprozess (vgl. ebd.: 188f). In Bezug auf die pragmatischen Anforderungen des Alltags stellen Gefühle den wohl wichtigsten Mechanismus dar, um den Körper überhaupt in Bewegung zu setzen – und „eine der wichtigsten Emotionen, Entscheidungen herbeizuführen (sicher die wichtigste überhaupt), ist der Ärger“ (ebd.: 189). Kaufmann verdeutlicht diese Einsicht am Beispiel der Haushaltstätigkeiten. Die inkorporierten Schemata erzeugten eine Ordnung davon, wie die Dinge sein sollten. Eine Übereinstimmung zwischen dieser Ordnung und der real vorgefundenen Ordnung wirkt sich außerordentlich entspannend und befriedigend aus. Eine Diskrepanz jedoch führt zu einem Gefühl der Unruhe, umso mehr, wenn die sie sich sichtbar (und evtl. auch durch weitere Sinneseindrücke wahrnehmbar) im physischen Raum postiert. Es gibt Personen, die es z.B. nicht ertragen wollen, wenn z.B. Bücher auf dem Esstisch abgestellt werden, wieder andere müssen für zwei Handtücher die Waschmaschine einschalten oder in allen Zimmern die Heizung ausschalten und die Lichter löschen. Ein Beispiel, das garantiert jeder kennt, ist das Leeren des Mülleimers, eine überaus lästige Tätigkeit, die zudem noch mit unerfreulichen Sinneseindrücken und einer gewissen Vergeblichkeit gepaart ist, da sich innerhalb kürzester Zeit eine Wiederholung des Vorgangs andeutet. Besonders ärgerlich wird das, wenn eigentlich eine andere Person für die Entsorgung des Hausmülls verantwortlich ist, doch irgendwann wird der Ärger über den Müll groß genug, um selbst aktiv zu werden. Ein leichter Ärger – das gilt auch für andere Gefühlslagen – ist oft nicht ausreichend, um die Handlung vollends in Gang zu setzen:

„Eine Reihe von gedanklichen Konfrontationen beginnt. Dabei prallen viel mehr Bilder als Reflexionen aufeinander, die Vorstellungen von sich selbst inszenieren, die in gegensätzliche Wertesysteme eingebettet sind und von gegensätzlichen Emotionen getragen werden.“ (Ebd.: 190)

Aber auch abseits des Haushalts gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, bei denen Emotionen ausschlaggebend für das Ergreifen von Initiative ist – wachsender Ärger über das Rauchen im Hausflur als Auslöser für eine Beschwerde bei der Hausverwaltung, Angst vor Einsamkeit als Grund, eine Kontaktanzeige aufzugeben, Sorge um das Kind als Grund, es jeden Tag mit dem Auto zur Schule zu bringen usw. Stehen verschiedene Selbstbilder in Konkurrenz – man selbst als Mutter, die ihr Kind beschützt versus eine Mutter, die ihrem Kind den Freiraum zu selbständigen Handeln gibt – liegt die Lösung des Konflikts häufig weniger in einem rationalen Abwägen zwischen den Alternativen als einer affektuellen (vielleicht vorläufig experimentellen?) Wahl. Eine identitäre Filterung kann in offenen, neuen Situationen stärker ausgeprägt sein. Als Beispiel nennt Kaufmann ein junges Paar, das gerade zusammenzieht und erst damit beginnt, neue Schemata zu inkorporieren. Das tägliche Aufs-Neue-Entscheiden, was von wem wann gemacht werden muss, mag sich mit ihrer Haltung, es anders zu machen als andere – insbesondere die Eltern – gut vertragen, doch geht damit eine mentale Bürde einher, da der Entscheidungsprozess immer wieder, mit sich selbst und dem anderen, verhandelt werden muss: *„Die Inkorporierung eines Handlungsschemata ermöglicht die Verminderung der mentalen Bürde und der affektiven Verwirrung, die aus einer identitären Filterung resultieren. Das Leben wird einfacher und bequemer.“* (Ebd.: 193) Dagegen bedeutet die Verweigerung, sich routinierten Praktiken hinzugeben, eine ständige Identitätsarbeit, die laut Kaufmann gerade allein lebende Frauen als Ambivalenz von Erregung und Trauer empfinden:

„Allein lebende Frauen dagegen genießen die (manchmal zu) große Leichtigkeit und Flüchtigkeit ihres Daseins und leiden zugleich darunter. Nachdem alles oder fast alles durch das Identitätssieb hindurchgegangen ist, muss das Leben jeden Augenblick wieder neu definiert und neu erfunden werden, in sehr unterschiedlichen Versionen, die unentwegt aufeinanderprallen [...] Denn das Paradoxe an einem vom Identitätsprozess beherrschten Leben ist, dass man nicht weiß, wer man ist.“ (Ebd.: 194)

Neben den Emotionen und dem identitären Filter gibt es noch einen weiteren Aspekt, der die Entscheidung für eine bestimmte UKO-Identität beeinflusst: Die Suche nach Anerkennung. Das Subjekt entscheidet über seine Handlungsalternativen nicht nur gemäß der affektiv und/oder kognitiv empfundenen Angemessenheit der Handlung bezüglich des Selbstentwurfs, sondern auch im Hinblick auf die Zustimmung, die sein so konkretisierter Selbstentwurf von außen erhält oder erhalten kann (vgl. ebd. 196). Die Suche nach Anerkennung ist eine direkte Folge der Autonomisierung des Subjekts (ebd.) und sie nimmt erheblichen Einfluss auf die Beschaffenheit des identitären Filters. Da aber die Quellen von Anerkennung in der Gesellschaft höchst ungleich verteilt und zudem limitiert sind,

liege der Suche nach Anerkennung eine sich an den nächsten sozialen Interaktionspartner richtende Konkurrenz zugrunde. Dass die Arbeit an der biographischen wie der unmittelbaren Identität Risiken unterworfen ist, berücksichtigt Kaufmann in Bezug auf Alain Ehrenbergs (2004) „Das erschöpfte Selbst“. So sieht auch er die Depression als eine pathologische Manifestation der Anforderungen des identitären Zeitalters. Allerdings sei die Depression *„das wirkliche Gegenmodell zu einem Individuum, das fähig ist, sein Handeln im Zeitalter der Identität zu entwickeln“* (ebd.: 202). Dies lenkt den Blick darauf, wie es Individuen gelingt, den Anforderungen gerecht zu werden ohne sich in Pathologien zu verstricken: *„Sinnkrisen oder Handlungskrisen gestatten es uns, besser zum Hintergrund des modernen Individuums vorzudringen.“* (Ebd.: 204)

Intersektionale Identität

Identität sei nicht fix, sondern unterliege Veränderungen, die sich nicht nur biographisch sondern durch die Bewegung des Akteurs durch unterschiedliche soziale Welten, Kontexte und Milieus ergebe (Mackenzie/Stoljar 2000: 11). Will man theoretisch an der Idee von Autonomie als selbstbestimmtem Handeln festhalten, ist es notwendig, die Konsequenzen dieser Überlegungen zu berücksichtigen und die Beziehung von Autonomie und Identität vor dem Hintergrund zunehmender Intersektionalität zu reflektieren. Genau dieses Anliegen verfolgt Diana Meyers mit ihrem Beitrag *„Intersectional Autonomy“*. Wie für Honneth gilt für sie ein Wissen über sich selbst, eine Selbstdefinition und eine in die Zukunft gelagerte Entwicklungsrichtung als zentrale Prämisse, um gemäß dem eigenen Willen zu handeln (vgl. Meyers 2000: 156). Da das, was man will, aber zu einem Teil davon abhängt, in welchem sozialen Kontext man sich bewegt (hat), gemeint sind hier unter anderem biographisch-kulturelle Dispositionen sowie die situativen Bedingungen des Handelns, die ebenfalls sozial determiniert sind, wird Autonomie unmöglich. Zudem trage die Alltagssprache dazu bei, Annahmen über die *eine* Identität zu stützen. Häufig seien es lediglich dominante Gruppen, die überhaupt über Attribute zur Selbstbeschreibung und damit zur bewussten Verortung in einem sozialen, dann aber auch stigmatisierten Kontext verfügten (vgl. ebd.: 157). Personen, die aus sozial schwachen oder stigmatisierten Milieus oder Gruppen abstammen, seien sich der Zusammenhänge zwischen Gruppenzugehörigkeit und ihrer Identität eher bewusst als solche, die ihre politische Einstellung als Resultat eigener Überlegungen und Erfahrungen deuteten, anstatt sie im Zusammenhang mit ihrer eigenen, privilegierten Sozialisation in entsprechenden Gruppen und Institutionen zu begreifen (vgl. ebd.: 161). Eine höhere Akzeptanz des Konzepts der Intersektionalität von Identität könne glei-

chermaßen dazu beitragen, Gefühle der Scham zu reduzieren. Aufgrund der Zugehörigkeit zu vielen verschiedenen sozialen Gruppen sei es unwahrscheinlich, dass jemand ausschließlich privilegiert sei. Indem auch die Aspekte der Identität reflektiert und akzeptiert würden, die aus der Zugehörigkeit zu einer benachteiligten Gruppe resultierten, könne auf der anderen Seite das gesellschaftliche Oppositionsverhältnis privilegiert – nicht-privilegiert aufgebrochen werden. Doch sei gerade für eher privilegierte Subjekte der Zugang zu einem Verständnis ihrer selbst als intersektional schwierig und ein Reflektionsprozess unwahrscheinlich. Dies würde nämlich bedeuten, die eigene, bessere Stellung weniger individuellen Leistungen als sozialen Ursachen zuzuschreiben:

„If people fail to acknowledge their reliance on and eagerness to keep advantages conferred by maleness, heterosexuality, wealth, whiteness, or ethnic privilege, impartiality is liable to be perverted into a self-serving excuse for dismissing morally warranted urgent political demands.“ (Ebd.: 161)

Sowohl Theorien der Postmoderne wie auch Theorien einer personalen Identität lägen Annahmen über das soziale Selbst und dessen Agency zugrunde, die dazu führten, dass das Selbst und dessen Authentizität als Quelle von Autonomie entweder als Illusion aufgegeben oder als relativ statisch vorausgesetzt würden (vgl. ebd.: 158). Theorien personaler Identität reduzierten den Einfluss sozialer Gruppen insofern, als sie nicht anerkennen würden, dass ihnen eine Schlüsselrolle in der Konstruktion von Identität zukomme. Als Folge tendierten sie dazu, die Aufgabe des Subjekts, sich selbst zu entdecken und zu erforschen, zu simplifizieren. Aber *„understanding the impact of group membership on one’s identity is necessary not only for personal autonomy but also for moral and political autonomy“* (ebd.: 158–159). Intersektionale Identität sei eine Befähigung zu einem authentischen Selbst, wenn die Intersektionalität anerkannt und reflektiert wird. Daraus folgt auch, dass der eigene moralische und politische Standpunkt vor dem Hintergrund der eigenen Sozialisation in verschiedenen sozialen Gruppen und die sich daraus ergebende Position in der sozialen Hierarchie sowie die Art und Weise der Inkorporierung von gesellschaftlichen Normen und Werten, reflektiert werden müssen. Dieser Prozess erfordere nicht nur Selbstwissen, sondern auch Selbstdefinition. Das bedeutet, dass das Subjekt über bloße Introspektion hinausgehen muss, um sich selbst von außen, von der Perspektiven eines allwissenden Erzählers vielleicht, betrachten und verorten zu können. Wünsche und Einstellungen sind autobiographisch konstruiert und sich darüber klar zu werden, wie dieser Prozess zu welchem Ergebnis geführt hat, ist eine notwendige Voraussetzung, um zu dem zu finden, was als das eigene Wollen bezeichnet werden kann. Meyers Einschätzung nach handelt es sich hierbei allerdings um einen

komplexen und anspruchsvollen Vorgang, der nicht ohne weiteres durchführbar sei. Das Subjekt könne diese Aufgabe nur bewältigen, wenn ihm die Entwicklung bestimmter Kompetenzen gelänge, wobei es sich um einen lebenslangen Prozess handle. So wird das Subjekt bei jeder neuen Gelegenheit zur Selbstdefinition diese Kompetenzen, zumindest potentiell, verbessern und erweitern. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben schlägt Meyers folgende sieben Autonomie-Kompetenzen vor, deren Ausprägung natürlich von Subjekt zu Subjekt ganz unterschiedlich gestaltet sein kann (vgl. ebd.: 165):

- Die Fähigkeit zur Introspektion, Gefühle und Wünsche wahrzunehmen, die Interpretation der subjektiven Erfahrung und eine Urteilsfähigkeit über die Angemessenheit des Selbst-Bildes.
- Imaginative Fähigkeiten, um über mögliche Selbst-Konzepte nachdenken zu können.
- Erinnerungsfähigkeit, um eigene Erfahrungen, aber auch die anderer sozialer Akteure, seien sie persönlich bekannt oder medial vermittelt, im Gedächtnis zu behalten und abrufen zu können.
- Kommunikative Fähigkeiten, um von anderen, deren Erfahrungen und Wahrnehmungen profitieren zu können.
- Analytische Fähigkeiten, um verschiedene Selbst-Konzepte zu vergleichen und gegeneinander abwägen zu können.
- Fähigkeit zum Wollen, um dem Druck anderer, in konventionellen Selbst-Konzepten zu verharren, zu widerstehen.
- Zwischenmenschliche Fähigkeiten, um sich mit anderen zusammen zu schließen, um gemeinsam soziale Normen herauszufordern und zu verändern.

Aus der Erfahrung autonomen Handelns resultiert ein (wachsendes) Gefühl der Selbstsicherheit und der (Selbst-)Anerkennung. Beides stärkt die Eigenwahrnehmung des Subjekts als autonom oder zumindest kompetent und sichert dem Subjekt die Autorenschaft seiner Handlungen zu. Das Subjekt ist also nicht zwangsläufig getrieben von Diskursen und zerrieben zwischen den, mitunter im Verhältnis zueinander, paradoxen Anforderungen unterschiedlicher Gruppen. Zu unterschiedlichen sozialen Gruppen zu gehören, bedeute nicht das vollständige Aufgehen eines Subjekts in einer Gruppe, inklusive der ganzheitlichen Übernahme sämtlicher gruppenspezifischer kultureller Eigenarten und Werte. Deshalb liegt gerade in der Vielfältigkeit, die das Konzept der Intersektionalität betont, das Potenzial, sich gegenüber den jeweiligen Gruppen fremd zu machen und ihre Kultur jeweils aus der Perspektive einer anderen Rolle kritisch zu reflektieren (vgl. ebd.: 163). Damit besteht allerdings das Problem, dass es zwar

möglich ist, sich über die soziale Bestimmtheit eigener Wünsche klar zu werden, dies jedoch zunächst nichts daran ändert, dass der Wunsch als solcher internalisiert ist und fortbesteht¹⁰: Dafür fehle es an der kulturellen und auch linguistischen Autorität, die sozialen Kategorien zu redefinieren: „*Individualistic strategies of self-definition have serious drawbacks, and moreover they are unlikely to be entirely successful.*“ (Ebd.: 165) Aus diesem Grund betont Meyers, dass in ihrer Auffassung von Autonomie nicht nur rein individuelle Strategien (bzw. Autonomie-Kompetenzen) forciert werden sollten, sondern gleichfalls der Ebene kollektiven Handelns eine herausragende Bedeutung zukommt. Sie sieht im Zusammenschluss von Subjekten, die von ähnlichen Marginalisierungserfahrungen betroffen sind, eine Chance, deren (Um-)Deutungsmacht und Artikulationsfähigkeit zu stärken.

Zwischenfazit Identität zwischen Narration und Praxis

Die Vorstellung davon, wie sich politisches Handeln gestaltet, wird durch dessen Verlagerung in den Alltag ein Stückweit irritiert. Politisches Alltagshandeln als Sonderfall politischen Handelns, dessen Auswirkungen zunächst einmal nicht in der Erreichung eines bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Ziels wahrgenommen werden, sondern in einer Veränderung der Alltagspraktiken und, daran anknüpfend, einer veränderten Selbst-Wahrnehmung und Selbstidentität, lässt sich mit auf die Rationalität des Handelns und Entscheidens abhebenden Theorien nur schwer verstehen. Innerhalb der soziologischen Debatte darum, wieviel Anteil Akteure tatsächlich an ihren Handlungen haben, sieht man sich mit teils diametral gegenüberliegenden Standpunkten konfrontiert. Die Einschätzungen dazu, ob und bis zu welchem Grad ein Subjekt autonom sein kann, sind von dem jeweils damit verknüpften Identitätskonzept abhängig, das auf einer Bandbreite von Auflösung bis zu der Idee eines Kernselbst changieren kann. An

10 Für eine ähnliche Feststellung mit anderer Begründung empfiehlt sich Jean-Claude Kaufmans Studie über „Schmutzige Wäsche“. Im Rahmen dieser Studie hat er junge Paare in der Zusammenlegung ihrer Haushalte begleitet und zu ihrem Umgang mit der Wäsche befragt. Es zeigte sich, dass die Wäschearbeit sogar dann von den Frauen übernommen wurde, wenn diese vor dem Zusammenziehen und in Übereinstimmung mit dem Partner diese Arbeitsteilung abgelehnt hatten. Kaufman führt dies auf ein „Körpergedächtnis“ zurück, in das sich soziale Praktiken der Haushaltsführung einschrieben, die selbst dann noch handlungsleitend würden, wenn sie erkannt, identifiziert und sogar abgelehnt würden.

diesem Punkt muss hier eine pragmatische Haltung eingenommen werden, so spannend und facettenreich sich der Diskurs um das Ende – oder die Zukunft – von Identität gegenwärtig auch gestaltet. Der hiesigen Darstellung theoretischer Ansätze zum Begriff der Identität kommt angesichts der breiten Debatte noch kaum Überblickscharakter zu. Stattdessen wurden gezielt solche Ansätze vorgestellt, die dazu beitragen, die Spannung zu verstehen, die durch die zunehmende Intersektionalität Sozialer Welten ausgelöst wird. Die Idee von Meyers, Intersektionalität nicht als eine Verhinderung von Identität, sondern als Chance zu begreifen, kommt besondere Bedeutung zu. Denn Meyers geht es gar nicht so sehr darum, Identität zu erklären oder als theoretisches Konzept zu verteidigen, sondern darum, den Begriff, vor allem auch die Idee, die mit dem der Autonomie verbunden ist, weiterer Forschung zugänglich zu machen und zu erhalten. So verzichtet sie weitestgehend auf eine starre Definition von Identität. Die ist für ihre prozessuale Perspektive auch eher hinderlich. Stattdessen greif sie auf die zwei Begriffe des Selbstwissens und der Selbstdefinition zurück, um die zwei grundlegenden Strategien der Annäherung an das eigene Selbst – die Sicht nach innen und die Sicht von außen – analytisch zu trennen. Vor diesem Hintergrund gewinnt auch ihr wiederholter Verweis auf die Bedeutung gemeinschaftlichen Handelns an Bedeutung. Während Honneth zwar in Rechnung stellte, dass das Subjekt auf Werte zurückgreifen müsse, um eine Vorstellung seiner Selbst und der Zukunft zu entwickeln, blieb indes unklar, wie das Subjekt zu diesen Werten kommen sollte. Meyers Darstellung ist an dieser Stelle insofern hilfreich als sie zumindest auf den Ort und den Anlass der Entwicklung von Werten hinweist. Die wechselseitige, selbst- und den anderen reflektierende Kommunikation zwischen Personen, die von ähnlichen Problemlagen und Ungleichheitserfahrungen betroffen sind, könne dazu führen, dass zunächst fraglos übernommene Deutungsschemata zurückgewiesen und neue Perspektiven auf die Welt, aber auch auf sich selbst erarbeitet werden.

Wie lassen sich diese Überlegungen nun empirisch-analytisch bearbeiten? Aus diesem Blickwinkel ist die Idee von Kaufmann hilfreich, zwei Ebenen von Identität zu unterscheiden, eine reflexiv-diskursive und eine unmittelbar-situative. Während erstere beispielsweise in narrativen Interviews zum Ausdruck gebracht werden kann – wobei sich die Erzählungen je nach Situation unterscheiden können: die Narration folgt ihrerseits einer gewissen Situationslogik – ist die unmittelbar-situative nur durch Beobachtung zugänglich, zumindest solange, wie die Routinen des Alltags ihren Sinn erfüllen. Die Mediatisierung führt jedoch dazu, dass unterschiedliche soziale Welten im Alltag immer stärker miteinander vermischt werden, so dass die Reflexivität in Bezug auf Routinepraktiken erhöht wird. Diese werden nun, so zumindest die Annahme, regelmäßig zum

Gegenstand eines Nachdenkens über sich selbst, aber auch zum Gegenstand von Diskussion mit anderen. Der Alltag wird so zum Aushandlungsgegenstand einer breit verlaufenden Diskussion darum, was richtig ist. Betroffenheit, im Sinne von Schütz, ist damit für jeden gegeben. Sowohl Meyers wie auch Kaufmann sind letzten Endes jedoch skeptisch, was die Veränderung inkorporierter Schemata angeht, gerade weil, wie Kaufmann gezeigt hat, sie zu den rudimentärsten Bausteinen der Identität zählen. Wahrscheinlicher ist dann eher der Fall von Riesmans „Überangepasstem“, der aus Angst vor Unangemessenheit jede Verhaltensanforderung versucht umzusetzen. Demgegenüber verweist Giddens aber auch auf diejenigen, denen der Balanceakt zwischen Öffnung und Schließung gelingt, die gerade in der Mediatisierung und Globalisierung neue Optionen der Mitgestaltung und Solidarität ausmachen.

Rosa verweist zudem auf einen Aspekt, der diese Prozesse stärker in Bezug zu Konsum, womöglich auch politischen Konsum bringt. Nämlich die Bedeutungszunahme peripherer Entscheidungen, die vor allem Konsumententscheidungen darstellen. Da biographische Entscheidungen vor dem Hintergrund ihrer potentiellen Revidierbarkeit, sowie in zeitlicher Hinsicht aufgrund ihres transitorischen Charakters an Kraft verlieren, die Selbst-Identität mit Sinn und über die Lebensspanne hinweg mit Bedeutung zu versehen, werden die kleinen Entscheidungen des Alltags immer wichtiger – welcher Energielieferant, welches Haustier, welches Waschmittel. Diese, und Kaufmanns Perspektive ist damit durchaus vereinbar, Praktiken des Alltags werden zum zentralen Element der Aufrechterhaltung von einem Gefühl der Selbst-Konsistenz. Kaufmann ist zudem der einzige, der hier konkret, wenn auch nicht erschöpfend auf die Rolle von Emotionen in Bezug auf Identität und Praktiken eingeht. So sind es Emotionen, die einem Subjekt anzeigen, ob es sich angemessen verhält (durch das Gefühl der Scham bspw.) und sie dienen darüber hinaus als entscheidender Katalysator für die Aktivierung bestimmter, häufig reflexiv nicht verfügbarer Selbstbilder.

ZUSAMMENFASSUNG

Da kollektive Bildungsprozesse die zentrale Voraussetzung für die Entwicklung zum Bürger sind und Konsumhandlungen vorwiegend in der Alltagspraxis situiert sind, wirken Mediatisierungseffekte in doppelter Hinsicht auf politischen Konsum ein. Sie stellen einerseits einen Erfahrungs- und Bildungsraum für politisches Handeln dar und bilden andererseits für die ökonomische Alltagspraxis einen dynamischen Hintergrund. Ein potenzielles Risiko birgt die Mediatisierung, wie Sandra Seubert anmerkt, dadurch, dass sie Praktiken der Selbstdarstel-

lung befördern, die an anderen als genuin politischen Zielen ausgerichtet sind. Dieser Umstand wird vor dem Hintergrund der Bedeutung von Konsum für die Identität – Prozessen der Anerkennung und der Distinktion – deutlich verschärft. Es zeigt sich also, dass eine Konsumorientierung zu Prozessen kollektiver Willens- oder gar Identitätsbildung geradezu in Konkurrenz stehen kann.

Praktiken unterscheiden sich konzeptionell von Handlungen, da sie sich einem analytischen Zugang über Kriterien der Intentionalität, Rationalität und Reflexivität widersetzen. Es ist die Eigenart einer Praktik, sich als sinnvolle und angemessene Verhaltensstrategie gerade dadurch zu zeigen, dass sie Bewusstseins-Kapazitäten nur minimal in Anspruch nimmt. Ausgelöst durch bestimmte Problemstellungen, denen sich der Akteur schon früher in ähnlicher Form gegenüber sah, bestimmten Gefühlen, die eine bestimmte Praktik als UKO-Identität aktivieren, hat es den Anschein, als sei Handlungsträgerschaft in der praxeologischen Lesart auf eine Minimaldefinition von Krisenmanagement reduzierbar. Die Praxis als die Handlungsinstanz, die aus dem Repertoire verschiedener Praktiken-Komplexe eine situativ angemessene aktiviert, rückt jedoch wieder stärker in den Fokus, umso mehr sich durch Prozesse des sozialen Wandels die Handlungsbedingungen ändern: In der Begleitung, d.h. in der reflexiven Begründung und Revidierbarkeit von Transformationsprozessen bzw. der Reproduktion trotz veränderter Rahmenbedingungen, nehmen Prozesse der Reflexion der Praxis zu. Die Praxis selbst kann dabei niemals autonom sein – das hieße die Fähigkeit, die Folgen von Praktiken a priori bewerten zu können – aber je mehr die Praxis durch Transformationsprozesse zum Gegenstand reflexiver Betrachtung wird, umso mehr besteht die Möglichkeit der Entwicklung von Praktiken der Autonomie. Praktiken der Autonomie oder besser der Autonomisierung werden in Anlehnung an Meyers als ein Komplex von Praktiken bezeichnet, die darauf abzielen, sich dem authentischen Selbst anzunähern: Durch Reflexion, Interaktion, durch Experimente und Spiel. Damit erfolgt eine Distanzierung von Autonomie als absolutem Begriff. Stattdessen wird die Entwicklung von Autonomie als ein andauernder Prozess verstanden. Dasselbe kann für den Begriff politischen Handelns gelten: Wenn Autonomie generell einen Komplex von Praktiken bezeichnet, die das Selbst im Kontext von Struktur fokussieren, kennzeichnet politisch den Prozess, sich der eigenen Vorstellung von Gemeinwohl anzunähern und geeignete Mittel zu finden, diese Vorstellung auszudrücken und zu verfolgen. Dazu gehört es, Vorstellungen über das politische Selbst nicht zuletzt auch im Kontrast zur Verbraucher-Identität zu entwickeln.

Den Definitionen von „politisch“ ist gemein, dass sie entweder einen Bezug zu bestimmten Werthaltungen voraussetzen oder zu einem politischen Ziel, also einer kollektiv verbindlichen Entscheidung. Wie die Darstellung in diesem Kapi-

tel gezeigt hat, sind beide Herangehensweisen nur eingeschränkt auf den Bereich alltagspolitischen Handelns anwendbar. Dies liegt zum einen daran, dass sich hier unterschiedliche Handlungsziele miteinander vermischen oder in Konkurrenz zueinander stehen, so dass eine eindeutige Zuordnung zum Bereich der Politik oder des Marktes schwer fallen kann. Zum anderen handelt es sich bei Alltagshandlungen vorrangig um Routinehandlungen, also Praktiken, die zwar durchaus ein bestimmtes, mitunter auch politisches, Wissen und Werthaltungen zum Ausdruck bringen können, vor allem aber Bestandteil der Selbst-Identität des Subjekts sind (und weniger einer kollektiv politischen Identität, bspw. als Demokrat, Linker oder Globalisierungsgegner). Insofern stellt sich die Frage, wie das Subjekt im Alltag zwischen seiner politischen und seiner Selbst-Identität vermittelt, wie es also Praktiken des Konsums an – zu bestimmenden – Vorstellungen von Gemeinwohl ausrichtet. Es ist davon auszugehen, dass die Neu- oder Umorientierung entsprechender Praktiken nicht reibungslos verläuft und es zu Momenten kommt, in denen eine Entscheidung für oder gegen eine Veränderung getroffen werden muss. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie mit diesen offenen Situationen umgegangen wird und welchen Beitrag Informationspraktiken sowie Interaktion im Social Web hierbei leisten. Dieser Frage lässt sich nur nachgehen, wenn der Blick auf Transformations- und insbesondere Politisierungsprozesse gelenkt wird. Dieser Politisierungsprozess umfasst eine Veränderung des Wissens, die Ausbildung von Informationsagency wie der Entwicklung eines Gefühls, in alltagspolitischen Fragen kompetent zu sein. Zu untersuchen ist dabei jeweils, welche Rolle der gemeinschaftlichen Reflexion von Alltagspraktiken on- und offline zukommt, und inwieweit diese dazu beiträgt, bislang fraglos übernommene Denkschemata und Geschmacksurteile kritisch zu hinterfragen und neue zu entwickeln, es also mit den Worten von Meyers zur Herausbildung von Autonomiekompetenzen kommt. Die besondere Herausforderung, der sich politische Konsumenten gegenüberstehen, besteht dabei in der Entwicklung einer verbraucherpolitischen Identität. Dazu gehört die Suche nach und Bestimmung von Werten, unter die sich die Verbraucher als politische Gemeinschaft versammeln können.

Ein derartiges Verständnis von politischem Konsum wäre gleichfalls anchlussfähig an das Konzept des politischen Konsumerismus. Dieser *„bezeichnet die Anstrengungen zur Bündelung der Macht der Verbraucher, um sie als Waffe gegen die Produzenten, den Handel sowie den Gesetzgeber in Stellung zu bringen“* (Lamla 2013: 53). Indem nun aber zunächst einmal eine auf Prozesse und Entwicklung ausgerichtete Perspektive eingenommen wird, kann dieses verbraucherpolitische Wertesystem nicht schon vorausgesetzt werden. Statt das Politische der Alltagspraxis politischer Konsumenten also durch die Orientierung an

bestimmten Werten (z.B. Gerechtigkeit, Gleichheit, Autonomie) zu bestimmen, kann Schütz „*well-informed-citizen*“ als ein geeigneter Brückenschlag dienen, indem politisches Engagement zunächst in einen Kontext zum Selbst gebracht wird. Damit rücken die Modalitäten der Herausbildung sowie der Identifikation persönlicher Relevanzen in den Vordergrund. Im hiesigen Kontext bedeutet das, die Triade Selbst – Gemeinwohl – Konsumbedürfnis in den Blick zu nehmen und zu prüfen, welche Vermittlungsinstanzen es zwischen ihnen gibt. Bei Dahlgren kommt diese Notwendigkeit darin zum Ausdruck, dass er zwischen den subjektiven und den kulturellen Voraussetzungen bürgerschaftlichen Handelns unterscheidet. In seiner Sicht auf „*Engagement*“, das er analytisch vom Begriff der Partizipation unterscheidet, spiegelt sich die Betrachtungsweise des „*well-informed-citizen*“. Es geht auf einer ersten Ebene zunächst darum, etwas als relevantes Anliegen zu identifizieren, Betroffenheit wahrzunehmen, sich zu engagieren. Erst dann ginge es – womöglich – darum, aktiv zu werden, also sich zu beteiligen. Im Gegensatz zu Schütz verweist Dahlgren im Zusammenhang mit Engagement jedoch auf die Notwendigkeit von Emotionen, Affekten und Leidenschaften (der Vorgang der Relevanzsetzung bleibt bei Schütz sehr vage). Mit seiner Betonung der Bedeutung von Emotionen stellt Dahlgren sich gegen die normative Idee des rationalen Bürgers, eine Figur mit einer politikwissenschaftlichen Tradition, die bis zu Max Weber zurückreicht (vgl. dazu Heins 1999). Er (Dahlgren) gibt zu bedenken, dass ein apathischer Bürger letztlich ein Bürger ohne Pathos sei, also ein Bürger ohne Leidenschaft (vgl. Dahlgren 2009: 85). Doch sei es andererseits wichtig, zwischen Leidenschaft als Motivation und als Ausdruck zu unterscheiden. Denn es sei sehr gut möglich, sich leidenschaftlich für etwas zu engagieren, dabei aber vollkommen rational vorzugehen. Demgegenüber könne Leidenschaft als Ausdruck zwar in manchen Fällen eine nützliche Strategie sein, aber als „*a subjective component of civic agency*“ komme nur der Leidenschaft als Motivation Bedeutung zu. Im Hinblick auf die kollektive Dimension politischer Beteiligung sei jedoch das Teilen eines Anliegens („*shared Horizons*“, ebd.: 86) eine Grundvoraussetzung. Leidenschaft stelle in diesem Zusammenhang ein wichtiges Bindeglied dar. In Anlehnung an den, in dieser Hinsicht stärker praxeologisch denkenden Kaufmann muss man auf der Alltagsebene also die Frage klären, wie es gelingt, die emotional-affektiven Selbstbilder im Sinne einer zu entwickelnden politischen Identität zu interpretieren und neu zu kodieren.

